



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Beziehungen zwischen EU und Russland seit der Ukraine-Krise:
Spannung oder eine Chance auf den Wiederaufbau?“

verfasst von / submitted by
Zoryana Malanichenko

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet: UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor: Doz. tit. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

INHALTSVERZEICHNIS:

1.	Einleitung	4
1.1	Forschungsinteresse und Problemstellung	4
1.2	Forschungsfrage und Hypothesen	9
1.3	Aufbau der Arbeit	11
1.4	Materialzugang und Methodologie	12
2.	Umfangreiche Aspekte der EU-russischer Beziehungen	13
2.1	Rückblick auf die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland	13
2.1.1	Beziehungen zwischen der EU und dem postsowjetischen Russland.....	17
2.2	EU Interessen und Strategie gegenüber Russland	23
2.3	Russlands Interessen an die EU und strategische Schritte	30
2.4	Partnerschaftsabkommen und geltende Vereinbarungen zwischen der EU und Russland	36
2.5	Konzept der „Souveräne Demokratie“ in Russland. Beschreibung	42
2.6	Auswirkungen der „Souveräne Demokratie“ auf die Beziehungen mit der EU.....	46
3.	Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten. Ukraine-Krise	52
3.1	Ursachen der Bürgerkrieg in der Ukraine	52
3.1.1	Krimkrise	60
3.1.2	Bürgerkrieg im Südosten der Ukraine	64
3.2	Die EU und der russisch-ukrainische Konflikt	66
3.3	Politische Sanktionen der EU gegen Russland	73
3.4	Minsk-Abkommen	78
4.	Stagnation der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland	83
4.1	EU-Projekt der Östlichen Partnerschaft	83
4.2	Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU)	86
4.3	Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Exkurs	91
4.4	Einfluss der Sanktionen auf die Wirtschaft der EU und Russlands	93
5.	Medienberichterstattungen und politische Aussagen EU/Russland	100
5.1	Reaktionen der EU auf der Fall Skripal	100
5.2	Politik Russlands und EU mit Iran, Syrien, Libyen	104
5.3	Lösungsansätze für die künftige Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen .	106
6.	Fazit und Ausblick	111

7.	Quellenverzeichnis	116
7.1	Literaturverzeichnis	116
7.2	Internetquellenverzeichnis	119
8.	Abstract	131

Einleitung

1.1 Forschungsinteresse und Problemstellung

„Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“¹

In seinem Zitat aus der Rede im Deutschen Bundestag, hat der russischer Präsident Wladimir Putin auf eine große Verbundenheit zwischen Europa und Russland hingewiesen, die seit der Vergangenheit herrscht und in Rahmen einer Zusammenarbeit ein besonderes Potenzial enthält. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland haben eine große Bedeutung. Diese manifestiert sich in den zahlreichen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten, die die EU-Mitgliedstaaten und Russland verbinden. Vor der Ukraine-Krise haben EU und Russland strategische Partnerschaft entwickelt, die in verschiedenen Themenbereiche wie Handel, Wirtschaft, Energie, Klimawandel, Forschung, Bildung, Kultur und Sicherheit, darunter die Terrorismusbekämpfung, die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die Konfliktlösung im Nahen Osten, umfasst wurde.

Heutzutage sind russisch-europäische Beziehungen aufgrund mehrerer Faktoren verschlechtert. Einer der wichtigsten Gründe ist die Ukraine-Krise und russisch-ukrainischer Konflikt. Laut dem Bericht des Europäischen Parlaments, die Beziehungen zwischen der EU und Russland wurden seit dem Jahr 2014 wegen der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland, der russischen Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine und der Desinformationskampagnen Russlands stark belastet. Aus der Sicht des EU-Parlaments, Russland hat auf internationaler Ebene eine entschlossene Haltung, und aufgrund der Intervention Russlands in Syrien die Spannung mit der EU stärker gemacht.²

Im Jahr 2014 es wurden politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland eingeführt, um Russland zu einer Verhaltensänderung zu bewegen. Erstmals wurden die EU-Sanktionen

¹ Putin, Wladimir, aus der Rede vom 25.9.2001 im Deutschen Bundestag

² Vgl. Damen, Mario: Bericht über Russland. Geltende Vereinbarungen. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union. Internetseite vom Europäisches Parlament, 05.2019. Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/177/russia> (letzter Zugriff: 18.02.19)

am 6. März 2014 im Zusammenhang mit dem Referendum zur Unabhängigkeit der Krim eingeführt, wo es eine Liste der sogenannten „restriktiven Maßnahmen“ zeitwillig bis zu 151 Personen und 37 Unternehmen umfasst wurde. Diese Sanktionen werden seit der Einführung seitens EU regelmäßig verlängert. Am 10. März 2016 wurden die personenbezogenen Sanktionen verlängert, jedoch auf 46 Personen gekürzt. Sie wurden zuletzt im März 2019 bis zum 15. September 2019 verlängert. Nun betreffen die Sanktionen (Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbot) 170 Personen und 44 Einrichtungen, weil sie Handlungen begangen haben, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen.³

Die Wirtschaftsbeziehungen zur Krim und zu Sewastopol wurden seitens der EU als Reaktion auf die rechtswidrige Annexion durch Russland beschränkt. Die Maßnahmen gelten für in der EU ansässige Personen und Unternehmen und beschränken sich auf das Gebiet der Krim und Sewastopols. Die Krim-Sanktionen beziehen sich auf das Einfuhrverbot für Waren von der Krim und aus Sewastopol, Beschränkungen für den Handel und Investitionen in bestimmten Wirtschaftszweige und Infrastrukturvorhaben, Verbot die Tourismusedienstleistungen auf der Krim oder in Sewastopol zu erbringen, sowie Ausfuhrverbot für bestimmte Güter und Technologien. Die Krimbezogene Sanktionen wurden am 17. Juni 2016 um ein weiteres Jahr bis zum 23. Juni 2017 verlängert. Danach hat der EU-Rat die Krim-Sanktionen, am 18. Juni 2018 bis zum 23. Juni 2019 verlängert.⁴ Ende Juni 2019 wurden die Sanktionen um ein Jahr bis zum 20. Juni 2020 verlängert.⁵

Im Juli und September 2014 hat die EU Wirtschaftssanktionen verlängert, die den Handelsaustausch mit Russland in bestimmten Wirtschaftszweigen betreffen. Im März 2015 es wurde seitens der EU beschlossen, die der geltenden Sanktionsregelung von der vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk abhängig zu machen. Daraus folgt, dass die Nichteinhaltung der Minsk II Abkommen ein von den mehreren Gründen für die EU ist, um die Sanktionen zu verlängern.⁶ Erstmals wurden die wirtschaftlichen Sanktionen seit dem 1. Juli 2016

³ Amtsblatt der Europäischen Union 22.01.2019. Beschluss (GASP) 2019/95 des Rates. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019D0095&qid=1552914312527&from=DE> (letzter Zugriff: 18.03.2019)

⁴ Vgl. Böttger, Katrin: Die EU-Russland-Beziehungen. Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise. Integration 3/2015. S.205. Online verfügbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/B%C3%B6ttger-EU-Russland-Beziehung.pdf> (letzter Zugriff: 18.02.2019)

⁵ Vgl. Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/> (letzter Zugriff: 01.08.19)

⁶ Vgl. Böttger, Katrin: Die EU-Russland-Beziehungen. Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise. Integration 3/2015. Online verfügbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/B%C3%B6ttger-EU-Russland-Beziehung.pdf> S.208, (letzter Zugriff: 19.03.2019)

jeweils um 6 Monate verlängert, nachdem jedes Mal die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk geprüft worden war. Am 21. Dezember 2018 hat der Rat der Europäischen Union die Wirtschaftssanktionen gegen den Handelsaustausch mit Russland in bestimmten Wirtschaftszweigen mit einem Beschluss um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli 2019 verlängert: „Nach der Bewertung der Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk sollte der Beschluss 2014/512/GASP um weitere sechs Monate verlängert werden, damit der Rat ihre Umsetzung einer weiteren Bewertung unterziehen kann“.⁷ Mit den oben genannten Sanktionen wurden bestimmte russische Banken und Unternehmen betroffen, um für sie den Zugang zu den Primär- und Sekundärkapitalmärkten der EU einzuschränken. Außerdem beschränken die Sanktionen ein Aus- und Einfuhrverbot für Waffen, sowie ein Verbot der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für militärische Zwecke oder an militärische Endnutzer in Russland. Die Sanktionen einschränken auch Russlands Zugang zu bestimmten sensiblen Technologien und Dienstleistungen, die für die Erdölförderung und -Exploration genutzt werden können. Am 27. Juni 2019 hat die EU die Wirtschaftssanktionen bis zum 31. Januar 2020 verlängert.⁸

Russland hat auf die EU-Sanktionen reagiert und Gegenmaßnahmen eingeführt. Am 6. August 2014 hat Russlands Präsident Wladimir Putin den Erlass Nr. 560 „Über spezielle wirtschaftliche Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit der Russischen Föderation“ untergezeichnet. Darin wurde ein einjähriges Einfuhrverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Rohstoffe und Lebensmittel aus den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Kanada, Australien und aus dem Königreich Norwegen verhängt. Mittlerweile wurde dieses Einfuhrverbot auf die Länder Albanien, Montenegro, Island, Liechtenstein und die Ukraine ausgedehnt. Das bestehende Verbot wurde inzwischen etwas gelockert und Lieferungen aus Deutschland damit erleichtert. Mitte 2017 hat Präsident Putin die bestehenden Sanktionen um eineinhalb Jahre bis zum 31. Dezember 2018 verlängert.⁹ Im Sommer 2018 wurden die Gegensanktionen seitens Russland bis zum 31. Dezember 2019 verlängert. Laut dem Beschluss, die russische Regierung darf die Änderungsvorschläge bzgl. der Geltungsdauer von wirtschaftlichen Maßnahmen je nach Bedarf einbringen.¹⁰

⁷ Amtsblatt der Europäischen Union 28.12.2018. Beschluss (GASP) 2018/2078 des Rates. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018D2078&from=EN> (letzter Zugriff: 18.02.2019)

⁸ Vgl. Russland: EU verlängert Wirtschaftssanktionen um sechs Monate, Pressemitteilung, Rat der EU, 27.06.2019. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/27/russia-eu-prolongs-economic-sanctions-by-six-months/> (letzter Zugriff: 01.08.19)

⁹ Vgl. Sokolovskaja, Evgenja: Rossija prodlila otvetnje sanktsii protiv ES. Online verfügbar unter: <https://snob.ru/news/138664> (letzter Zugriff: 18.03.2019)

¹⁰Vgl. Mahonin, Andrej: Putin prodlil otvetnje sanktsii protiv Zapada. Gazeta Vedomosti. Online verfügbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2018/07/12/775306-sanktsii> (letzter Zugriff: 18.03.2019)

Seit der Einführung der Sanktionen, hat der privater Sektor der EU Verluste und tritt für einen Dialog mit Russland auf. Anfang Dezember 2014 es wurde ein Appell unter dem Titel „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ veröffentlicht. Der Appell richtet sich an die Mitglieder des Deutschen Bundestages und fordert sie auf, auf den Ausgleich und Dialog mit Russland im Kontext des Ukrainekrieges von 2014 zu setzen. Der Appell wurde von über 60 Personen in der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur unterzeichnet und an die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und die Medien ausgerichtet. Diese Forderung wurde aber kritisiert, weil die unkritisch gegenüber Russlands Militäroperationen in der Ukraine und der Annexion der Krim waren. Initiiert wurde der Appell vom früheren deutscher Kanzlerberater Horst Teltschik (CDU), dem ehemaligen Verteidigungsstaatssekretär Walther Stützle (SPD) und der früheren Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne).¹¹ «Uns geht es um ein politisches Signal, dass die berechtigte Kritik an der russischen Ukraine-Politik nicht dazu führt, dass die Fortschritte, die wir in den vergangenen 25 Jahren in den Beziehungen mit Russland erreicht haben, aufgekündigt werden»¹², sagt Teltschik zur Motivation für den Appell. Unterzeichnet haben den Text unter anderem die ehemaligen Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, Eberhard Diepgen und Manfred Stolpe, der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Alt-Bundespräsident Roman Herzog und der Schauspieler Mario Adorf.

Seit einigen Jahren ist die Frage der gemeinsamen Nachbarschaft immer mehr zu einem Reibungspunkt zwischen der EU und Russland geworden. Aus der Publikation von Europaparlament können wir erfahren, welche Strategie hat die EU heutzutage: „Die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland im März 2014 und die offensichtliche Unterstützung der Rebellen im Osten der Ukraine durch Russland haben eine internationale Krise ausgelöst. Die EU hat daraufhin ihre bilateralen Beziehungen zu Russland einer Prüfung unterzogen, regelmäßige bilaterale Gipfeltreffen eingestellt sowie den Dialog über Visafragen und die Gespräche über ein neues bilaterales Abkommen, durch das das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgelöst werden soll, auf Eis gelegt. Die EU verfolgt derzeit gegenüber Russland einen zweigleisigen Ansatz, bei dem schrittweise verhängte Sanktionen mit den Bemühungen verknüpft werden, diplomatische Lösungen für den Konflikt in der Ostukraine zu finden. Die Beteiligung Russlands an den Bemühungen der E3+3-Ländergruppe, die dazu geführt haben, dass im Juli 2015 ein Nuklearabkommen mit dem Iran abgeschlossen wurde, nährte Hoffnungen auf eine

¹¹ Vgl. Ukraine-Krise: "Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!". Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog> (letzter Zugriff: 18.03.2019)

¹² Ebd., (letzter Zugriff: 18.03.2019)

stärkere Zusammenarbeit auf internationaler Bühne. Die Intervention Russlands seit September 2015 zur Unterstützung von Präsident Baschar alAssad im Syrienkonflikt und massive Desinformationskampagnen sowohl innerhalb als auch außerhalb Russlands führten jedoch zu zusätzlichen Unstimmigkeiten mit dem Westen.¹³ Ausgehend davon ist es deutlich, dass die EU von Russland eine Änderung in der Politik wartet und die Beziehung zwischen beiden Seiten sind gespannt.

Russland ist interessiert an eine Zusammenarbeit mit der EU sieht aber keine möglichen fehlerhaften Entscheidungen in der Politik. «Einem Wiederaufbau des vollen Formats unserer Zusammenarbeit ist nicht nur Russland interessiert, auch unsere europäischen Freunde sind es¹⁴» erwähnte der russische Präsident Wladimir Putin während seines Arbeitsbesuches in Wien. Bei seinem Interview mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) hat er die Vorwürfe, dass Russland eine Spaltung der EU strebt, entgegengenommen. Russland hat, seiner Meinung nach, ein Interesse an die EU als wichtigster Handels- und Wirtschaftspartner. Je mehr Probleme die EU hat, desto mehr Probleme es geben auch für Russland, sagte Putin weiter.¹⁵

Viele Politikwissenschaftler sind der Meinung, dass die EU-Russland-Beziehungen für die weitere europäische und weltpolitische Lage signifikant sind. Die aktuellen Konflikte und politische Ereignisse in der Welt (die Ukraine-Krise, Bürgerkrieg in Syrien, Zerfall Libyens, Umsetzung der Lösungen der Atomverhandlungen mit Iran) nur gemeinsam und nicht gegeneinander gelöscht werden müssen. Von den lösungsorientierten Beziehungen und effektive Zusammenarbeit könnten beide Seiten profitieren: Abschaffung von Sanktionen für Russland und wirtschaftlich, politisch und in Bezug auf den Migrationsbereich für die EU. Aus diesem Grund sollten die EU und Russland sich ständig bemühen, in ihrer Außenpolitik einen Dialog zu finden.

Das Thema „Die Beziehungen zwischen EU und Russland seit der Ukraine-Krise: Spannung oder eine Chance auf den Wiederaufbau?“ stellt für die Forschung ein großes Interesse dar. Das Ziel der vorliegender Arbeit ist es zu untersuchen, wie sich diese Beziehungen entwickelt

¹³ Vgl. Damen, Mario: Bericht über Russland. Geltende Vereinbarungen. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union. Internetseite vom Europäischen Parlament, 05.2019. Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/177/russia> (letzter Zugriff: 18.03.2019)

¹⁴ Putin sieht neue Chance für eine bessere Beziehung zur EU. Deutsche Welle. Online verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/putin-sieht-neue-chance-für-eine-bessere-beziehung-zur-eu/a-44075347> (letzter Zugriff 20.03.2019)

¹⁵ Vgl. Putin sieht neue Chance für eine bessere Beziehung zur EU. Deutsche Welle. Online verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/putin-sieht-neue-chance-für-eine-bessere-beziehung-zur-eu/a-44075347> (letzter Zugriff 20.03.2019)

haben, welche Veränderungen sie nach der Ukraine-Krise erlebt haben und welche Auswirkungen diese Transformationen auf das gegenseitige Verständnis haben. In dieser Arbeit werden die Beziehungen zwischen Russland und der EU auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene erörtert. Mit Hilfe einer umfassenden Quellenrecherche und des Heranziehens beiderseitigen Meinungen sollte geplante Forschung präziser werden. Viele wissenschaftliche Werke zum Thema „EU/Russland Verhältnis“ vermitteln Interessen und Werte nur einer Seite des Konflikts und sind deswegen weniger objektiv. In der vorliegenden Arbeit wird es versucht, auf beide Ansichten auf die europäisch-russische Partnerschaft einzugehen. Darüber hinaus es sollte untersucht werden, ob beide Seiten Maßnahmen für einen Wiederaufbau der Beziehungen ergreifen. Auf der Grundlage bisherigen Beziehungen und „Strategischer Partnerschaft“ sollten sich die EU und Russland theoretisch für gute Beziehungen interessieren, um im internationalen System mehr Gewicht zu verleihen.

1.2 Forschungsfrage und Hypothesen

Während dieser Recherche es werden folgende Forschungsfrage beantwortet:

Haben die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen in der EU und in Russland in dem Zeitraum von 2014 bis heute zur Spannung oder Wiederaufbau geführt?

Da dieses Thema umfangreich ist, wurde die Forschungsfrage in die folgenden Unter-Forschungsfragen untergliedert:

1) *Welche Interessen und Ziele haben EU und Russland in Bezug auf die Zusammenarbeit bzw. Partnerschaft und welche Probleme entstehen daraus?*

Hier wird es untersucht, welchen Stellenwert und welche Haltung für Beziehungen beide Seiten haben und welche Interessen bzw. Ziele damit angestrebt werden. Es wird vermutet, dass unterschiedliche Verständnisse der Demokratie eine Spannung zwischen der EU und Russland verursacht haben. Das Konzept der („Souveräne Demokratie“) wirkt negativ auf die EU Haltung zu Russland. Im Laufe der Forschung es soll die Frage beantwortet, ob man dieses Konzept für russische Demokratie anwenden kann und welche Einstellung der russischen Bevölkerung dazu ist.

2) *Wie haben die EU - Sanktionen auf das Leben der Bevölkerung der EU- Mitgliedsstaaten und Russland beeinflusst? Welche Haltung zu den EU-Sanktionen hat Österreich und warum wird Österreich als „diplomatischer Brückenbauer“ zwischen EU und Russland betrachtet?*

Es wird vermutet, dass sich die Sanktionen gegen Russland für die Bevölkerung dieser Länder negativ auswirken werden. Österreich und Russland haben freundschaftliche Beziehungen, die von der Geschichte geprägt sind.

3) *Warum und inwiefern sind die EU-Russland-Beziehungen seit der Ukraine-Krise zur schrittweisen Verschlechterung gekommen?*

Es wird vermutet, dass es mehrere Gründe gibt, die zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen EU und Russland geführt haben. Aufgrund der rechtswidrigen Annexion der Krim, haben die Mitgliedsstaaten der EU erste Sanktionen gegen Russland beschlossen. Das sind immer wieder verlängerte, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Sanktionen. Das Ziel der Sanktionen, Russland zu einer Verhaltensänderung zu bewegen, wurde nicht erreicht. Die Missverständnisse zwischen Ost- und Westukraine und „change of power“ haben zu dem Bürgerkrieg in der Ukraine geführt. Wegen möglicher russischer Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine, wurden die Sanktionen immer noch verlängert. Russland hat auf der internationalen Bühne eine entschlossene Haltung eingenommen, und die Spannungen haben sich aufgrund der möglichen Intervention Russlands in Syrien verschärft.

Um auf die Forschungsfragen zu beantworten und um die Hypothesen zu bestätigen oder abzulehnen, wird das Verhältnis EU/Russland als abhängige Variable (AV) eingeführt. Die abhängige Variable wird in der vorliegenden Arbeit mit Hilfe von unabhängigen Variablen wie: Medienberichterstattungen, offizielle Dokumente, statistische Angaben, theoretische Ansätze und politische Analyse erklärt. Das Hauptziel der Variablen besteht darin, die Forschung durchzuführen und auf die Forschungsfragen zu beantworten. Aus der bisherigen Recherche es wurde festgestellt, dass die Beziehungen der Europäischen Union und Russland von herausragender Bedeutung sind und abwechslungsreiche Verbindungen haben. Viele Faktoren beeinflussen immer noch diese Beziehungen. Die Hauptaufgabe der vorgesehenen Recherche ist, die unabhängigen Variablen zusammenzufassen und zu analysieren. Das sollte zu einem Gesamtbild der EU/Russland Beziehungen führen.

1.3 Aufbau der Arbeit

Vorliegende Arbeit besteht aus fünf Kapiteln. Im zweiten Kapitel „Umfangreiche Aspekte der EU-russischer Beziehungen“ es werden verschiedene Aspekte der Beziehungen zwischen der EU und Russland dargestellt. Erstens, es werden die bisherigen EU-Russland-Beziehungen erforscht und ihre historische Entwicklung seit dem Zerfall der Sowjet Union analysiert. Es

werden auch die politische und wirtschaftliche Transformationen herangezogen, die in angegeben Zeitraum waren. Außerdem im zweitem Kapitel es wird ein Ausblick auf beiderseitigen Interessen der EU und Russland gegeben. Es sollen auch die Informationen über geltende Vereinbarungen zwischen der EU und Russland gegeben, sowie die Ziele und Folgen des Partnerschaftsabkommens beschrieben, das die russisch-europäische Partnerschaft regelt. Zudem soll der theoretischer Ansatz des Konzepts der „Souveräne Demokratie“ in Russland beschrieben und seine Auswirkungen auf die Beziehungen mit der EU analysiert.

Im dritten Kapitel „Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten. Ukraine-Krise“ es sollen Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten beschrieben, vor allem im Südosten der Ukraine und Krim. Es werden die Ursachen, der Verlauf und Folgen der Bürgerkrieg in der Ukraine erforscht. Weiter es werden die Bemühungen der EU und Russland in der Lösung der Ukraine-Krise und damit verbundene Minks-Abkommen herangezogen. Außerdem im dritten Kapitel es wird so ein wichtiges Thema wie politische Sanktionen der EU gegen Russland erwähnt. Dabei ist es wichtig die Ziele, Einsatz und Umsetzung von Sanktionen zu beschreiben.

Das vierte Kapitel „Stagnation der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland“ ist der wirtschaftlichen Seite der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland gewidmet. Dabei es wird das EU-Projekt der Östlichen Partnerschaft und seine Grundprinzipien beschrieben. Weiter wird die Eurasische Wirtschaftsunion, ihre Prinzipien und Normen erwähnt. Abschließend es werden die Wirtschaftssanktionen gegen Russland beschrieben, sowie russische Gegensanktionen und ihre Folgen für die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer.

Im fünften Kapitel „Medienberichterstattungen und politische Aussagen EU/Russland“ es werden Aussagen und Meinungen der Politikwissenschaftler und Politiker bzgl. solche wichtigen Themen wie die Konflikte in Syrien, Libyen und Iran sowie Politik Russlands in diesen Regionen. Außerdem es wird die Haltung der EU zur Rolle Russlands in dem Angriff auf Sergej Skripal und seine Tochter Julia analysiert und die Reaktionen einzelnen EU-Mitgliedsländer auf die darauffolgende Maßnahmen gegen Russland. Abschließend es sollen Lösungsansätze für die künftige Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen und ihre mögliche weitere Entwicklung analysiert werden. Dabei werden auch Meinungen Politikwissenschaftler herangezogen.

Das sechste Kapitel ist ein Schlusskapitel, in dem eine Schlussfolgerung sowie ein Überblick auf den Stand und mögliche zukünftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen gegeben wird. Danach es werden die Forschungsergebnisse analysiert und geprüft ob die Hypothesen bestätigt wurden oder nicht. In dieser Arbeit wird aus Gründen der Lesbarkeit in der Regel die männliche Schreibweise verwendet. In diesen Fällen sind sowohl Frauen als auch Männer gemeint.

1.4 Materialzugang und Methodologie

Das Thema wurde hauptsächlich mittels zahlreicher Bücher, Artikel und Aufsätze bearbeitet, die für das vorliegende Thema relevant sind. Dazu kommen Publikationen und offizielle Dokumente der EU und russischer politischer Institutionen. Wissenschaftliche Texte wurden mit der Methode der Dokumenten- und Inhaltsanalyse untersucht. Diese Methode ist vorteilhaft, da sie den Texten relevante Informationen zur Verfügung stellt, mit denen Forschungsfragen beantwortet werden können. Die Einseitigkeit sollte in der Betrachtungsweise den Beziehungen zwischen EU und Russland ausgeschlossen sein, da es die Texte in 3 Sprachen (Russisch, Deutsch und Englisch) analysiert wurden und Positionen aus der Sicht beide Seiten aufgeleuchtet. Bei der Literatursuche kann auch der sogenannte Schneeballprinzip hilfreich sein, bei dem zentral gefundene Publikationen in der ausgewählten Literatur zum Thema der darin enthaltenen Links näher untersucht werden.

Dank der Teilnahme an der Sommerschule „UN und ECS Public Diplomacy Program“, die von Eurasian Research Institute im September 2018 in Wien durchgeführt wurde, konnte es auf der Grundlage der Ansichten der europäischen und der russischen Experten eine allgemeine Vorstellung von den Beziehungen zwischen der EU und Russland erstellt werden. Im Rahmen der Sommerschule es gab die Möglichkeit die Präsentation im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres zu besuchen, wo man direkt mit Vertretern der österreichischen Politik sprechen konnte. Zudem während des Besuches der Vertretung der Russischen Föderation bei den internationalen Organisationen in Wien, der ständiger Vertreter Herr Mikhail Ulianov wertvolle Einblicke in die russische Außenpolitik gegeben hat.

Um die erste Hypothese zu überprüfen, es wurden deutsch- und englischsprachige wissenschaftliche Literatur qualitativ analysiert und theoretische Ansätze zur „Demokratie“ formuliert. Um besser das Konzept der „Souveräne Demokratie“ zu verstehen und beschreiben, es wurden Informationen aus den die russischsprachigen Quellen hingezogen.

Die zweite Hypothese beschäftigt sich mit der Haltung zu den Sanktionen, was auch bedeutet, dass statistische (quantitative) Daten gesammelt und analysiert wurden.

Die dritte Hypothese erforderte die Untersuchung qualitativen Quellen und Daten, um klarzustellen, inwiefern hat die Ukraine-Krise auf die Beziehungen zwischen EU und Russland beeinflusst. Hier es wurde ein Blick vor allem auf die Medienberichterstattungen und Aussagen von EU- und Russlands Politikern geworfen. Darüber hinaus es wurden die inhaltlichen Unterschiede zwischen russisch- und deutschsprachigen Massenmedien dargestellt.

Was die Verfügbarkeit von Daten angeht, es lässt sich sagen, dass dieses Thema gut beleuchtet ist und es zahlreiche Quellen gibt. Daten, die nicht im Internet gefunden werden konnten, wurden aus den Fachbibliotheken der Universität Wien und der Österreichischen Nationalbibliothek erhoben.

2. Umfangreiche Aspekte der EU-russischer Beziehungen

2.1 Rückblick auf die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland

Historisch gesehen waren die Beziehungen zwischen Europa und Russland immer im ständigen Wechsel. Die Russlandwahrnehmung in Westeuropa ändert sich seit der Frühen Neuzeit zwischen Russophobie (der Angst vor dem aggressiven, unberechenbaren, barbarischen Bären) und Russophilie (der Liebe zur unergründlichen „russischen Seele“ und Gastfreundschaft). Und Russland seit dem frühen 18. Jahrhundert dreht sich um die Frage, in welchem Verhältnis sie zu Europa steht.¹⁶ Im 18. Jahrhundert, Zar Peter der Große versuchte Russland nach europäischem Vorbild zu modernisieren und ein „Fenster nach Europa“ aufstoßen. Er hat europäische Gepflogenheiten und Verhaltensregeln eingeführt. Das wurde zu Kerneuropa und zu einer "Europäisierung" der russischen Eliten ausgerichtet. Später hat die Kaiserin Katharina II, die deutsche Wurzeln hatte, in einer politischen Grundsatzschrift aus dem Jahr 1767 geschrieben, dass Russland eine europäische Macht ist. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist Russland endgültig in Europa angekommen. Ihr Enkel, Zar Alexander I hat nach dem Sieg über Napoleon, auf dem Wiener Kongress in Jahren 1814-15 bei der Neuordnung Europas eine bedeutende Rolle gespielt. Am Ende des 18. Jahrhunderts ist das Zarenreich durch die Teilung Polens ein direkter Nachbar von Preußen und Österreich geworden.¹⁷ Im Jahre 1815 hat Russland mit beiden Ländern eine „Heilige Allianz“ beschlossen und hat sich als eine der Großmächte in Kontinentaleuropa etabliert.

Damit sollte langfristiger Frieden auf der Grundlage der christlichen Lehre gesichert werden. Alle europäischen Staaten bis auf Großbritannien und dem Kirchenstaat (Vatikan), haben zu der Heilige Allianz beigetreten.¹⁸

¹⁶ Vgl. Russland und Europa. In Hassliebe vereint. Zeit Online, S.1. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/03/russland-europa-osten-westen-konflikt> (letzter Zugriff: 26.03.2019)

¹⁷Vgl. ebd., (letzter Zugriff: 26.03.2019)

¹⁸ Vgl. Büyük, Serkan; Lipert, Yannik: Der Heilige Allianz 1815-1856. Online verfügbar unter:

Im 19. Jahrhundert wurde in Russland eine Gegenbewegung gebildet, die die Abgrenzung zu Europa und das Denken über die „russischen Werte“ gefördert hat. Die russische Intelligenz hat seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts die Debatten um Russland/Europa Verhältnis ausgelöst. Insbesondere das zur Einschätzung der Reformen Peters des großen geführt. Einige waren der Meinung, dass diese Reformen Russland aus einem barbarischen in ein aufgeklärtes Land verwandelt haben, andere haben gedacht, dass seine „europäische“ Reformen die Wurzeln des orthodoxen Russlands zerstört haben und der Staat zu einem bloßen Nachahmer des Westens degradiert wurde. Dabei waren die russischen Europadiskurse ebenso mehrdeutig, wie die Russlanddiskurse im Westen Europas.

Im Oktober 1917 die Macht in Russland wurde von Bolschewiki übernommen und der Staat wurde auf das sozialistische Modell umgesetzt. Das Sowjetsystem hat die Beziehungen mit Europa verändert. Bei der Modernisierung des Staates und proletarischer Revolution, haben sich die Kommunisten nicht mehr an westlichen Werten und Institutionen orientiert.

Mit dem Zweitem Weltkrieg wurde wieder alles verändert und eine Neue Weltordnung erschafft. Die Rote Armee hat die westlichen Gebiete der Sowjetunion und weite Teile Mittel- und Südosteuropas von der Herrschaft Nazideutschlands befreit. Die Herrschaft der Sowjetunion wurde bis weit nach Mitteleuropa verbreitet. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, das Baltikum und die DDR wurden nach 1945 zu Satellitenstaaten Moskaus. Es wurde somit eine Neue Weltordnung mit zwei Supermächte erschafft, die Sowjetunion und die USA in der westlichen Welt.¹⁹

Das Ende des Zweiten Weltkrieges war der entscheidende Ausgangspunkt für die europäische Integration, die wurde auf ein dauerhaft friedliches Zusammenleben der Staaten und Völker auf dem europäischen Kontinent, sowie Wiederaufbau der Landwirtschaft erzielt. Durch Vernetzung der militärstrategisch wichtige Wirtschaftssektoren, sollte ein langfristiger Frieden zwischen den früheren Gegnern gesichert werden und in der Folge auch die politische Annäherung und dauerhafte Versöhnung der beteiligten Staaten erreicht werden. Außerdem im beginnenden Kalten Krieg die westeuropäischen Staaten sollten enger zusammengeschlossen werden.²⁰

https://www.odenthal.de/fileadmin/user_upload/Bilder_und_Dateien/Gemeindearchiv/GO_allianz1815_1856.pdf (letzter Zugriff: 26.03.2019)

¹⁹ Vgl. Russland und Europa. Russlands Resowjetisierung unter Wladimir Putin. Zeit Online, S.5. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/03/russland-europa-osten-westen-konflikt/seite-5> (letzter Zugriff: 27.03.2019)

²⁰ Vgl. Leckebusch, Rainer; Frietsch, Martina: Geschichte der EU. Planet Wissen. Online verfügbar unter: https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/organisationen/geschichte_der_eu/index.html#Europaeische_Integration (letzter Zugriff: 27.03.2019)

Am 9. Mai 1950 hat der französische Außenminister Robert Schuman in seiner Rede vorgeschlagen die Kohle- und Stahlindustrie gemeinsam zu verwalten²¹. Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und Niederlande haben die Herausforderung angenommen und in den Vertragsverhandlungen teilgenommen. Somit in Paris wurde am 18. April der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet der Grundstein der heutigen EU gelegt.²² Auf der Konferenz von Messina 1955 haben sich die sechs EGKS-Staaten darauf geeinigt, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erweitern indem ihre Kooperation auf die gesamte Wirtschaft und den gesamten Handel auszudehnen. Das hat zu den nächsten Integrationsschritten in Europa geführt. Im Jahre 1957 wurden Römische Verträge unterzeichnet mit denen die sechs EGKS-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG und Euratom) gegründet haben.²³

Die westeuropäische Gemeinschaft ist auch für andere Länder attraktiv geworden und im Jahre 1973 wurde die erste Erweiterung („Norderweiterung“) erfolgt. Dänemark, Irland und Großbritannien wurden neue Mitglieder der EG. 1979 wurde das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen, die auf einer europäischen Währungseinheit basiert ist. Im selben Jahr wurde erstmals die Direktwahl des Europäischen Parlaments erfolgt. 1981 hat Griechenland der EG beigetreten und im Jahre 1986 Portugal und Spanien. Im Jahre 1987 wurden Einheitliche Europäische Akte (EEA) eingesetzt. Im Jahre 1993 wurde der Vertrag von Maastricht in Kraft getreten und hat somit die Europäische Union begründet.²⁴

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden auch die Einrichtung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Schaffung einer Unionsbürgerschaft erfolgt. Außerdem es wurden die vollständige Wirtschafts- und Währungsunion und gemeinsame Währung für 1999 eingeführt.

Da Anfang 90-er Jahre in der EU solche großen Transformationen durchgeführt wurden, insbesondere nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, war die EU in der ersten Linie mit der Innenpolitik beschäftigt. Somit hatten Russland und gesamte europäische Außenpolitik weniger Bedeutung für die Union. Nichtsdestotrotz hat die EWG (EU) ein wichtiger Schritt

²¹ Vgl. Bundeskanzleramt, Geschichte der EU. Online verfügbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/geschichte-der-eu> (letzter Zugriff: 27.03.2019)

²² Vgl. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Vertrauensbildende Maßnahme. EU-Info. Deutschland. Online verfügbar unter: <http://www.eu-info.de/europa/eu-eg-ewg/EGKS/> (letzter Zugriff: 27.03.2019)

²³ Vgl. Leckebusch, Rainer; Frietsch, Martina: Geschichte der EU. Planet Wissen. Online verfügbar unter: https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/organisationen/geschichte_der_eu/index.html#Europaeische_Integration (letzter Zugriff: 27.03.2019)

²⁴ Vgl. ebd., (letzter Zugriff: 27.03.2019)

auf der bilateralen Ebene mit der Sowjetunion gemacht und im Dezember 1989 ein Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. Es hat somit zu einer dynamischen Entwicklung der Beziehungen zwischen der EWG (EU) und der UdSSR geführt. Damaliger UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow spricht in seinem Buch „Umgestaltung (Perestroika) und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt“ von "gemeinsamen europäischen Haus" und sieht Russland als „Bewohner“ in diesem Haus: «Europa ist tatsächlich unser gemeinsames Haus, wo die Geschicke Dutzender Länder und Völker durch Geographie und Geschichte eng miteinander verwoben sind. Natürlich hat jedes seine eigenen Probleme, möchte sein eigenes Leben und seine Traditionen pflegen.

Daher kann man die Metapher weiterspinnen und sagen: Ein gemeinsames Haus, aber jede Familie hat ihre eigene Wohnung, und das Haus hat verschiedene Aufgänge. Doch es erhalten, vor Brand oder anderem Unglück bewahren, es besser und sicherer machen, es in Ordnung halten, wie es sich gebührt, können die Europäer nur gemeinsam, nach vernünftigen Normen des Zusammenlebens».²⁵ Seine Politik hat im Westen die Hoffnungen auf eine „Europäisierung“ Russlands geweckt. Außerdem, bei der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1990 in Rom wurden die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion als wichtiger Beitrag zur Unterstützung des Stabilisierungs- und Friedensprozesses in Europa und der Welt gewertet. Damals hat der Europäische Rat auch beschlossen, die UdSSR durch den Transfer von „Know-how“ und durch die Gewährung humanitärer Hilfe zu unterstützen. Dieser Beschluss wurde durch das Hilfsprogramm TACIS umgesetzt, dessen Regelung vom EU-Ministerrat im Juli 1991 verabschiedet wurde. Anfang 90-er ist die Sowjetunion in die Krise gerutscht. Eine frühere Sowjetrepublik nach der anderen hat ihre Unabhängigkeit erklärt. Viele von Ihnen wollten die NATO und EU beitreten. In demselben Jahr wurde auch der Warschauer Pakt²⁶ aufgelöst. Russland hat damit die militärische Bedrohung gesehen, da die NATO immer näher an seine Staatsgrenze gekommen ist.²⁷ Einen Monat nach der Tagung des Europäischen Rates in italienischen Rom, am 19. August 1991 wurde ein Putsch (August-Putsch) von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gegen UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow

²⁵ Gorbatschow, Michail: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Dietz Verlag/ Berlin 1987, S. 251

²⁶ Warschauer Pakt – militärisch-politisches Bündnis (1955-1991) zu dem zu Beginn die damals kommunistischen Staaten Albanien, Bulgarien, die DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien unter der Führung der Sowjetunion angehörten.

²⁷ Vgl. Warschauer Pakt. Militärisch-politisches Bündnis. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161779/warschauer-pakt> (letzter Zugriff: 29.03.2019)

organisiert. Nach dem Putsch wurde die Sowjetunion im Dezember 1991 zerfallen. Der Zerfall des weltgroßen sozialistischen Staates hat die geopolitische Lage in der Welt verändert.

2.1.1 Beziehungen zwischen der EU und dem postsowjetischen Russland

Ende 80-er Jahre konnte die EU mit dem baldigen Zerfall der Sowjetunion nicht rechnen und EWG (EU) hatte keine klare Russlandstrategie und musste neue Instrumente entwickeln, um mit Russland und andere ehemalige sowjetischen Staaten die Beziehungen aufzubauen. Einerseits hat die EU versucht, die neu entstandenen Staaten in ihrem Transformationsprozess zu unterstützen. Andererseits, die EU wollte, diese Staaten ökonomisch und strategisch auf ihre Seite haben und gleichzeitig die militärischen Reaktionen präventiveren. Im Jahre 1991 hat die EWG (EU) das Hilfsprogramm TACIS²⁸ für die ehemalige sowjetischen Staaten (GUS²⁹) entwickelt. Das Ziel des TACIS - Programms war die Unterstützung der GUS im Übergang zur Marktwirtschaft, bei der Reform der Verwaltung, bei Infrastrukturmaßnahmen, dem Bildungswesen und dem Umweltschutz.³⁰ Die Hilfsleistung wurde in nicht rückzahlenden Zuschüssen erfolgt. Die der GUS im Rahmen von TACIS zur Verfügung gestellte technische Hilfe belief sich im Zeitraum von 1991 bis 1999 auf 4,5 Mrd. Euro. Außerdem, die GUS haben seit 1991 Kredite der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung erhalten. Russland wurde im Zeitraum von 1991 bis 1999 mit 1,2 Milliarden Euro gefördert. Für den Zeitraum 2000-2006 wurde eine TACIS-Verordnung überarbeitet und auf verschiedene Handels- und Kooperationsabkommen zwischen den Partnerländern gestützt. In diesem Zeitraum für GUS wurden nochmals 3,1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.³¹

Der Schwerpunkt des Programms war im Bereich des good governance und wurde an grundlegenden Demokratieprinzipien gebunden. Im Falle eines Verstoßes gegen demokratische Prinzipien und Menschenrechtsverletzungen die Hilfeleistungen könnten eingefroren werden.

²⁸ TACIS - Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States. Zu den Ländern in Osteuropa und Zentralasien, deren Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen des TACIS Programms geregelt wurde, gehören: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, die Mongolei, die Russische Föderation, Turkmenistan, Tadschikistan, die Ukraine und Usbekistan.

²⁹ GUS - Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

³⁰ Vgl. TACIS - offizielles Dokument. Europäische Kommission. Press Release Datenbank 19.02.2018. Online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-92-54_en.htm (letzter Zugriff: 29.03.2019)

³¹ Vgl. Reaktion der EU auf den Zerfall der Sowjetunion. Ausarbeitung „Die Beziehungen zwischen der EU und Russland“, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, WF XII G - 113/06, S.5. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412432/f5427d34a43427828d929de1c9169545/WF-XII-G-113-06-pdf-data.pdf> (letzter Zugriff: 31.03.2019)

Seit 2001 ist die Generaldirektion Außenbeziehungen der EU-Kommission für die politische Richtung des Programms verantwortlich. Die Kommission erstellt Jahresberichte über die Projekte und die Effizienz des Programms. Die technische Projektabwicklung untersteht dem Europe Aid Co-operation Office.³²

Im Jahre 2007 wurde TACIS durch das ENPI (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerinstrument) ersetzt. Das Programm des ENPI ist ein Finanzinstrument der Europäische Nachbarschaftspolitik. Russland nimmt in dem ENPI Programm nicht Teil, da die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU wird im Rahmen des Partnerschaftsinstruments (PI) finanziert.³³

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Eintritt Russlands als neuentstandenen Staat in die Staatenwelt, war eine positive Entwicklung im Hinblick auf die Partnerschaft Russlands mit dem Westen offenbar. Für Russland hat die EU das Konzept des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens³⁴ (PKA) entwickelt, der aus dem mit der Sowjetunion bestehenden Handels- und Kooperationsvertrag aus dem Jahre 1989 entstand wurde. Die Vertragsverhandlungen sind fast zwei Jahre gedauert bis es zu einem positiven Abschluss gekommen wurde. Das PKA wurde am 1. Dezember 1997 für die Dauer von zehn Jahren in Kraft getreten und seither jedes Jahr automatisch verlängert. Dieses Abkommen bietet einen umfassenden Rahmen für die Zusammenarbeit im verschiedenen Bereiche wie Handel und handelspolitische Zusammenarbeit, Menschenrechte und Demokratie, Wissenschaft und Technologie, berufliche Bildung, Zollfragen, Verhinderung von Straftaten, Fremdenverkehr, Energie und Telekommunikation, Umwelt und Kultur. Als das PKA beschlossen wurde, war die EU für Russland der größte Handelspartner. Russland wurde erzielt auf den Beitritt zur WTO und die Einrichtung einer Freihandelszone mit der EU. Außerdem durch dieses Abkommen wird aufgrund der Bildung eines Kooperationsrates auf Ministerebene, Kooperationsausschusses auf der Ebene hoher Beamter und parlamentarischen Kooperationsausschusses, ein politischer Dialog zwischen EU und Russland institutionalisiert.³⁵

³² Vgl. Dieringer J., TACIS. Bundeszentrale für politische Bildung, 2013. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177295/tacis> (letzter Zugriff: 31.03.2019)

³³ Vgl. EU and Neighbours: evolving relations. The European Neighbourhood Instrument (ENI). EU Neighbours.eu. Online verfügbar unter: <https://www.euneighbours.eu/en/policy/european-neighbourhood-instrument-eni> (letzter Zugriff: 02.04.2019)

³⁴ Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits - Protokoll 1 über die Einsetzung einer Kontaktgruppe für Kohle und Stahl - Protokoll 2 über Amtshilfe zur Einhaltung des Zollrechts - Schlußakte - Gemeinsame Erklärungen - Briefwechsel - Unterzeichnungsprotokoll zum Abkommen, Document 21997A1128(01), Access to European Union Law. Online verfügbar unter: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:21997A1128\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:21997A1128(01)) (letzter Zugriff: 02.04.2019)

³⁵ Vgl. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland. Europäische Kommission. CORDIS: Forschungsergebnisse der EU, 01.12.2007. Online verfügbar unter: [https://cordis.europa.eu/news/rcn/9433/de\(letzter](https://cordis.europa.eu/news/rcn/9433/de(letzter) Zugriff: 02.04.2019)

Aus der juristischen Perspektive bei den PKA handelt es sich um ein Partnerschaftsabkommen ohne EU-Beitrittsperspektive. Bei einem Verstoß gegen Grundsätze der Demokratie oder Menschenrechte kann das PKA einseitig ausgesetzt werden. Aufgrund der Ukraine-Krise wurde seitens EU die Zusammenarbeit in manchen Bereichen des KPA ausgesetzt und die Sanktionen eingeführt.³⁶ Über weitere Abkommen zwischen der EU und Russland und die Schaffung von „Gemeinsamen Räumen“ ihrer Partnerschaft wird es in den nachfolgenden Paragraphen gesprochen.

Im Rahmen der russisch-europäischen Partnerschaft sind jedoch Krisen entstanden. Die aktuellste politische Krise in dieser Partnerschaft ist nicht nur die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, sondern auch die EU-Osterweiterung. Die ehemaligen Sowjetrepubliken (Lettland, Litauen und Estland) haben die EU beigetreten. Russland hat dieses Vorgehen im Zusammenhang mit der Erweiterung anderer westlicher Organisationen (vor allem NATO) und damit die Bedrohung für ihre eigene Sicherheit betrachtet. Außerdem Russland hat befürchtet, durch die EU-Erweiterung die bisherigen Zollvorteile beim Handel mit den Erweiterungsländern zu verlieren, die früher zur Sowjetunion oder zum Warschauer Pakt zählten. Im Rahmen der EU-Osterweiterung wurde auch Kaliningrad-Problematik³⁷ im Jahr 2002 gelöst, die für die bilaterale Beziehungen wichtig war. Nach dem Beitritt von Polen und Litauen zur EU wurde Kaliningrad nur von EU-Gebiet umgeben und eine Lösung für Transit von russischen Exklaven nach Russland notwendig war. Die Einigung bestand darin, dass die Russen künftig mit vereinfachten Visa-Verfahren in die Ostsee-Exklave Kaliningrad einreisen können. Nach der Einigung es wurde zwei Typen „Vereinfachten Transitdokuments“ gegeben: Ein Mehrfachvisum für alle Verkehrswege zwischen dem Königsberger Gebiet und dem übrigen Rest Russlands (Kaliningrad-Pass), das in den litauischen Konsulaten beantragt werden kann und ein Reisedokument für durchgehende Bahnfahrten zwischen beiden Gebieten, das zusammen mit der

³⁶ Vgl. Russia-EU Partnership and Cooperation Agreement turns 20. Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union, 12.01.2017. Online verfügbar unter: <https://russiaeu.ru/en/news/russia-eu-partnership-and-cooperation-agreement-turns-20?fbclid=IwAR2OZRiQIYWASqpLL-pJHcdQccAPZyHvHNJxkMNCYtdDgMQoDmlhhUBi3hSc> (letzter Zugriff: 31.03.2019)

³⁷ Kaliningrad - das westlichste Gebiet der Russischen Föderation. Das russische Gebiet Kaliningrad ist eine Exklave und von fremden Staatsgebieten eingeschlossen. Es hat abgesehen von der Erreichbarkeit über die freie internationale Ostsee, keine Verbindungen zum russischen Mutterland. Daraus ergeben sich einige Probleme, da zu den EU-Ländern Polen und Litauen restriktive Zoll- und Grenzbeschränkungen bestehen. Zwischen Litauen und Russland liegen noch Weißrussland bzw. Lettland, sodass die Landverbindung vom Russland zum Gebiet Kaliningrad durch zwei fremde Staaten führt. Der russische Binnenmarkt ist für Produkte aus Kaliningrad wegen dem Transit schwer zugänglich. Das Gebiet spielt für Russland eine wichtige Rolle für seine Baltische Flotte mit Sitz in Baltijsk.

Fahrkarte zwei Tage vor Abfahrt des Zuges erhältlich sein soll. Angaben zu den Reisenden sollen elektronisch an die litauischen Behörden übermittelt werden.³⁸

Die nächste politische Krise, die die russisch-europäischen Beziehungen betroffen hat, ist der Kaukasuskrieg 2008. Trotz, dass es ein kurzer Krieg war (nur fünf Tage), er hat große Konsequenzen für den Südkaukasus, Russland und den Westen verursacht. In der vorliegenden Masterarbeit wird der Konflikt im Südkaukasus ausführlicher beschrieben, da militärische und politische Vorgehen Russlands oft von Politikwissenschaftler mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine verglichen wird oder über die Auswirkungen auf die Ukraine - Krise gesprochen. Aus der Sicht der EU, Russland hat sich rechtswidrig bei beiden Konflikten in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates eingemischt, die Separatisten militärisch und wirtschaftlich unterstützt und die Prinzipien des Völkerrechtes verstoßen. Russische Regierung sieht ihrerseits keine rechtswidrigen Maßnahmen, sondern strebt die Sicherheit der Bevölkerung in den Konfliktregionen an.³⁹ Russland hat die Unabhängigkeit den abtrünnigen Regionen in Georgien (Abchasien und Südossetien) anerkannt. Die EU betrachtet dieser Schritt als eine Verletzung der territorialen Integrität Georgiens sowie inakzeptabel und völkerrechtswidrig.⁴⁰ Die Unabhängigkeit von selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk - den abtrünnigen Regionen in der Ukraine, hat nur die Südossetien im Sommer 2014 anerkannt.⁴¹ Die Bewohner aller vier Regionen dürfen russische Staatsbürgerschaft erwerben und dieser Prozess wurde vereinfacht.

Die europäischen Staaten haben russische militärische Vorgehen in dem Konflikt in Kaukasus kritisiert und als direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Georgiens sowie ein Verstoß gegen Grundsätze und Normen des Völkerrechts betrachtet. Unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten herrsche keine Einigkeit wie auf den Krieg in Südkaukasus zu reagieren und welche Maßnahmen durchzuführen. Traditionell ist die EU eher auf die Seite des prowestlichen

³⁸ Vgl. EU-Erweiterung: Kaliningrad-Frage gelöst. Spiegel Online, 11.11.2002. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-erweiterung-kaliningrad-frage-geloest-a-222436.html> (letzter Zugriff: 12.05.2019)

³⁹ Vgl. Bushuev, Michail: Spustya 10 let: chto vazhno znat o pyatidnevnoj vojne Rossii i Gruzii. DW, 08.08.2018. Online verfügbar unter: <https://p.dw.com/p/32kgQ> (letzter Zugriff: 12.05.2019)

⁴⁰ Vgl. Konflikt in Georgien - wer trägt die Schuld?. Tagesschau.de, 13.08.2008. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/faggeorgien100.html> (letzter Zugriff: 12.05.2019)

⁴¹ Vgl. Nikolaus von Twickel: Entwicklungen in „DNR“ und „LNR“. Civicmonitoring - Monitoring of human rights violations in eastern Ukraine, 13.12.2016. Online verfügbar unter: <https://www.civicmonitoring.org/de/entwicklungen-in-dnr-und-lnr-13-dez-19-dez-2016-newsletter-nr-12/> (letzter Zugriff: 15.05.2019)

Georgiens. Zudem die ehemaligen Ostblockstaaten haben russlandskeptische Haltung, im Unterschied zu den Gründerstaaten der EU.⁴²

Die EU hat keine Sanktionen gegen Russland eingeführt, wie es seit der Ukraine-Krise passiert wurde. Im Unterschied zu den USA, die führende europäische Länder – Deutschland und Frankreich lehnten den zukünftigen Beitritt Georgiens zur NATO ab. Es war vor allem wegen innenpolitischen Probleme Georgiens (in Bezug auf Abchasien und Südossetien). Außerdem die EU wollten keine Verschlechterung in den Beziehungen mit dem Öllieferanten und ständigen Uno-Sicherheitsratsmitglied. Für die EU es war wichtig, den bestehenden damals Kräfteverhältnis in Europa bewahren. In vielerlei Hinsicht war die Europäische Union (zum damaligen Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft hatte Frankreich) als Mediator bei den Verhandlungen über die friedliche Lösung des russisch-georgischen Konflikts. Auf Vermittlung der EU es wurde ein Sechs-Punkte-Plan (in Russland es wird vom „Medwedew-Sarkozy-Plan“ gesprochen)⁴³ zur Entschärfung des militärischen Konflikts vorgestellt, dem Russland und Georgien trotz der verhandelten Änderungen zugestimmt haben. Im Wesentlichen sollte das Waffenstillstandabkommen den Rückzug der russischen und georgischen Streitkräfte regeln und den Status quo ante in Südossetien wiederherstellen. Russland war uneinig mit der EU in Bezug auf Punkt 5 des Abkommens und darin vorgesehenen Rückzug der russischen Streitkräfte aus Georgien (mit 500 Soldaten des russischen Teils der in der Sicherheitszone stationierten gemeinsamen Friedenstruppe). Russland hat den Rückzug georgischen Truppen aus den abtrünnigen Regionen verlangt und wollte die Südosseten vor einem „Völkermord“ seitens Georgiens bewahren.⁴⁴

Im Rahmen des Konflikts mit Georgien, hat die Regierung in Moskau davon gesprochen, ihre Staatsbürger im Südkaukasus beschützen zu müssen und die Aggression von Georgien zu verhindern. Das war einer der Gründe, warum hat sich Russland damals in den Konflikt in Georgien eingemischt. Russland versucht seit Jahren seinen Einfluss in dem Gebiet zu wahren und unterstützt wirtschaftlich Abchasien sowie Südossetien. Außerdem seit 2006 darf die Bevölkerung in Südossetien und Abchasien russischen Pässen erwerben. Nach offiziellen Angaben der

⁴² Vgl. Sarkozy und Medwedew vereinbaren Sechs-Punkte-Plan. Hamburger Abendblatt, 13.08.08. Online verfügbar unter: <https://www.abendblatt.de/politik/ausland/article107438505/Sarkozy-und-Medwedew-vereinbaren-Sechs-Punkte-Plan.html> (letzter Zugriff: 13.05.2019)

⁴³ Sechs-Punkte-Plan - ein Waffenstillstandabkommen zwischen Georgien und Russland.

⁴⁴ Vgl. Kyzmin, Vladimir: Delo principov. Dmitrij Medvedev i Nikolya Sarkozy prodolzili dialog na osnove svoix shesti principov. Rossijskaya gazeta, № 0(4746). Online verfügbar unter: <https://rg.ru/2008/09/09/medvedev-sarkozy.html> (letzter Zugriff: 15.05.2019)

russischen Botschaft in Südossetien, mehr als 90% der Bewohner dieser Region haben die russische Staatsbürgerschaft. Nach Angaben des Innenministeriums Abchasiens, mehr als 80% der Bevölkerung besitzen russische Staatsbürgerschaft.

Der Versuch Georgiens, die Kontrolle über Abchasien und Südossetien wiederherzustellen, erklärt sich aus dem Wunsch Georgiens alle seine territorialen Streitigkeiten zu lösen, da es der Beitritt zu militärischen oder politisch-wirtschaftlichen Organisationen voraussetzt. Der damaliger Georgiens Präsident Michail Saakaschwili (2004 - 2013) plante Südossetien und Abchasien wieder in Georgien einzugliedern. Saakaschwili hat während seiner Präsidentschaft die Maßnahmen zum frühestmöglichen Beitritt Georgiens zur NATO und zur EU sowie zum Austritt aus der GUS⁴⁵ durchgeführt. Diese Idee wurde jedoch zwei Jahre später von den Südossetiens in einem Referendum abgelehnt. In der Nacht vom 7. auf 8. August 2008 wurde fünftägiger Kaukasuskrieg begonnen und fiel zusammen mit der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele in Peking. Georgische Einheiten haben Luft- und Bodenkampagne auf Südossetiens Hauptstadt Zchinwali begonnen, um die nach Unabhängigkeit strebende Region wieder unter Kontrolle zu bringen. Der Militäroffensive Georgiens war eine Spannung in der Südossetien vorausgegangen. In der Region es ist zu den verschärfenden Zusammenstößen zwischen lokalen Milizen, Guerillas und georgischen Sicherheitskräften gekommen. Obwohl, dass am 7. August der Präsident Saakaschwili einen einseitigen Waffenstillstand angekündigt hat und Südossetien eine „praktisch unbegrenzte Autonomie und Selbstverwaltung“ innerhalb des georgischen Staatsverbunds versprochen hat, schon in wenigen Stunden danach wurde sein Angriffsbefehl ausgesprochen. Russland hat sofort darauf reagiert und noch in Peking hat Wladimir Putin (damals der russische Premierminister) eine Gegenoffensive der 58. russischen Armee angekündigt, was ein Krieg zwischen Georgien und Russland ausgelöst hat.⁴⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der EU als Erfolg verbucht wird, dass sie in dem Kaukasuskrieg als Vermittler einen Friedensplan vorgelegt hat. Nichtsdestotrotz, georgische

⁴⁵ Georgien hat am 18.08.2009 aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) offiziell ausgetreten und ist seit 2009 mit der EU über die Östliche Partnerschaft, sowie seit 2014 als Mitglied der Vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) verbunden. Außerdem, Georgien ist Mitglied im Europarat und nimmt in den EU-Programmen Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und TRACERA teil. Seit 2017 es gilt für Georgien visumfreie Reiseverkehr mit der EU. Das Land strebt bis heute NATO-Beitritt an und im Jahr 2008 wurde die NATO-Georgien-Kommission eingesetzt.

⁴⁶ Vgl. Michael Brzoska/Regina Heller/Marietta König u.a.: Der Kaukasuskrieg 2008 Ein regionaler Konflikt mit internationalen Folgen. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, 45. Ausgabe, 2008. S.4 Online verfügbar unter: <https://ifsh.de/pdf/publikationen/hifs/HI45.pdf> (letzter Zugriff: 20.05.2019)

Regierung und wissenschaftliche Literatur betrachten die Rolle der EU zurückhaltend und zögerlich.⁴⁷ Der EU wird beiderseitig vorgeworfen, dass ihre Politik ziemlich weit von klar definierten Zielen ist: «Es wird kritisiert, dass sie die ihr zur Verfügung stehende Instrumente nicht effektiv und kohärent genug einsetzt und darüber hinaus ein eindeutig politisches Profil vermissen lässt»⁴⁸. Auch Georgiens Präsident Saakaschwili hat der EU vorgeworfen, eine Teilschuld am Fünf-Tage-Krieg im August 2008 zu tragen. Er ist der Meinung, dass bei einer aktiveren Rolle der EU den Krieg für vermeidbar gehalten hätte. Ähnlich urteilt auch die wissenschaftliche Literatur. Auch manche Wissenschaftler aus Thinktank Chatham House haben gleiche Haltung zur EU: «Moskaus Annexion der Krim hätte verhindert werden können, wenn Europa und andere Nationen auf den Krieg Russlands mit Georgien vor einem Jahrzehnt „angemessen“ reagiert hätten».⁴⁹ Mit dieser rückblickenden Haltung hat die EU Russland ermutigt, während der Ukraine-Krise noch aggressiver vorgehen.

2.2 EU Interessen und Strategie der EU gegenüber Russland

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland haben in den letzten zwei Jahrzehnten viele Höhen und Tiefen erlebt und waren durch akute Krisen verschärft. Viele Probleme in den beiderseitigen Beziehungen, die nach dem Zerfall der Sowjet Union entstanden sind, haben auf die russisch-europäische Partnerschaft beeinflusst. Die EU erwartet von Russland den Aufbau einer wirksamen Demokratie und es herrscht in der EU eine negative Haltung in manchen Aspekten Innen- und Außenpolitik Russlands. Der russischen Führung wird oft vorgeworfen, dass diese von demokratischen Werten und Menschenrechteprinzipien abweicht, die der Partnerschaft zwischen der EU und Russland zugrunde liegen. Zu manchen Fragen bestehen grundlegende Meinungsverschiedenheiten, insbesondere in Bezug auf Entwicklungsmöglichkeiten und institutionelle Formen der Demokratie, den Schutz der Menschenrechte und die Bekämpfung des Terrorismus. Außerdem, in Europa bleibt ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber der politischen Elite in Russland.

Um die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland im neuen Jahrhundert zu stärken und eine Verschlechterung zu vermeiden, hat der Europäische Rat (ER) beim Kölner

⁴⁷ Vgl. Bohorishvili, Mariam. Die EU im geopolitischen Wettbewerb mit Russland: Konfliktfeld Georgien, Springer Fachmedien Wiesbaden, 2015. S. 17

⁴⁸ Ebd. S.17

⁴⁹ Harris, Chris. Europas vergessener Konflikt: Der Kaukasuskrieg. euronews., 08.08.2018. Online verfügbar unter: <https://de.euronews.com/2018/08/08/europas-vergessener-konflikt-der-kaukasuskrieg> (letzter Zugriff: 26.04.2019)

Gipfeltreffen am 4. Juni 1999 eine „Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland“⁵⁰ verabschiedet, in der Russland die Eingliederung in einen gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum zugesagt wurde. Außerdem es wurde die Kooperation in Bildung, Technik und Wissenschaft angestrebt. Russland hat darauf im November 1999 ein eigenes Dokument „Mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehung zwischen Russland und der Europäischen Union“ erstellt, über den es im Paragraf 2.3 gesprochen wird.

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland entwickeln sich seit dieser Zeit im Format einer „strategischer Partnerschaft“. Obwohl dieser Begriff sowohl von der EU als auch von der russischen Führung regelmäßig verwendet wird, ist er in keinem der offiziellen Dokumente definiert, die die Rechtsgrundlage ihrer Zusammenarbeit bestimmen. Darüber hinaus wurde dieser Begriff von Wissenschaftlern nicht ausreichend untersucht, obwohl er häufig in wissenschaftlichen Artikeln verwendet wird: «Der Begriff der „strategischen Partnerschaft“ ist allerdings inhaltlich nicht bestimmt. Zwar liegt er auf der europäisch-russischen Ebene mit den sogenannten „vier gemeinsamen Räumen“ des PKA eine Russland-Strategie vor, jedoch wird auch in diesem Abkommen der Begriff als solcher nicht näher bestimmt. Allgemein wird unter diesem Begriff ein konkretes, sehr hohes Anspruchsniveau und Profil zwischenstaatlicher Beziehungen verstanden».⁵¹ Strategische Partnerschaft ist eine langfristige und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit gleicher Akteure auf internationaler Ebene zur Lösung großer Aufgaben. In der diplomatischen Rhetorik wird dieser Begriff nicht immer gerechtfertigt verwendet, wodurch seine Bedeutung abgewertet wird.

Für eine „Strategische Partnerschaft“ ist typisch, dass sie:

- langfristig geplant ist;
- eine umfangreiche Agenda mit wichtigen Projekten aufweist;
- sich auf einer Fülle von Gemeinsamkeiten, darunter auch geteilten Werten und Normen, beruht;
- sich durch einen hohen Grad der Institutionalisierung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakten auszeichnet;⁵²

Ausgehend davon der Begriff „Strategische Partnerschaft“ lässt sich als eine langfristige und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, die gemeinsame Ziele

⁵⁰ Entschließung des Europäischen Parlaments zur Durchführung der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland (2000/2007(INI)) <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P5-TA-2000-0563+0+DOC+XML+V0//DE> (letzter Zugriff: 26.04.2019)

⁵¹ Bocklet, Reinhold: Das Verhältnis der Europäischen Union und Russlands, Hans-Seidel-Stiftung, März 2009. S.2 Online verfügbar unter: http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/090330_RM_Bocklet.pdf (letzter Zugriff: 01.05.19)

⁵² Ebd, S.2

anstrebt, zu definieren. In der diplomatischen Rhetorik wird dieser Begriff nicht immer gerechtfertigt verwendet, wodurch seine Bedeutung abgewertet wird.

Einerseits ist die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland langfristig geplant und zusammen mit dem PKA eine umfangreiche Agenda in verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten umfasst. Andererseits, ist das EU-Russland Verhältnis durch Differenzen in der Frage der gemeinsamen Werten und mangelnde Institutionalisierung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakten geprägt. Die „Gemeinsame Werte“ ist für die EU ein wichtiger Bestandteil der „Strategischer Partnerschaft“. Es wird auch in der „Entschließung des Europäischen Parlaments zur Durchführung der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland“ betont: «(...) in der Erwägung, dass die Politik der Europäische Union darin besteht, regionale Zusammenarbeit als Instrument zur Schaffung einer gerechten internationalen Ordnung und gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien, Normen und Werte zu unterstützen».⁵³ Beim Gipfel in Sankt Petersburg im Jahr 2003 wurde die strategische Partnerschaft besiegelt und die Einrichtung von „Vier gemeinsamen Räumen“ vereinbart.

Auch wie das Partnerschaftsabkommen, unterstützt die Strategischer Partnerschaft eine zweigleisige Strategie bei der Mitwirkung mit Russland, um den Prozess der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, ein politisches System auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte, der Pressefreiheit sowie der Föderalisierung der russischen Verwaltung zu fördern. Dafür sollen alle für die EU zur Verfügung stehenden Instrumente wie Gemeinsame Strategie, Aktionsplan und TACIS eingesetzt werden, aber die Menschenrechtsverletzungen und der unverhältnismäßige Einsatz von Gewalt (wie im Tschetschenien) verurteilt werden müssen.⁵⁴ Die Beachtung der Menschenrechte ist eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit der EU, damit die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität in Russland stärker werden kann. Die Beziehungen zwischen EU und Russland wurden am Beginn des neuen Jahrhunderts durch das militärische Vorgehen Russlands in Tschetschenien belastet. Seitens der EU es wurde als eine rechtswidrige Aktion betrachtet. Der EU-Rat hat auf dieses Vorgehen kritisch reagiert und hat im Dezember 1999 beschlossen, die Anwendung der Gemeinsamen Strategie zu überprüfen und 90 Mio. € an TACIS-Hilfe einzufrieren. Die Sanktionen wurden im Juni 2000 jedoch wieder ausgesetzt.

⁵³ Entschließung des Europäischen Parlaments zur Durchführung der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland (2000/2007(INI)), Straßburg, 13.12.2000. Abschnitt EE. Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P5-TA-2000-0563+0+DOC+XML+V0//DE> (letzter Zugriff: 01.05.19)

⁵⁴ Vgl. Ebd. Abschnitt zu Grundsätzen und Instrumenten, Punkt 4

Wichtig für die Strategie der EU gegenüber Russland ist die Schaffung im Jahr 2005 nach langen Verhandlungsrunden so genannten „Vier gemeinsamen Räumen“, die auf die Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland vom Juni 1999 zurück gehen. Beim Gipfel in Sankt Petersburg im Mai 2003 wurde die Ausweitung des Ziels der Einrichtung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraums beschlossen. EU-Institutionen haben den Auftrag erhalten, sich mit der Routenplanung⁵⁵ zu befassen. In den Wegekarten des Gipfels vom Mai 2005 in Moskau wurden auf 52 Seiten mehr als 400 Einzelmaßnahmen aufgelistet. Trotz, dass dieses Dokument keine inhaltlichen und zeitlichen Prioritäten für die Realisierung der einzelnen Projekte beinhaltet, wurde es beiderseitig als nützlich und perspektivreich wahrgenommen.⁵⁶

Im Rahmen dieser Vereinbarung erfolgte die Zusammenarbeit in solchen Bereichen wie Wirtschaft, Freiheit, Sicherheit und Justiz. Darüber hinaus es wurden Richtlinien für eine wirksame Zusammenarbeit auf höchster Ebene zwischen den Staats- und Regierungschefs geschaffen. Beispielsweise regelmäßige Treffen zwischen dem Präsidenten Russlands und dem Präsidenten des Europäischen Rates sowie zwischen dem Ministerpräsidenten Russlands und dem Präsidenten der Europäischen Kommission.

Grundsätzlich liegt das Interesse der EU an enger Zusammenarbeit mit Russland auf der Hand. Dieses Interesse verursachen viele Faktoren: geografische Nähe Russlands, russisches Nutzen- und Schadenpotenzial, Energieressourcen, relativ offenen Märkte und nicht zuletzt militärischen Fähigkeiten Russlands. Aus europäischer Sicht, Russland kann als demokratisch orientierter, kooperativer und sich europäisch definierender Partner die Stabilität auf dem Kontinent fördern. Außerdem, ohne Russland gibt es kein UNO-Mandat für Friedenssicherung bzw. Krisenmanagement und ohne Russland lassen sich viele Konflikte auf dem Alten Kontinent nur schwer regeln. Dazu gehören so akute Probleme, die bis heute auf der Agenda bleiben: Terrorismusbekämpfung, Rüstungskontrolle, Kampf gegen Atomwaffen, Umwelt- und Klimaschutz. Trotz wechselseitigen Interessen und Differenzen, beide Seite eignen sich auf einem, dass man einander braucht und entsprechend handeln muss.⁵⁷

Es gibt drei EU-Ländergruppen, die sich nach dem Beziehungstyp zu dem Russland unterscheiden:

⁵⁵ EU-Russia: Road Map for the Common Spaces. Official document. Online verfügbar unter: <https://library.euneighbours.eu/content/eu-russia-road-map-common-spaces> (letzter Zugriff: 03.05.19)

⁵⁶ Vgl. Timmermann, Heinz: EU-Russland: Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung, 2008.S.166 <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/Timmermann-EU-Russland.pdf> (letzter Zugriff: 05.05.19)

⁵⁷ Vgl. Timmermann, Heinz: EU-Russland: Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung, 2008.S.161 <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/Timmermann-EU-Russland.pdf> (letzter Zugriff: 05.05.19)

- Traditionell negativ - Polen und die baltischen Staaten;
- Traditionell neutral - Frankreich und Deutschland;
- Traditionell positiv – Italien.

Diese Verteilung wird gemacht, um die Rolle Frankreichs und Deutschlands als Hauptakteure in der Europäischen Union hervorzuheben, die für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit Russland verantwortlich sind und wichtige Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen treffen.

Nach der Ukraine-Krise 2014 wurde die französische und deutsche Haltung zu dem Russland und zur russisch-europäische Zusammenarbeit grundlegend gewandelt. Die Ukraine-Krise hat auf die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union stark beeinflusst. Für die EU-Ländern waren diese Ereignisse vor allem als ein Zeichen für die Aggressivität russischen Außenpolitik, insbesondere der Ereignisse auf der Krim und im Donbass. Trotz unterschiedlicher Meinungen innerhalb der EU zum militärischen Vorgehen Russlands, wurde die Entscheidung über die Einführung von Sanktionen gegen Russland im Konsens getroffen. Trotz aller Kritik an diesen Sanktionen aus politischer und wirtschaftlicher Sicht, wurde seitens der EU die Sanktionen immer wieder verlängert.

Als ein Zeichen für diese "Einigkeit" innerhalb der EU gilt ein Dokument „Fünf EU-Russland Prinzipien“, das den wichtigsten politischen Rahmen in Bezug auf Russland definiert. Die EU Prinzipien stellten den Konsens der 28 Mitgliedstaaten dar. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Federica Mogherini, hat am 14. März 2016 die fünf Prinzipien formuliert:

- 1) Eine vollständige Umsetzung der Abkommen von Minsk als Schlüsselement für jede wesentlichen Änderungen in der russisch- europäischen Beziehungen. EU bekräftigt gemeinsamen festen Standpunkt der Nichtanerkennung der Krim-Annexion;
- 2) Die Stärkung der Beziehungen zu den östlichen Partnern der EU und anderen Nachbarstaaten, insbesondere in Zentralasien;
- 3) Die Stärkung der Standfestigkeit der Europäischen Union, insbesondere im Bereich der Energiesicherheit vor Cyberbedrohungen und im Bereich der strategischen Kommunikation ((bezüglich des Widerstands der Desinformation und Propaganda);
- 4) Die Notwendigkeit einer selektiven Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen der Außenpolitik in Bezug auf Iran, Syrien, Friedensprozess im Nahost, die Bekämpfung des Terrorismus, Bewältigung der internationalen Krise, den Klimawandel;

- 5) Die Bereitschaft, die russische Zivilgesellschaft immer stärker zu unterstützen und zwischenmenschliche Kontakte zu pflegen, mit einem besonderen Augenmerk auf die Jugend in Russland und in der Europäischen Union;⁵⁸

Im Februar 2019 hat das Europäische Parlament angekündigt, dass Russland derzeit kein strategischer Partner der Europäischen Union ist, weshalb das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 überarbeitet werden muss. Die entsprechende EntschlieÙung wurde auf der Website des Europäischen Parlaments veröffentlicht.⁵⁹

Die Sanktionen gegen Russland wurden jedoch nicht mit der Initiative der EU verhängt, sondern auf Ersuchen der USA, die die europäischen Staaten quasi dazu gezwungen haben. Die USA haben mit wirtschaftlichen Konsequenzen für die EU-Länder bedroht, falls die EU sich weigern würde solche Maßnahmen durchzuführen. Das hat damaliger US-Vizepräsident Joe Biden öffentlich bei einer Rede an der Kennedy School of Government an der Universität Harvard angekündigt. Demnach wollte die EU keine Sanktionen verhängen und wurde von damaligen US-Präsidenten Barack Obama gezwungen, dem amerikanischen Kurs zu folgen:

«Throughout we've given Putin a simple choice: Respect Ukraine's sovereignty or face increasing consequences. That has allowed us to rally the world's major developed countries to impose real cost on Russia.

It is true they did not want to do that. But again, it was America's leadership and the President of the United States insisting, oft times almost having to embarrass Europe to stand up and take economic hits to impose costs. And the results have been massive capital flight from Russia, a virtual freeze on foreign direct investment, a ruble at an all-time low against the dollar, and the Russian economy teetering on the brink of recession.

⁵⁸ Mogherini, Federica: Remarks by High Representative/Vice-President Federica Mogherini at the press conference following the Foreign Affairs Council, An official website of the European Union. 14.03.2016. Online verfügbar unter: https://eas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/5490/remarks-by-high-representative-vice-president-federica-mogherini-at-the-press-conference-following-the-foreign-affairs-council_en (letzter Zugriff: 10.05.19)

⁵⁹ EntschlieÙung des Europäischen Parlaments 2018/2158(INI), 08.02.19. Online verfügbar unter: <https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/printficheglobal.pdf?id=694184&l=en> (letzter Zugriff: 10.05.19)

Aus dem Abschnitt "Shared challenges and interests": The European Parliament adopted by 402 votes to 163, with 89 abstentions, a resolution on the state of EU-Russia political relations. Parliament recalled that the EU remains open to a stronger relationship and to dialogue leading thereto, and wishes to return to cooperative relations with Russia, once the Russian authorities have met their international and legal obligations and have proven Russia's genuine commitment to restore broken trust. Members condemned Russia's involvement in the Skripal case and recalled the interference of Russian state actors in the referendum campaign on Brexit, which is currently under investigation by the British authorities. The Union's response to the Russian propaganda campaign and the massive and direct attacks of disinformation has been insufficient and should be strengthened, in particular before the next European elections in May 2019. The funding and human resources of the European East StratCom task force should therefore be significantly increased.

We don't want Russia to collapse. We want Russia to succeed. But Putin has to make a choice. These asymmetrical advances on another country cannot be tolerated. The international system will collapse if they are».⁶⁰

Es muss die Meinung einiger Experten zur Kenntnis genommen werden, dass es innerhalb der EU keine eindeutige Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zu ihren osteuropäischen Partnern und zu Russland gibt. In diesem Fall ist die Annahme der oben genannten fünf Prinzipien der EU eher ein Zeichen für das institutionelle Gleichgewicht in der EU und für die Fähigkeit gemeinsame Kompromisse zu entwickeln. Gleichzeitig zeigt das auch, dass die EU unfähig ist, eine einzige und unabhängige Verhaltensstrategie zu entwickeln.⁶¹

Die Ähnlichkeit der von den Vereinigten Staaten und der EU eingeführten Maßnahmen in Bezug auf Russland erklärt sich aus ihrer engen Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Sicherheit und der damit verbundenen Abhängigkeit Europas von den USA, vor allem in Bezug auf die Verteidigung, da viele europäische Staaten Mitglieder der NATO sind. Es wird davon ausgegangen, dass es das Atlantische Bündnis (deren Budget größtenteils von den USA bereitgestellt wird) diese Aufgaben wahrnimmt.

Richard Sakwa, ein Professor für russische und europäische Politik an der University of Kent, ist der Meinung, dass das Konzept des „neuen Atlantismus“ als eine der Grundlagen des EU-Russland Verhältnisses ausgehen werden kann. Unter diesem Konzept versteht britische Russland-Experte eine gemeinsame US-europäische Politik zur Konsolidierung ihrer Bemühungen und die Anwendung strenger Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit (unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten).⁶² Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit war und ist eines der zentralen Themen sowohl für die EU als auch für den Aufbau der russisch-europäischen Beziehungen. Auch während des Kalten Krieges versuchten einige Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts und der NATO, sich auf die Schaffung eines einheitlichen Sicherheitssystems in Europa zu einigen. Dieser Trend setzte sich nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts der UdSSR fort.

⁶⁰ Byden, Joe: Remarks by the Vice President at the John F. Kennedy Forum, at Harvard Kennedy School, 03.10.14. Online verfügbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/10/03/remarks-vice-president-john-f-kennedy-forum> (letzter Zugriff: 12.05.19)

⁶¹ Vgl. Danilov, Dmitrij: Otnosheniya rossii s evropejskim soyuzom v usloviyax fundamentalnogo krizisa evropejskogo poryadka. evropejskij put dlya rossii: za i protiv. izdatelskij dom vgu, voronezh, 2017.S.64. Online verfügbar unter: http://euspace.vsu.ru/UserFiles/files/event2017/proeu_book_may2017.pdf (letzter Zugriff: 13.05.19)

⁶²Vgl. Sakwa, Richard: The death of Europe? Continental fates after Ukraine. International Affairs 91:3,2015. S.554. Online verfügbar unter: https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/ia/INTA91_3_06_Sakwa.pdf (letzter Zugriff: 13.05.19)

Die Verschärfung der Spannungen seit der Ukraine-Krise hat auf die europäischen Politiker und deren Haltung zu Russland beeinflusst. Russisches Vorgehen wurde in den meisten europäischen Staaten, einschließlich Deutschland und Frankreich, als ein Verstoß der Ordnung und der nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzlinien in Europa betrachtet.

Dieser Trend, der bis heute anhält, ist für Polen und den baltischen Staaten besonders günstig, da diese traditionell misstrauisch und negativ gegenüber Russland und russische Außenpolitik eingestellt sind. Diese Staaten sind als erste vom Prinzip des friedlichen Aufbaus eines Dialogs mit Russland zurückzogen und sich bereit erklärten, auf ihrem Territorium neue Waffen und zusätzliche Teile der NATO-Streitkräfte einzusetzen, um der russischen Bedrohung entgegenzuwirken.

Und obwohl diese Position kaum ernst wahrgenommen werden kann, da die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenstoßes zwischen den Streitkräften Russlands und der NATO äußerst gering ist, erklären derzeit viele europäische Staaten (darunter eine Reihe von Nicht-NATO-Staaten (z.B. Schweden)) die Notwendigkeit, die Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit in Gebieten nahe der russischen Grenze zu verstärken.

2.3 Russlands Interessen an die EU und strategische Schritte

Für Russland zählt der Aufbau von der Partnerschaft mit der EU-Mitgliedstaaten zu den Prioritäten. Das Land konzentriert sich auf die Entwicklung einer vielseitigen Partnerschaft mit der Europäischen Union auf den Grundlagen der Gleichheit und der Achtung der gegenseitigen Interessen. Russland ist der größte Nachbar der EU, der nach der Erweiterung der Union in den Jahren 2004, 2007 und 2013 noch näher rückte. Aus der Sicht Russlands, Europa ist diejenige Region, der mit dem historisch, wirtschaftlich, politisch und kulturell unter allen Weltgegenden am engsten verbunden ist. Am Westen erstreckt sich russische Grenze zur EU auf über 2000 km. Ein Drittel des russischen Territoriums macht das europäische Teil des Kontinents aus, welches in der traditionellen, geographisch begründeten Sichtweise nur bis Ural-Gebirge gehört. Hypothetisch konnte Russland die EU eingliedern, aber trotz der Westorientierung des

ersten russischen Präsidenten Boris Jelzin, wurde dieser Punkt von der Tagesordnung gestrichen. So wurde der Kurs für die Annäherung an die Europäische Union und maximale Ausweitung des Zugangs russischer Waren zum europäischen Markt ausgewählt.⁶³

Im europäischen Teil Russlands wohnt zwei Drittel der Bevölkerung und liegen zwei größte föderale Städte Moskau und Sankt-Petersburg. In seinem Lebensstil orientiert sich das Land eindeutig nach Westen. Die russische Führung und Russland-Experte weisen auf den europäischen Charakter des Landes und seine historische und kulturelle Bindung mit Europa. Ausgehend davon sieht Russland die EU als bevorzugter Partner für die weitere politische, soziokulturelle, wirtschaftliche und technische Kooperation. Trotz von der EU verhängten Sanktionen, Russlands Präsident Wladimir Putin betont in seinem Interview italienischer Zeitung „Corriere della Sera“, dass Russland interessiert ist, die Beziehungen mit der EU wiederherstellen: « We are interested in restoring “full-scale” relations between Russia and the EU, in order to maintain peace, security and stability in our shared continent, and are ready for a constructive relationship with all the political forces that have been elected by European voters ».⁶⁴ Der persönliche Faktor hatte immer eine große Bedeutung und förderte unter anderem den Aufbau der Beziehungen zwischen Russland und der EU. Präsident Putin hat enge und manchmal freundschaftliche Kontakte zu den Staats- und Regierungschefs der drei größten Volkswirtschaften der EU gehabt: Deutschland (G. Schröder). Frankreich (J. Chirac) und Italien (S. Berlusconi).

Russische Führung hat das Konzept einer schrittweisen Annäherung an die EU vorgelegt. Zuerst, es war notwendig, den politischen Dialog und die wirtschaftliche Kooperation auf den Grundlagen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) weiterzuentwickeln und anschließend zu den Grundsätzen der vier Freiheiten der EU übergehen: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Es sei darauf hingewiesen, dass das letztendliche Ziel, das Russland zu dieser Zeit gesetzt hatte, ziemlich ehrgeizig war und die EU stellte die Möglichkeit des Übergangs zur Kooperation nur auf den Prinzipien von drei der oben aufgeführten vier Freiheiten dar: freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. So wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Grundlage der russisch-europäischen Partnerschaft. Es wurde aber auch ein politischer Dialog stattgefunden.

⁶³ Vgl. Alekseeva, Polina/Najmovich, Yuliya: Rossiya i Evropejskij Soyuz: istoriya i perspektivy razvitiya otnoshenij, Vestnik nauki i obrazovaniya № 3(57). Chast 1. 2019, Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/rossiya-i-evropejskiy-soyuz-istoriya-i-perspektivy-razvitiya-otnosheniy> S.52 (letzter Zugriff: 20.05.19)

⁶⁴ Dragosei, Fabrizio/ Paolo Valentino: Putin: «Ready to talk to the US. In constant contact with Salvini’s League». Interview mit Wladimir Putin für Corriere della Sera, 04.07.19, Online verfügbar unter: https://www.corriere.it/esteri/19_luglio_04/putin-ready-to-talk-to-the-us-constant-contact-with-salvini-s-league-157f245e-9dec-11e9-9326-3d0a58e59695.shtml (letzter Zugriff: 09.07.19)

Der erste Tschetschenienkrieg 1994 hat erste kurze Krise in den Beziehungen zwischen der EU und Russland verursacht. Eine Reihe von politischen Faktoren trug dazu bei, dass in den späten 1990er - frühen 2000er Jahren Russland und die EU eine Integrationsagenda der Beziehungen gebildet haben. Die EU hat mehrere Strukturreformen durchgeführt und es wurden Verträge von Nizza und von Amsterdam untergezeichnet. Russland hat zu diesem Zeitpunkt konsequentere Wirtschaftsreformen durchgeführt und hat somit das Wirtschaftswachstum gesichert.⁶⁵ Während eines Vierteljahrhunderts war Europa (und ist) einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Russlands, der den größten Teil der Einnahmen für den russischen Haushalt durch Verträge über die Lieferung von Ressourcen und anderen Gütern erbracht hat.

Im Jahr 2017 betrug der EU-Anteil am Gesamtvolumen des russischen Außenhandels rund 44%. Für die EU ist Russland wiederum der viertgrößte Handelspartner, auf den im Jahr 2017 rund 6% des EU-Außenhandels entfallen wurden. 2017 hat der Handelsumsatz zwischen Russland und der Europäischen Union begonnen, nach einer spürbaren Senkung in den Jahren 2014–16 wieder zu wachsen. Der Handelsumsatz zwischen der EU und Russland belief sich somit auf 246,5 Milliarden US-Dollar. Dieser Wert ist 23% mehr, als im Jahr 2013.⁶⁶

Russland ist ein wichtiger Energieversorger für Europa und deckt den Energiebedarf der EU um ein Drittel. Russland, sowie alle EU-Länder sind Mitglieder der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarates.

Angesichts der zunehmenden grenzüberschreitenden Bedrohungen und Herausforderungen ist Russland an einer verstärkten Interaktion mit der EU in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Menschenhandel und Verbreitung von Drogen interessiert. Es besteht auch Interesse an einer Zusammenarbeit, um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken. Russland bemüht sich um einen regelmäßigen Dialog mit der EU über die wichtigsten politischen Probleme der modernen Welt, einschließlich der Konfliktlösung im Nahen Osten, in Afghanistan, auf dem Balkan und in anderen Regionen sowie über die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Technologien. Aus diesen Gründen hat die russische Führung in der Periode vor der Ukraine-Krise die Idee eines einheitlichen Systems der kollektiven Sicherheit aktiv unterstützt, da zu diesem

⁶⁵ Vgl. Alekseeva, Polina/ Najmovich, Yuliya: Rossiya i Evropejskij Soyuz: istoriya i perspektivy razvitiya otnoshenij, Vestnik nauki i obrazovaniya № 3(57). Chast 1. 2019, Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/rossiya-i-evropeyskiy-soyuz-istoriya-i-perspektivy-razvitiya-otnosheniy> S.53 (letzter Zugriff: 20.05.19)

⁶⁶ Vgl. Brief overview of relations, Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union, Online verfügbar unter: <https://russiaeu.ru/en/brief-overview-relations> (letzter Zugriff: 15.06.19)

Zeitpunkt wurden die Beziehungen der beiden Akteure der Weltpolitik aktiv und positiv entwickelt.⁶⁷

Auf die Gemeinsame Russland-Strategie von der EU hat Russland mit der „Mittelfristigen Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union im Zeitraum von 2000 bis 2010“⁶⁸ geantwortet. Diese Strategie hat Wladimir Putin, damals noch als Regierungschef, am 22. Oktober 1999 in Helsinki vorgestellt. Die neue Strategie hat ein zukünftiger EU-Beitritt oder eine Assoziierung mit der EU abgelehnt.

Zu den Richtlinien, die die „Mittelfristige Strategie“ bestimmten, zählen die Schaffung der strategischer Partnerschaft mit der EU, Ausweitung und Intensivierung des politischen Dialogs, die Entwicklung der Investitionen und des gegenseitigen Handels, die Zusammenarbeit im Finanzbereich, die Berücksichtigung der russischen Interesse in einer sich erweiternder EU, die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wirtschaft und Technologie sowie dem Schutz von intellektuellem Eigentum und Gewährleistung der Durchsetzung dieser Strategie in Russland. Die Grundsätze der Strategie 2000 wurden auf die Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland orientiert, sowie auf die Lösung der unmittelbare und mittelfristige Agenda. Die rechtliche und organisatorische Grundlage der „Mittelfristige Strategie“ Russlands stellt das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen 1997 dar. Dabei sollte der Aufbau der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in enger Abstimmung mit dem Beitrittsprozess Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) erfolgen, der nach dem Abschluss dieses Prozesses eine gewisse Anpassung des PKA erforderte.⁶⁹

Ähnlich der EU-Strategie gegenüber Russland, hat auch Moskau normative Ziele verfolgt. Insbesondere sollte laut der „Mittelfristige Strategie“ die Trennung des Kontinents in unterschiedliche wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Blöcke verhindert werden. Das russische Strategiepapier hat keine Einwände gegen die Osterweiterung der EU gehabt. Es wurde vorgeschlagen, einen permanenten und umfassenden, politischen Dialog über die Sicherheit in Europa zu führen und dafür geeignete Umsetzungsmechanismen zu schaffen. Beide Seiten sollten laut dieser Strategie ihre Position in internationalen Organisationen so abstimmen, damit ein

⁶⁷ Vgl. Ivanchina, E./ Malchenkov, S.: Otnosheniya s Evropejskim Soyuzom kak geopoliticheskij i civilizacionnyj prioritet Rossii. Ogarev online. Politicheskije nauki. № 12. 2017, Online verfügbar unter: <file:///C:/Users/zorya/Downloads/otnosheniya-s-evropejskim-soyuzom-kak-geopoliticheskij-i-tsvilizatsionnyj-prioritet-rossii.pdf> (letzter Zugriff: 20.05.19)

⁶⁸ Medium-Term Strategy for Development of Relations Between the Russian Federation and the European Union (2000-2010). Online verfügbar unter: <http://docs.cntd.ru/document/901773061> (letzter Zugriff: 29.06.19)

⁶⁹ Vgl. Ivanov, Igor: Novaya rossijskaya diplomatiya. Desyat let vneshnej politike strany, Olma-press, Moskva, 2002. S.132

Höchstmaß an Kooperation zur Krisenprävention und Konfliktminimierung im OSZE-Raum erreicht werden kann.⁷⁰

Anfang der 2010-er Jahre unter der Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew wird durch einen kontinuierlichen Dialog über die Schaffung und Unterzeichnung eines neuen PKA und das Streben nach einem visumfreien System charakterisiert. Medwedew versuchte auch die Zusammenarbeit mit der EU zu intensivieren. Der neue komplizierende Faktor im Verhandlungsprozess mit der EU war jedoch die Integration Russlands mit Kasachstan und Belarus, die von der Übertragung der Regulierungsrechte der Außenhandelsaktivitäten an die Organe der Zollunion begleitet wurde.

Heutzutage erleben die Beziehungen zwischen der EU und Russland schwierige Zeiten. Aus der Sicht der russischer Führung, die EU hat durch ihr Vorgehen vor und während der Ukraine-Krise ihre Reputation als zuverlässiger Partner Russlands in Frage gestellt. Darauf wird auf der Internetseite der Ständige Vertretung der Russischen Föderation bei der Europäischen Union hingewiesen:

„Die einseitigen Sanktionsentscheidungen der EU haben gegenseitige wirtschaftliche Interessen verletzt, die für die Förderung fragwürdiger geopolitischer Systeme getroffen wurden, waren ein schwerer Schlag für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass die sich dynamisch entwickelnden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland noch nicht zu einer echten strategischen Partnerschaft geworden sind, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, der Unteilbarkeit der Sicherheit und der gegenseitigen Achtung der Interessen beruht. Die veralteten Konfrontationstereotypen der Periode des Kalten Krieges machen sich weiterhin bemerkbar.“⁷¹

Russland seit der Ukraine-Krise sieht die Notwendigkeit des gemeinsamen Algorithmus für die Beziehungen zwischen der EU und Russland in der Region ihrer „gemeinsamen Nachbarschaft“. Russische Politiker sind der Meinung, dass die EU viele offensichtlichen Fehlern bei der Umsetzung der Initiative der Östlichen Partnerschaft gemacht hat, deren einseitiger Charakter die gegenwärtige Krise weitgehend verursacht hat. In diesem Zusammenhang wird aus der russischer Sicht viel von der Bereitschaft der EU abhängen, einen umfangreichen Dialog

⁷⁰ Vgl. Schulze, Peter: Russland und die Europäische Union. Eine mühevoll Interdependenz zwischen geopolitischer Rivalität und Modernisierungspartnerschaft. Bundeszentrale für politische Bildung. 13.01.11, S.2. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47974/europaeische-union?p=1> (letzter Zugriff: 18.06.19)

⁷¹ Brief overview of relations, Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union, Online verfügbar unter: <https://russiaeu.ru/en/brief-overview-relations> (letzter Zugriff: 15.06.19)

über die Probleme der Kooperation europäischer und eurasischer Integrationsprozesse zu führen.⁷²

Derzeit es gibt regelmäßige Konsultationen, Verhandlungen über die Stabilisierung des internationalen Umfeld und es gibt ein beiderseitiges Interesse den Konflikt zu lösen.

Einer der letzten Besuche des russischen Präsidenten Wladimir Putin war m 4. Juli 2019 in Italien. Unter anderen aktuellen Fragen hat Putin mit der italienische Führung Probleme in der Zusammenarbeit mit der EU besprochen.

Zusammenfassend es lassen sich die Hauptansprüche Russlands an die EU zu identifizieren:

- 1) Durchführung eines Dialogs mit Russland im Rahmen des Programms "Neue Partnerschaft", das einen Plan für die Zusammenarbeit der EU mit den Grenzstaaten darstellt;
- 2) Probleme beim Transport von Gütern und Passagieren zwischen das Territorium der Russischen Föderation und seiner Enklave - das Kaliningrader Gebiet;
- 3) Verletzungen der Rechte russischsprachiger Minderheiten in einer Reihe EU-Ländern;
- 4) Umsetzung der Eindämmungspolitik des russisches Einflusses vor allem in postsowjetischen Raum und Syrien;
- 5) Verweigerung der Einführung einer visumfreien Regime für Touristenreisen;⁷³

Die meisten Hauptansprüche der EU an Russland beziehen sich auf innere Angelegenheiten Russlands oder auf die Beziehungen Russlands zu den Drittstaaten. Russland wartet im Gegensatz auf die Wechselwirkung in der Partnerschaft mit der EU. Die Beseitigung dieser Widersprüche wird von Russland als notwendig gesehen, da eine ständige Konfrontation mit der EU für beide Seiten ungünstig wäre.⁷⁴

Manche Experte sind der Meinung, dass Russland und die EU, anstatt einer nicht wiederherstellbaren Integrationsagenda, eine neue Plattform der politischen Beziehungen schaffen müssen. In der entstehenden geopolitischen Komplex auf dem europäischen Kontinent die erneuerte Beziehungen der EU und Russland könnten somit einer der Faktoren der kontinentalen Stabilität sein.

⁷² Vgl. ebd.

⁷³ Vgl. Alekseeva, Polina/ Najmovich Yuliya: *Rossiya i Evropejskij Soyuz: istoriya i perspektivy razvitiya otnoshenij*, Vestnik nauki i obrazovaniya № 3(57). Chast 1. 2019, Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/rossiya-i-evropejskiy-soyuz-istoriya-i-perspektivy-razvitiya-otnosheniy> S.55 (letzter Zugriff: 20.05.19)

⁷⁴ Vgl. ebd

2.4 Partnerschaftsabkommen und geltende Vereinbarungen zwischen EU und Russland

Die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union werden durch eine Vielzahl von Dokumenten geregelt. Ihre Wechselwirkung hat mit der Unterzeichnung von der Sowjetunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 25. Juni 1988 „Gemeinsamer Erklärung zur Aufnahme amtlicher Beziehungen zwischen der RGW und der EWG“ begonnen. Im Rahmen dieses Abkommens wurden jedoch keine ernsthaften Maßnahmen durchgeführt, und im Dezember 1989 wurde ein Abkommen zwischen der UdSSR, der EWG und Euratom über die handelspolitische, kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde Russland als Nachfolger der UdSSR gemäß der „Erklärung der Europäischen Gemeinschaft über zukünftigen Status von Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken“ vom 23. Dezember 1991 anerkannt. Nach der Gründung der Partnerschaft mit der EWG wurden die Beziehungen zwischen der EU und Russland durch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) geregelt.⁷⁵ Bis heute stellt das PKA die Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen der EU und Russland dar, das im Juni 1994 ausgehandelt, aber erst im Jahr 1997 ratifiziert wurde. Das PKA ist auf die Dauer von zehn Jahre in Kraft getreten und wird seit dem Jahr 2007 automatisch verlängert.

Bereits im Jahr 2005 hat Russland erstmals das Thema „Faktor 2007“ angesprochen. Auf dem Russland-EU-Gipfel im Mai 2006 in Sotschi wurde eine politische Einigung über die Verarbeitung eines neuen Grundabkommen zwischen der EU und Russland erzielt. Auf dem informellen EU-Russland-Gipfel in Lahti (Finnland) im Oktober 2006 hat der russische Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen das PKA durch das Strategische Partnerschaftsabkommen zu ersetzen. Die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Abkommens sollten im November 2006 auf dem nächsten Gipfeltreffen EU-Russland beginnen. Polen hat jedoch ein Veto gegen das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission eingelegt und hat Russland aufgefordert, das Embargo für polnische Fleischlieferungen aufzuheben. Nachdem Moskau und Warschau im Dezember 2007 Probleme mit dem Export polnischer Agrarprodukte nach Russland gelöst hatten, wurde das Veto von der polnische Regierung aufgehoben. Später wurde der Beginn des Verhandlungsprozesses von Litauen gebremst. Vilnius hat die Europäische Union auf

⁷⁵Vgl. Orlova Yu./Chernyshova A.: Vzaimodejstvie Evropejskogo Soyuza i Rossijskoj Federacii v sfere migracionnoj politiki, Vestnik Nizhegorodskogo universiteta im. N.I. Lobachevskogo, Nizhnij Novgorod, 2016, № 4, S. 146. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/vzaimodeystvie-evropeyskogo-soyuza-i-rossijskoy-federatsii-v-sfere-migratsionnoj-politiki> (letzter Zugriff: 23.05.19)

solche Probleme aufmerksam gemacht wie der Wiederaufnahme der Lieferungen über die Pipeline "Druschba", der Zahlung von Schadensersatz an die aus den baltischen Ländern abgeschobenen Personen und der Beilegung der festgefahrenen Konflikte in Moldau und Georgien.

Am 26. Mai 2008 hat der Rat der EU-Außenminister das Mandat für Verhandlungen über ein neues Basisabkommen zwischen der EU und Russland genehmigt. Am 27. Juni 2008 haben Russland und die Europäische Union auf dem Russland-EU Gipfel in Khanty-Mansiysk offiziell den Beginn der Verhandlungen über ein neues Abkommen angekündigt. Die erste Runde dieser Gespräche wurde am 4. Juli 2008 in Brüssel stattgefunden. Insgesamt es wurden 12 Verhandlungsrunden abgehalten. Am 6. März 2014 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten auf einem außerordentlichen EU-Gipfel beschlossen, die Verhandlungen "im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine" auszusetzen.⁷⁶

Somit wurde das PKA automatisch in Übereinstimmung mit Artikel 106 verlängert, der es erlaubt. Es wird davon ausgegangen, dass das Abkommen gültig bleiben, bis dieses durch ein anderes Partnerschaftsabkommen ersetzt wird.⁷⁷ In Folge des Konflikts in der Ukraine, hat das Europäische Parlament im Februar 2019 die Sinnwürdigkeit des PKA in Frage gestellt, da Russland derzeit kein strategischer Partner der Europäischen Union ist und das PKA somit überarbeitet werden muss.

Im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland es können drei Ebenen der rechtlichen Regulierung genannt werden. Die erste Ebene besteht aus den verbindlichen Normen der zwischen Russland und der Europäischen Union geschlossenen internationalen Verträge. Zuallererst beinhaltet diese Ebene die Normen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen Russland und der EU als grundlegendes, zentrales Dokument über ihre gegenseitigen Beziehungen. Diese Ebene deckt auch die Normen der sektoralen Beziehungen ab, die auf der Grundlage des PKA angenommen wurden und deren Position in verschiedenen Bereichen der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union ausgebaut wurde. Die zweite Ebene enthält die Normen der Wegekarten für die vier gemeinsamen Räume sowie die in den Programmdokumenten enthaltenen Normen, die nicht rechtsverbindlich sind, sondern praktische Maßnahmen und Aktionen im Rahmen der derzeitigen Beziehungen zwischen der EU und Russland festlegen. In der dritte Ebene werden die Normen von

⁷⁶ Vgl. Negotiations on a new basic agreement, Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union. Online verfügbar unter: <https://russiaeu.ru/ru/peregovory-po-novomu-bazovomu-soglasheniyu> (letzter Zugriff: 25.05.19)

⁷⁷ Vgl. Otnosheniya mezhdru Rossiej i Evropejskim soyuzom. Spravka, RIA Novosti, 18.05.19. Online verfügbar unter: <https://ria.ru/20090518/171420636.html> (letzter Zugriff: 26.05.19)

Rechtsakten der EU-Gesetzgebung in Bezug auf die russisch-europäische Beziehungen dargestellt.⁷⁸

Das PKA beinhaltet die wichtige gemeinsame Ziele und bestimmt solche institutionellen Rahmen für bilaterale Beziehungen, wie regelmäßiger Konsultationen zu Menschenrechtsfragen und der alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeltreffen auf Präsidentenebene, die derzeit eingefroren wurden. Das PKA wurde durch Branchenvereinbarungen ergänzt, die viele politische Fragen regeln, darunter den politischen Dialog, Handel, Wissenschaft und Technologie, Bildung, Energie und Umwelt, Verkehr und die Verhütung illegaler Aktivitäten. Ein Teil dieser Dialoge und Konsultationen wurde nach der Annexion der Krim ausgesetzt. Es wurden drei Branchenabkommen auf der Grundlage des PKA zwischen der Europäischen Union und Russland abgeschlossen: Das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über den Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen⁷⁹ (3. November 2005), das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über den Handel mit Textilwaren⁸⁰ (23. Juli 1998), Abkommen zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Europäischen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie (16. November 2000).⁸¹

Mit der Schaffung von vier „Gemeinsame Räume“ auf dem Gipfeltreffen im Mai 2003 in Sankt Petersburg, haben die EU und Russland ihre Zusammenarbeit vertieft. Die vier „Gemeinsame Räume“ stellen einen Raum der Wirtschaft, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, einen Raum der Sicherheit und einen Raum der Forschung, Bildung und Kultur dar. Die vier „Gemeinsame Räume“ gelten auch bis heute, aber eine Zusammenarbeit in diesem Rahmen ist seit der Krim-Annexion schwieriger geworden. Zu den vier „Gemeinsamen Räume“ wurden 4 Wegekarten verabschiedet. Das sind: Die Wegekarte „Über den gesamten Wirtschaftsraum“, die Wegekarte „Über den Gesamttraum im Rechtsschutz“, die Wegekarte „Über den Gesamttraum in der Außensicherheit“ und die Wegekarte „Über den Gesamttraum

⁷⁸ Vgl. Kalinichenko P.: Rossiya i Evropejskij Soyuz: normativnaya baza vzaimootnoshenij, Izdatelstvo «Elit» Moskva, 2011. S.14. Online verfügbar unter: <https://www.academia.edu/3745313> (letzter Zugriff: 26.06.19)

⁷⁹ Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über den Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen - Erklärungen – Protokolle. Online verfügbar unter: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/ALL/?uri=CELEX:22005A1122\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/ALL/?uri=CELEX:22005A1122(01)) (letzter Zugriff: 01.06.19)

⁸⁰ Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über den Handel mit Textilwaren (paraphiert in Brüssel am 28. März 1998). Online verfügbar unter: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:21998A0615\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:21998A0615(01)) (letzter Zugriff: 01.06.19)

⁸¹ Vgl. The European Union and the Russian Federation, international cooperation, Delegation of the European Union to Russia, 30.05.19. Online verfügbar unter: https://eeas.europa.eu/delegations/russia/35939/node/35939_en (letzter Zugriff: 01.06.19)

im Bildungswesen und Kultur“.⁸²

Eine entscheidende Rolle hat die Wegekarte „Über den gesamten Wirtschaftsraum“ gespielt. In Rahmen dieser Wegekarte wurde die Gestaltung eines offenen und integrierten Marktes zwischen Russland und der EU angekündigt. Im Vordergrund diese Wegekarte war die Vereinfachung der Gesetzgebung in verschiedenen Sektoren. Eine spezielle Bedeutung hatten Verkehr und Telekommunikation gehabt, wobei es um die Gestaltung eines einheitlichen Informationsraums ging. Ebenfalls wurde die Kooperation in anderen Sektoren wie Weltraumforschung, Kernindustrie usw. vorgesehen.⁸³

Es ist anzumerken, dass der inhaltliche Teil der Wegekarte nur beratender Charakter beinhaltet und die Richtung für gemeinsame Partnerschaft zwischen der EU und Russland vorgibt, auf deren Grundlage die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens vorgesehen wurde.

Aus diesem Grund eines der Probleme, die mit der Zielsetzung der Wegekarten verbunden sind, ist der allgemeine Charakter der in diesen Dokumenten vorgesehenen Maßnahmen, das Fehlen eines Kontrollmechanismus und genauen Plan für die Umsetzung der in diesen Dokumenten festgelegten Ziele. Spezifischer sind die internationalen Verträge, die von Ländergruppen und besonders von der EU und Russland abgeschlossen wurden.

Ein wichtiges Element der Beziehungen zwischen Russland und der EU ist die Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen in der Erweiterung der Europäischen Union. Dies wird durch die am 27. April 2004 und am 23. April 2007 in Luxemburg unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen zur EU-Erweiterung und zu den Beziehungen zwischen Russland und der EU sowie durch die entsprechenden Protokolle zum PKA bestätigt, mit denen die Rechte und Pflichten des Abkommens auf die neuen EU-Mitglieder ausgeweitet werden. Insbesondere in den gemeinsamen Erklärungen wird eine Reihe von Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten aufgeführt, einschließlich der Probleme der russischsprachigen Minderheiten in Lettland und Estland sowie des Kaliningrad-Transits.

Am 1. Juni 2007 ist das EU-Russland Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahme in Kraft getreten, das am 25. Mai 2006 in Sotschi während des 17. Russland-EU-Gipfels unterzeichnet wurde. Am 24. November 2006 haben die Staats- und Regierungschefs Russ-

⁸² Vgl. Damen, Mario: Bericht über Russland. Geltende Vereinbarungen. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union. Internetseite vom Europäisches Parlament, 05.2019. Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/177/russia> (letzter Zugriff: 02.06.19)

⁸³ Vgl. Feiguine, Grigori: Die Beziehungen zwischen Russland und der EU nach der EU-Osterweiterung: Stand und Entwicklungsperspektiven, Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Bergische Universität Wuppertal, 2008. S.5 Online verfügbar unter: http://eiiw.eu/fileadmin/eiiw/Daten/Publikationen/Gelbe_Reihe/disbei154.pdf (letzter Zugriff: 02.06.19)

lands, der EU, Norwegens und Islands am Rande des Russland-EU-Gipfels das Rahmendokument und die Politische Erklärung zur Politik der Nördlichen Dimension gebilligt, die am 1. Januar 2007 in Kraft getreten sind. Am 28. Oktober 2008 hat in St. Petersburg das erste Ministertreffen der erneuerten Nördlichen Dimension stattgefunden, bei dem der Stand der Dinge im Rahmen der Umweltpartnerschaft und Partnerschaft für Gesundheit und soziales Wohlergehen im Rahmen der Nördlichen Dimension erwähnt wurden. Es wurde auch beschlossen die neue Partnerschaft der Nördlichen Dimension im Bereich Transport und Logistik zu starten.⁸⁴

2010 wurde zwischen der EU und Russland eine „Partnerschaft für Modernisierung“ geschaffen. Sie wurde auf die Lösung der Probleme der Modernisierung der russischen Wirtschaft und des gesamten Spektrums der Beziehungen zwischen beide Seite erzielt und dabei auf die Berücksichtigung der Erfahrungen, die bereits bei ihrer Zusammenarbeit gesammelt wurden.

Im Bereich der Migrationspolitik erfolgt die rechtliche Regelung der Beziehungen zwischen der EU und Russland durch internationale Verträge wie die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Europäische Sozialcharta, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte usw., sowie die Grundsätze des Völkerrechts, die Normen der Wegekarten, interne Rechtsvorschriften und Prinzipien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU und Russland. Fragen legaler und illegaler Migration werden in Dokumenten zum gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts behandelt. In der Präambel der Wegekarte heißt es, dass eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, einschließlich Grenzmanagement und Migration, der Aufgabe dienen wird, ein neues Europa ohne Trennungslinien aufzubauen und so das Reisen zwischen allen Europäern zu erleichtern. In diesem Zusammenhang wurde auch beschlossen, die Bedingungen für visumfreies Reisen als langfristige Perspektive zu untersuchen, die Verhandlungen über das Rückübernahmeabkommen rechtzeitig abzuschließen und die Nutzung der im Rahmen des Schengener Übereinkommens verfügbaren Flexibilitätsmöglichkeiten zu fördern. Obwohl die Verhandlungen über die Möglichkeit visafreier Bevölkerungsbewegungen derzeit ausgesetzt sind und die politische Lage in der Welt akut ist, deutet dieses Abkommen auf die Möglichkeit hin, in Zukunft eine Einigung in diesem Bereich zu erzielen. In dieser Wegekarte die Rede geht auch um illegaler Migration, die durch eine wirksame Migrationspolitik zu bekämpfen ist. Dabei soll das Ausmaß der illegalen Migration bewertet, Informationen in diesem Bereich ausgetauscht, gemeinsame Projekte durch-

⁸⁴ Vgl. Otnosheniya mezhdru Rossiej i Evropejskim soyuzom. Spravka, RIA Novosti, 18.05.19. Online verfügbar unter: <https://ria.ru/20090518/171420636.html> (letzter Zugriff: 02.06.19)

geführt, eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Es soll unter anderem die akademische Mobilität der Bevölkerung Russlands und der EU gefördert und den Studentenaustausch zwischen Russland und der EU unterstützt werden.⁸⁵

Die Energiepolitik der EU gegenüber Russland basiert auf dem Konzept der Energieunion, mit dem die Sicherheit, Verfügbarkeit und Umweltfreundlichkeit von Energie erhöht werden sollen. Russland ist der größte Exporteur von Öl, Gas, Uran und Kohle in die EU. Die EU ist natürlich wiederum der größte Handelspartner der Russischen Föderation. Auf der Grundlage dieser gegenseitigen Abhängigkeit und des gemeinsamen Interesses im Energiesektor einigten sich die EU und Russland auf die Entwicklung einer engen Energiepartnerschaft, mit der der Energiedialog EU-Russland im Jahr 2000 aufgenommen wurde.

Im Februar 2011 haben sich die russische Regierung und die Europäische Kommission darauf geeinigt, bis 2050 eine Perspektive für langfristige Zusammenarbeit im Energiebereich aufzubauen. Die entsprechende Wegekarte der Partnerschaft im Energiebereich bis zum Jahr 2050⁸⁶ wurde im März 2013 in Moskau unterzeichnet. Die Empfehlungen der Wegekarte können dazu beitragen, die Energiepartnerschaft zwischen beiden Seiten auf ein neues Niveau zu heben.⁸⁷ Strategisches Ziel dieser Wegekarte besteht darin, bis 2050 ein paneuropäischer Energieraum mit einer funktionierender integrierter Infrastruktur und mit transparenten und wettbewerbsfähigen Märkte zu schaffen, die zur Gewährleistung der Energiesicherheit und der Zielerreichung für eine nachhaltige Entwicklung der EU und Russland beitragen. Der Frühwarnmechanismus ist einer der Komponenten des Energiedialogs zwischen der EU und Russland. Es beschreibt die Hauptaspekte der gegenseitigen Informierung über kurz- und langfristige Risiken der Sicherheit von Angebot und Nachfrage. Auf beiden Seiten wurden Kontaktpersonen ernannt und der Mechanismus hat seine Wirksamkeit bereits bewiesen. Die juristische Seite des Dokuments, einschließlich Format, Inhalt und Organisation, ist im Memorandum über den Frühwarnmechanismus⁸⁸ festgelegt. Das Memorandum wurde am 16. November 2009 in Moskau untergezeichnet.

⁸⁵ Vgl. Orlova Yu./ Chernyshova A.: Vzaimodejstvie Evropejskogo Soyuza i Rossijskoj Federacii v sfere migracionnoj politiki, Vestnik Nizhegorodskogo universiteta im. N.I. Lobachevskogo, Nizhnij Novgorod, 2016, № 4, S. 149. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/vzaimodejstvie-evropejskogo-soyuza-i-rossijskoj-federatsii-v-sfere-migratsionnoj-politiki> (letzter Zugriff: 02.06.19)

⁸⁶ Dorozhnaya karta energeticheskogo sotrudnichestva Rossii i ES do 2050g. März 2013. Online verfügbar unter: https://russiaeu.ru/sites/default/files/user/Roadmap%20Russia-EU%20Energy%20Cooperation%20until%202050_Rus.pdf (letzter Zugriff: 03.06.19)

⁸⁷ Vgl. The European Union and the Russian Federation, Energy, Delegation of the European Union to Russia, 30.05.19. Online verfügbar unter: https://eeas.europa.eu/delegations/russia/35939/node/35939_en (letzter Zugriff: 03.06.19)

⁸⁸ Memorandum o promyshlennom sotrudnichestve v energeticheskom sektore mezhdru Ministerstvom topliva i energetiki Rossijskoj Federacii i Evropejskoj Komissiej, Moskva, 11.02. 1999. Online verfügbar unter:

Aus der juristische Perspektive die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen werden durch viele Dokumente geregelt.

Allerdings hat das Vorgehen Russlands auf der Krim dazu geführt, dass alle Gespräche und Verfahren im Zusammenhang mit diesen Dokumenten ausgesetzt wurden. Im Jahr 2014 hat der Europäische Rat die Zusammenarbeit (mit Ausnahme der länderübergreifenden Zusammenarbeit und der direkten persönlichen Kontakte) mit Russland sowie EU-Finanzierungen für das Land über internationale Finanzinstitutionen eingefroren.⁸⁹

2.5 Konzept der „Souveräne Demokratie“ in Russland. Beschreibung

Nach dem Zweiten Weltkrieg es wurde zum ersten Mal über das Konzept der „Souveräne Demokratie“ gesprochen. Dieser Begriff haben die USA eingeführt, um den Nichteintritt Taiwans in China ideologisch zu begründen und das dort existierende politische System zu beschreiben. Unter diesem Begriff wurde die Existenz eines politischen Mehrparteiensystems in Taiwan gemeint, das von der regierenden Guomindang-Partei geführt wurde. Außerdem, das Konzept der „Souveräne Demokratie“ hat die Unabhängigkeit Taiwans von der Volksrepublik China erklärt, in der es eine harte Diktatur der Kommunistischen Partei Chinas gab.

Seitdem wird das Konzept der „Souveränen Demokratie“ (Sovereign Democracy) in politischen Diskussionen aktiv verwendet. Für westliche Politikwissenschaftler bedeutete dieses Konzept einen unabhängigen (hauptsächlich von der UdSSR und dem kommunistischen Lager) demokratischen Staat sowie ein politisches Regime des entsprechenden Typs. Heutzutage wird dieses Konzept von aktuellen Weltpolitikern weit verbreitet. Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi hat während seiner Vorlesung an der University of Ulster (Derry) am 1. April 2004 das Konzept der „Souveräne Demokratie“ erwähnt: «Kant may have been pleased to see what we have done in the European Union - a form of supranational democracy in a Union of sovereign Member States. In some ways, our Union enshrines the essence of Kant's federation of sovereign democracies».⁹⁰

https://russiaeu.ru/userfiles/file/memorandum_on_industrial_cooperation_in_energy_sector_1999_russian.pdf
(letzter Zugriff: 04.06.19)

⁸⁹ Vgl. Damen, Mario: Bericht über Russland. Geltende Vereinbarungen. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union. Internetseite vom Europäischen Parlament, 05.2019. Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/177/russia> (letzter Zugriff: 02.06.19)

⁹⁰ Hume, John, et al. Peacemaking in the Twenty-First Century. Manchester University Press, Manchester, 2016

Ehemaliger US-amerikanischer Vizepräsident Dick Cheney hat in seinem Statement an die Staats- und Regierungschefs der osteuropäischen Staaten in Vilnius in Mai 2006 von der "Gemeinschaft souveräner Demokratien" gesprochen: «The vision we affirm today is of a community of sovereign democracies that transcend old grievances, that honor the many links of culture and history among us, that trade in freedom, respect each other as great nations, and strive together for a century of peace».⁹¹ „Democracy“ bedeutet für ihn die Westorientierung der osteuropäischen Staaten und Freundschaft mit dem Westen, und „Souverän“ – Unabhängigkeit ehemaligen sowjetischen Staaten von Moskau.

Der Begriff „souveräne Demokratie“ wurde vom ehemaligen Vize-Ministerpräsidenten in der russischen Regierung Vladislav Surkov⁹² in die politische Praxis Russlands eingeführt. In seinem Werk „Nationalization of the Future: Paragraphs pro Sovereign Democracy“ (2006) beschreibt Surkov die „Souveräne Demokratie“ als politische Lebensweise der Gesellschaft in Russland: «we may define sovereign democracy as a mode of the political life of society in which the state authorities, their bodies and actions are elected, formed, and directed exclusively by the Russian nation in all its unity and diversity for the sake of achieving material well-being, freedom, and justice for all the citizens, social groups, and peoples that constitute it».⁹³

Im Wesentlichen leitet sich diese Definition aus der Verfassung der Russischen Föderation ab, in der erklärt wird, dass nur das Volk der Träger der Macht ist. Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ liegt somit im konstitutionellen Bereich. In Übereinstimmung mit Artikel 3 der Verfassung der Russischen Föderation: «Träger der Souveränität und einzige Quelle der Macht in der Russischen Föderation ist ihr multinationales Volk ... Niemand darf die Macht in der Russischen Föderation an sich reißen. Die Machtergreifung und die Anmaßung von hoheitlichen Befugnissen werden aufgrund Bundesgesetzes verfolgt».⁹⁴

⁹¹ Vice President's Remarks at the 2006 Vilnius Conference. Online verfügbar unter: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/05/text/20060504-1.html> (letzter Zugriff: 05.06.19)

⁹² Vladislav Surkov ist ein russischer Geschäftsmann und Politiker. Am 24. September 2013 wurde er zum persönlichen Berater Putins ernannt. In dieser Funktion soll er sich unter anderem um die sozioökonomische Entwicklung der von Georgien abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien kümmern. Seit dem Jahr 2014 Vladislav Surkov vertretet Interessen Russlands bei der Regulierung des bewaffneten Konfliktes in der Ostukraine.

⁹³ Surkov, Vladislav: „Nationalization of the Future: Paragraphs Pro Sovereign Democracy“ Russian Studies in Philosophy, Vol.47(4), 2009. S.9. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.2753/RSP1061-1967470401> (letzter Zugriff: 05.06.19)

⁹⁴ Verfassung der Russischen Föderation. Artikel 3. Online verfügbar unter: <http://www.constitution.ru/de/part1.htm> (letzter Zugriff: 06.06.19)

Der russische Wissenschaftler Mikhail Rogozhnikov, der den Inhalt des Konzepts der „Souveränen Demokratie“ analysiert hat, betont, dass dieser Begriff nicht als Name einer neuen Ideologie angesehen werden kann. Er bezeichnet den als «eine politische Konstante und einen Bereich der Konsolidierung, zu den russische Gesellschaft infolge des Wandels des politischen Systems der letzten 15 Jahre geführt wurde». ⁹⁵

Position Russlands in der Welt hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Andrei Kokoshin, Politikwissenschaftler und ordentliches Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, hat die globalen politischen Prozesse analysiert und festgestellt, dass heute nur wenige Länder auf diese Weise identifiziert werden können. Die Souveränität bedeutet seiner Meinung nach, die Fähigkeit des Staates, seine Außen-, Innen- und Verteidigungspolitik unabhängig zu betreiben, Abkommen unabhängig zu schließen, einer strategische Partnerschaft einzugehen oder nicht einzugehen usw. ⁹⁶

Souveräne Demokratie ist untrennbar mit der Souveränität des Staates und ist mit seiner Innen- und Außenpolitik verbunden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Begriff „Souveränität“ zu definieren und seine Merkmale beschreiben. Französischer Parlamentsjurist Jean Bodin (1529– 1596) gilt als einer der wichtigsten Staatstheoretiker seiner Zeit und als Begründer des modernen Souveränitätsbegriffs. Souveränität als Begriff kommt aus dem Französischen „souveraineté“. Dieses Wort wird um das Jahr 1000 erstmals in einer Urkunde erwähnt und bedeutet die höchste und unteilbare Staatsgewalt. Bodin hat die theoretischen Grundlagen für das Souveränitätsdenken in seinen wichtigsten Werk „Les six livres de la République“ (Sechs Büchern vom Staat, 1576) gelegt: „Unter der Souveränität ist die dem Staat eigene, absolute und zeitlich unbegrenzte Gewalt zu verstehen [...]“ ⁹⁷

Bodin hat folgende Merkmale der Souveränität herausgearbeitet, die unveräußerlich sind:

1. Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden,
2. letztinstanzliche Gerichtsbarkeit,
3. Recht, Amtsträger ein- und abzusetzen,
4. Besteuerungsrecht,
5. Begnadigungs- und Dispensierungsrecht,
6. Recht, den Geldwert zu bestimmen,

⁹⁵ Rogozhnikov, Mixail: Chto takoe suverennaya demokratiya?. Ekspert. 2006. № 43 (489). Online verfügbar unter: https://expert.ru/expert/2005/43/43ex-suveren_202/ (letzter Zugriff: 07.06.19)

⁹⁶ Vgl. Kokoshin, Andrej: Realnyj suverenitet v sovremennoj miropoliticheskoj sisteme. Izdatelstvo «Evropa», Moskva, 2006. S.18

⁹⁷ Bodin, et al.: Sechs Bücher Über Den Staat : [1] : Buch I - III. München. Beck, 1981. S.205

7. Recht, einen Eid zu fordern.⁹⁸

Carl Schmitt, einer der bekanntesten und zugleich umstrittensten deutschen Staats- und Völkerrechtler des 20. Jahrhunderts war der Meinung, dass souveräne Staat „Träger der existentiell wesentlichen politischen Entscheidungen“ ist. Souveräner Staat ist nur dann souverän, wenn er allein und letztverbindlich über das Wohl und Wehe seiner Bürger und Bürgerinnen entscheidet. Dazu gehören solche Entscheidungen: Beitritt oder Verlassen von Bündnissen, Währung und Steuern , über Stärke und Bewaffung der eigenen Streitkräfte, über Strafe und Begnadigung, über die Stationierung fremder Truppen auf dem eigenen Territorium und letztlich über Krieg oder Frieden.⁹⁹

Souveränität bedeutet das das unteilbare und unveräußerliche Recht zur Letztentscheidung sowohl nach innen wie nach außen. Dies stellt einen doppelten Souveränitätsbegriff dar, als Faktor sowohl der innerstaatlichen als auch der zwischenstaatlichen Ordnung. Souveränität Russlands und ist mit seiner Innen- und Außenpolitik verbunden.

Die Theorie der „Souveränen Demokratie“ wird von manchen russischen Politiker kritisiert, die zumindest eine Klärung der Terminologie erfordern. So hat der Ministerpräsident der Russischen Föderation Dmitrij Medwedew festgestellt, dass der Begriff "souveräne Demokratie" eine Kopie aus dem Englischen „sovereign democracy“ ist. Seiner Meinung nach, «dieser Begriff ist für Russland nicht geeignet. Erstens haben wir ein anderes Verständnis des Rechtssystems und sogar einige rechtliche Begriffe. Zweitens bedeutet der Begriff „souverän“ in diesem Zusammenhang offenbar nicht „souverän“, sondern "staatlich" oder „national“». ¹⁰⁰ Medwedew glaubt, dass Souveränität und Demokratie gleichermaßen wichtig sind, aber dies sind Konzepte, die auf verschiedenen Ebenen liegen: «Ich denke, dass „Souveräne Demokratie“ weit von einem idealen Begriff entfernt ist, genau wie jeder andere. Es wäre richtiger, von traditioneller Demokratie oder einfach von Demokratie mit umfassender staatlicher Souveränität zu sprechen». Ihm zufolge «erzeugt dies einen seltsamen „Nachgeschmack“, wenn dem Wort „Demokratie“ einige Definitionen beigefügt sind. Dies deutet darauf hin, dass wir immerhin über eine andere, nicht traditionelle Demokratie sprechen. Und ein bestimmter Ansicht wird

⁹⁸ Ebd, S.205

⁹⁹ Vgl. Voigt, Rüdiger: Staatliche Souveränität. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, 2016. S.2

¹⁰⁰ Medvedevu, kotorogo schitayut odnim iz preemnikov Putina, ne nravitsya termin "suverennaya demokratiya". 06.12.2017. Online verfügbar unter: <https://www.newsru.com/russia/24jul2006/medvedev.html> (letzter Zugriff: 10.06.19)

sofort festgelegt. Insbesondere in den Kommentaren einiger unserer Partner. Ich bin Anhänger einer politischen Souveränität, der Souveränität des Staates».¹⁰¹

Das Konzept der „Souveränen Demokratie“ wird auch von einigen russischen Politikwissenschaftler kritisiert. Russland braucht Modernisierung, um einen starken Staat zu werden. Um diese Modernisierung im Rahmen eines frei gewählten politischen Kurses durchzuführen, müssen demokratische Institutionen geschaffen und gestärkt werden, meine Russland-Experte. In seinen jährlichen Botschaften an die Regierung Russlands, in denen er politische Reformen (neue Demokratisierung) umreißt, legt der russische Präsident Wladimir Putin spezifische Ziele fest und erklärt erneut, dass Russland unter Berücksichtigung seiner historischen, geopolitischen und anderen Besonderheiten selbst die Bedingungen für die Demokratisierung festlegen wird. Seiner Meinung nach, souveräne Demokratie in Russland ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Demokratie in den internationalen und zwischenstaatlichen Beziehungen.¹⁰²

2.6 Auswirkungen der „Souveräne Demokratie der auf die Beziehungen mit der EU

Die Konturen der gegenwärtigen russischen Außenpolitik sind klar definiert. Russland versteht sich als souveräne Großmacht. Trotz der Sanktionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten ist es Russland heute gelungen, seine Wirtschaft an die neuen Bedingungen anzupassen. Die Stärkung der Staatsmacht in Kombination mit einer unbestrittenen Führung wurde immer als die wichtigste nationale Ressource Russlands angesehen, um dessen Durchsetzungskraft und Unabhängigkeit in der Außenpolitik zu stärken.¹⁰³

Russland hat die Richtung für ihre Außenpolitik vorgegeben, die den verschiedenen Interessen der politischen und wirtschaftlichen Elite befriedigen sollte: von den traditionellen geopolitischen Interessen bis zu den Möglichkeiten, Gewinne in der Weltwirtschaft zu erzielen.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Sergeev G.,: Fenomen suverennoj demokratii v politicheskoy zhizni sovremennoj Rossii, Izvestiya RGPU im. A.I. Gercena, Sankt-Peterburg, 2007. №37. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/fenomen-suverennoj-demokratii-v-politicheskoy-zhizni-sovremennoj-rossii> (letzter Zugriff: 10.06.19)

¹⁰³ Vgl. Gerrits, André (ed.): The European Union and Russia: Perception and Interest in the Shaping of Relations. Netherlands Institute of International Relations, Clingendael, 2008. S.8. Online verfügbar unter: https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20081101_paper_gerrits_eu_russia.pdf (letzter Zugriff: 12.06.19)

Die moderne russische Außenpolitik hat starke historische Wurzeln. Die Wahrung der Integrität des Landes und die Stabilität der russischen Grenzen hatten immer Priorität, wurden jedoch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion besonders wichtig.

Die Harmonisierung der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheitsinteressen ist ein weiteres Beispiel für historische Kontinuität und ein wichtiger Aspekt der russischen Außenpolitik. Darüber hinaus interpretiert Russland die territoriale Expansion nicht als Erweiterung, sondern als Zusammenschluss russischer Länder.¹⁰⁴ So betrachtet die russische Regierung den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation im März 2014 nicht als die Annexion, wie die meisten Länder der Welt, sondern als die Vereinigung des ehemaligen russischen Territoriums mit Russland. Das Hauptaugenmerk auf engere Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken sollte als eine der außenpolitischen Prioritäten Russlands betrachtet werden. Im außenpolitischen Konzept Russlands sind die Beziehungen zu den GUS-Staaten als vorrangige Richtung der russischen Außenpolitik von Bedeutung, und das Territorium der GUS-Staaten wird als Zone besonders wichtiger nationaler Interessen des Landes definiert. Russland ist einer der Mitglieder und Gründer der GUS, und jeder der Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaft wird gemäß der GUS-Charta ein privilegierter Partner Russlands. Russland hat mit diesen Ländern die größte Anzahl verschiedener Arten von Verträgen und Abkommen.¹⁰⁵

Russland strebt selten langfristige internationale Allianzen und Koalitionen an, sondern versucht zumeist, Vereinbarungen aus praktischen und pragmatischen Erwägungen zu schließen. Der pragmatische Charakter der russischen internationalen Politik wird oft im selben Kontext mit „Souveräne Demokratie“ erwähnt. „Souveräne Demokratie“ ist ein umstrittenes Konzept, von dem sich die oberste russische Führung derzeit distanziert. Aber im russischen politischen Diskurs spielt dieses Konzept weiterhin eine bedeutende Rolle.¹⁰⁶

Die „Souveräne Demokratie“ dient einem doppelten Zweck: Sie lenkt und legitimiert vor allem die Innen- und Außenpolitik. Zweitens, es ist ein Konzept, bei dem die Definition von der Souveränität fast von jedem verstanden wird, während die Demokratie unterschiedlich interpretiert werden kann. Drittens, die „Souveräne Demokratie“ verbindet die innere Ordnung Russlands mit der Außenpolitik und ihrem internationalen Status. All dies postuliert die innere Sphäre eines starken Staates mit einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft, die über eine stabile Unterstützung verfügt und auf einer stabilen politischen und wirtschaftlichen Position

¹⁰⁴Vgl. Ebd. S. 9

¹⁰⁵ Vgl. Medvedev, Roj: SNG – vneshnepoliticheskij prioritet dlya Rossii. Online verfügbar unter: <https://pub-lic.wikireading.ru/90489> (letzter Zugriff: 12.06.19)

¹⁰⁶ Vgl. Legvold, Robert: Russian Foreign Policy in the Twenty-first Century and the Shadow of the Past. Columbia University Press, 2007. S.123

basiert, die für eine kompetente Innen- und Außenpolitik notwendig ist. Innen- und Außenpolitik sind untrennbar miteinander verbunden: Entweder ist Russland eine Großmacht oder nicht. Souveränität kann nur absolut und unteilbar sein.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Europäische Union im Wesentlichen auf der Idee und Praxis einer geteilten Souveränität basiert, bemüht sich Russland, die traditionelle absolute Souveränität zu wahren. Die „Souveräne Demokratie“ ist nicht ohne internationale Attraktivität, sondern ein autoritärer staatlicher Ansatz zur politischen und wirtschaftlichen Modernisierung, die als Alternative zum „westlichen“ Reformmodell dienen kann. Angesichts der Stärkung anderer Befugnisse sowie der Legitimation der russischen Innen- und Außenpolitik gewinnt dieses Konzept nach und nach einen zunächst inhärenten Aspekt – das Streben, eine Alternative für liberale politische und wirtschaftliche Entwicklung zu werden.¹⁰⁷

Wenn man die Beziehungen zwischen der EU und Russland auf der Grundlage des Konzepts der „Souveränen Demokratie“ bewertet, kann man den Schluss ziehen, dass die ehrgeizigen Initiativen und langfristigen Ziele, die in diesen Beziehungen vorgesehen sind, nicht erreicht wurden. Russland und die EU haben weder eine „strategische Partnerschaft“ noch eine Freihandelszone oder einen demokratischen freien Markt in Russland erreicht. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Russland und die Europäische Union ihre Beziehungen immer als „strategische Partnerschaft“ definiert haben. Trotz aller Aussagen, dass Russland und Europa die Beziehungen untereinander pflegen, waren ihre Ambitionen und ihre Politik, insbesondere nach den Ereignissen von 2014, nie vollständig konsistent.

Es ist anzumerken, dass die politischen Ambitionen Russlands in Bezug auf die Europäische Union immer bescheidener waren als die Strategie der Europäischen Union in Bezug auf Russland. Die einzige Ausnahme war der Beginn der 90-er Jahre, als die Position Russlands völlig mit der Position der EU übereinzustimmen schien: Beide Seiten teilten das Integrationsparadigma durch die Transformationen. Zu dieser Zeit wurde russischer Ansatz offensichtlich auf echten pro-westlichen Reformideen basiert.

Heute sind Europa und Russland in einer Vielzahl spezifischer Fragen und in einigen Fragen des grundlegenden Charakters uneinig. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland sind alles andere als ideal und wettbewerbsfähig, und jedes Problem spiegelt eine

¹⁰⁷ Vgl. Gerrits, André (ed.): The European Union and Russia: Perception and Interest in the Shaping of Relations. Netherlands Institute of International Relations, Clingendael, 2008. S.10. Online verfügbar unter: https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20081101_paper_gerrits_eu_russia.pdf (letzter Zugriff: 12.06.19)

regelmäßig zunehmende Kluft wider.¹⁰⁸ Die ukrainische Krise hat diese Kluft zwischen der EU und Russland vergrößert. Es ist zu früh, um über die Wiederaufbau der Beziehungen zwischen diesen beiden Akteuren zu sprechen.

Die Politik der EU und Russland unterscheidet sich in ihrer Expansionsstrategie, einschließlich der Beziehungen zu den Nachbarländern. In Bezug auf Russland hält die EU weiterhin an Doppelmoral in der Innenpolitik und an einer Politik gemeinsamer Interessen fest. Die EU verfolgt diese Politik ohne vollständige Integrationsverpflichtungen (unter Ausschluss Russlands von den symbolträchtigsten Aspekten der Integration wie dem visumfreien Regime) und natürlich ohne die Beitrittsperspektive zur EU.¹⁰⁹

Russland und die EU verhandeln seit mehr als 15 Jahren über die Abschaffung von Kurzzeitvisa für russische Staatsbürger, die Verhandlungen wurden aber nicht erfolgreich. Russland hat immer großes Interesse an diesem Thema gezeigt. Außerdem, die Initiative zum Übergang zu einem gegenseitigen visumfreien Regime wurde erstmals im August 2002 vom russischen Präsidenten Wladimir Putin formuliert.¹¹⁰

Einer der Gründe, warum kein visumfreies Regime zwischen der EU und Russland eingeführt wird, ist die illegale Einwanderung. Nach Angaben von Europol war Russland bis zum Beginn des Zustroms von Flüchtlingsmigranten aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens im Zusammenhang mit den Ereignissen in Syrien eine der Hauptquellen für die illegale Einwanderung in die Länder der Europäischen Union. Ein weiteres Problem, das die visumfreie Einreise zwischen der EU und Russland behindert, ist die hohe Kriminalitätsrate.¹¹¹

Die EU zeigt sich besorgt über hohe Kriminalität in Russland, den hohen Grad an Korruption in den russischen Behörden und infolgedessen die Unzuverlässigkeit der russischen Reisedokumente.

Um das Problem der Abschaffung der Visumpflicht zu lösen, legte die EU eine vollständige Liste der Probleme Russlands vor, die gelöst werden müssen, um sie eine Unterstützung seitens der EU bei der Abschaffung der Visumpflicht erhalten kann. Auf der Grundlage dieser Liste einigten sich die Akteure auf solche gegenseitigen Schritte wie die Einführung biometrischer

¹⁰⁸ Vgl. Gerrits, André (ed.): The European Union and Russia: Perception and Interest in the Shaping of Relations. Netherlands Institute of International Relations, Clingendael, 2008. S.10. Online verfügbar unter: https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20081101_paper_gerrits_eu_russia.pdf (letzter Zugriff: 12.06.19)

¹⁰⁹ Vgl. Ebd. S.12

¹¹⁰ Vgl. Ivanova. E.: K voprosu o bezvizovom rezhime Rossii i stran Evrosoyuza: istoriya i perspektivy. Vestnik MIEP.2017. № 1 (26), S.46. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/k-voprosu-o-bezvizovom-rezhime-rossii-i-stran-evrosoyuza-istoriya-i-perspektivy> (letzter Zugriff: 14.06.19)

¹¹¹ Vgl. Ebd. S.50

Pässe, die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden.¹¹²

Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der Ukraine wurden die Verhandlungen über die Aufhebung der Visumpflicht zwischen der EU und Russland ausgesetzt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, dass Vertreter der Europäischen Union den Dialog mit Russland über die Einführung eines visumfreien Regimes absichtlich verlangsamen, um die Länder der Östlichen Partnerschaft voranzubringen:

«Der Grund für die Verzögerung des Prozesses ist bekannt. Es besteht der Wunsch, [seitens der EU] weitere Schritte zur Vereinfachung des Visa-Regimes mit Problemen zu verknüpfen, die nicht mit diesem Thema zusammenhängen und von der Russischen Föderation etwas aushandeln. Es besteht auch der Wunsch, sich von der politischen Zweckmäßigkeit leiten zu lassen, die nach dem Verständnis einiger EU-Mitglieder leider nicht darin besteht, Russland auf diesem Weg - auf dem Weg zur Vereinfachung und letztendlich Aufhebung des Visaregimes - nicht zu verpassen. Dies ist ein offenes Geheimnis, eine bekannte Situation. Wir nehmen es ruhig an. Wir brauchen es nicht mehr als die Europäische Union«, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow.¹¹³

Lawrow hat betont, dass das Abkommen über Visaerleichterungen zwischen Russland und der EU für Journalisten, Jugendliche und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen fertig sei: «Alles, was benötigt wird, ist der politische Wille der Europäischen Union, aber in der Tat - Brüssel. Die Mitgliedstaaten [EU] sind bereit, in der dazu benötigte Mehrheit, eine solche Entscheidung zu treffen».¹¹⁴

Die Position der EU zur Abschaffung des Visaregimes für Russland wird in der Stellungnahme des litauischen Außenministers und des Mitglieds des Rates der Außenminister der Europäischen Union, Linas Linkevičius, bei dem Gipfel in Brüssel gut dargestellt:

«Wir würden gerne eine strategische Partnerschaft mit Russland eingehen. Wir müssen aber leider auf die Realität achten, bestimmte Schlussfolgerungen ziehen und in die Zukunft blicken, ohne dass wir irgendwelche Zugeständnisse oder Ausnahmen machen,

¹¹² Vgl. Ebd. S.52

¹¹³ Lavrov: vizovyj vopros tormozitsya zhelaniem ES vytorgovat chto-to u RF. RIA Novosti. Online verfügbar unter: <https://ria.ru/20140121/990372534.html> (letzter Zugriff: 16.06.19)

¹¹⁴ Ebd.

denn jetzt können wir nur noch unsere Werte und Ansichten schützen. Natürlich achten wir immer darauf, aber diesmal müssen wir realistischer sein. Wir halten es für inakzeptabel, wie Russland mit anderen Ländern umgeht, und dies hat auf unsere Einschätzungen zur künftigen Lage beeinflusst. Aus diesem Grund wird sich der Gipfel meines Erachtens höchstwahrscheinlich auf das Geschäft konzentrieren».¹¹⁵

Nach dem Beitritt der Republik Krim zu Russland hat die Europäische Union ihren Botschaften und Repräsentanzen in Russland verboten, alle Arten von europäischen Visa, einschließlich Schengen-Visa auszustellen. Gemäß dem Beschluss des Europäischen Rates können Visa für EU-Länder nur in der Ukraine für Bevölkerung der Krim ausgestellt werden, da die Krim ein Teil dieses Landes ist.

Auf dieser Grundlage werden keine Visa in russische Pässe für Einwohner der Krim von den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der EU-Staaten in Russland ausgestellt.

Die Europäische Kommission hat auch berichtet, dass es für die Ausstellung eines Visums für Einwohner der Krim erforderlich ist, dieses mit dem ukrainischen Reisepass bei den Botschaften der jeweiligen Staaten in der Ukraine zu beantragen. In diesem Fall entscheidet das jeweilige Land in üblicher Weise über die Ausstellung eines Visums.¹¹⁶

Trotz der frühen Ziele der Integration, wird die EU-Politik in Russland zunehmend als asymmetrisch und hierarchisch wahrgenommen. Oder als eine Form der Intervention, die Russland die gleiche Position entzieht und die Wiederherstellung seiner Souveränität und seines Status als Großmacht verweigert. Die Europäische Union hat mehr als zehn Jahre gebraucht, um offiziell anzuerkennen, dass Russland nicht nur ein postkommunistisches Land ist. Obwohl weder Russland noch die Europäische Union ihre Integrationsaufgaben offiziell nicht abgelehnt haben, hat Russland in Bezug auf die normativen Aspekte der europäischen Politik eine restriktive Haltung eingenommen.¹¹⁷

¹¹⁵ Linas Linkevičius, Prizrachnoe budushhee bez viz v ES. Radio Svoboda. 27.01.2014. Online verfügbar unter: <https://www.svoboda.org/a/25240382.html> (letzter Zugriff: 17.06.19)

¹¹⁶ Vgl. Ivanova. E.: K voprosu o bezvizovom rezhime Rossii i stran Evrosoyuza: istoriya i perspektivy. Vestnik MIEP.2017. № 1 (26), S.56. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/k-voprosu-o-bezvizovom-rezhime-rossii-i-stran-evrosoyuza-istoriya-i-perspektivy> (letzter Zugriff: 17.06.19)

¹¹⁷ Vgl. Gerrits, André (ed.): The European Union and Russia: Perception and Interest in the Shaping of Relations. Netherlands Institute of International Relations, Clingendael, 2008. S.12. Online verfügbar unter: https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20081101_paper_gerrits_eu_russia.pdf (letzter Zugriff: 17.06.19)

Der Integrationsansatz der Europäischen Union steht nicht nur im Widerspruch zur nationalen Souveränität Russlands und seines internationalen Status, sondern steht auch den äußerst undurchsichtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen der russischen Elite gegenüber. Integration ist unvereinbar mit der komplexen Verflechtung von Wirtschaft und Politik in Russland. Politische Konzepte und Ideen wie Souveränität, Unabhängigkeit und Respekt legitimieren eine Strategie, die dem Schutz sehr banaler materieller Interessen dient. Aus der Sicht Russlands, die russische Strategie hat eine ganz klare Abwehrkanten. Die europäische Integrationsstrategie entspricht nicht den Interessen der russischen Elite - unabhängig davon, ob es sich um Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Russlands oder in die Angelegenheiten seiner Nachbarn handelt.¹¹⁸

3.Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten. Ukraine-Krise

3.1 Entwicklung der Bürgerkrieg in der Ukraine

Die Ukraine ist mit 603.000 Quadratkilometer nach Russland das flächenmäßig zweitgrößte Staat Europas. Im Westen grenzt das Land an Polen, Ungarn und die Slowakei, im Norden an Weißrussland, im Süden ans Schwarze Meer und im Osten an Russland. Eine lange gemeinsame Grenze mit den russischen Nachbarn spielt im Bürgerkrieg um Südosten der Ukraine eine entscheidende Rolle. Der Krieg in der Südosten der Ukraine hat das politische Verhältnis der EU zu Russland verändert. Dieser Krieg hat dazu beigetragen, die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine zu hemmen. Ukraine ist heute, nach Moldau, das zweitärmste Land des Kontinents.¹¹⁹ Der militärische Konflikt im Südosten des Landes stellt das Land vor eine schwere Belastungsprobe und zieht immer wieder große Konsequenzen. Ost der Ukraine ist von eine große Bedeutung für das ganze Land, da die Südosten mit ihren Kohlevorkommen und der Schwerindustrie das industrielle Zentrum des Landes war. Der Beitritt der Krim zu Russland war ein großer Schlag für die Ukraine und hat zu Auseinandersetzungen zwischen moskau-treuen Separatisten und proeuropäischen Kräften geführt. Seither herrschen in der Ukraine bis heute bürgerkriegsähnliche Zustände.¹²⁰

¹¹⁸ Vgl. Ebd

¹¹⁹ Vgl. Christ, Sebastian: Der Krieg in der Ostukraine, verständlich erklärt, 13.08.2018. Online verfügbar unter: <https://krautreporter.de/2534-der-krieg-in-der-ostukraine-verstandlich-erklart> (letzter Zugriff: 20.06.19)

¹²⁰ Vgl. Nervenkrieg um die Ukraine, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/ukraineconflikt.html> (letzter Zugriff: 20.06.19)

Welche Ereignisse haben die Ukraine-Krise verursacht? Die gegenwärtige Ukraine-Krise wurde Ende November 2013 angefangen. Die ukrainische Regierung hatte am 21. November 2013 ein geplantes Assoziierungsabkommen mit der EU abgelehnt und damit das Land wegen politischen Konsequenzen in eine tiefe Krise gestürzt. Das führte zu Protesten in der Ukraine, insbesondere in Kiew, auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew (auf ukr. Майдан Незалежності). Diese Bürgerproteste werden in den Massen Medien als „Euromajdan“ bezeichnet. Unter der Bevölkerung in der Ukraine ist es zur Auseinandersetzungen und Proteste gekommen, weil der Westen des Landes sich eine stärkere Anbindung der Ukraine an Europa gewünscht hat.

Der Hauptslogan des Euromajdan – „Ukraine ist Europa“ (auf ukr. Україна – це Європа) spiegelt proeuropäische Einstellung der Protestierender. Damaliger ukrainischer Präsident Viktor Janukowitsch (2010-2014) hat jedoch wegen verschiedener Gründe eine Annäherung an Russland gesucht. Auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius hat er die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens abgelehnt, was zu einer gemischten Reaktion der Staats- und Regierungschefs der EU führte. Einer der Gründe für die Weigerung, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, war, dass die Integration mit der EU die wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine zu ihrem Haupthandelspartner Russland beeinträchtigen würde. Das Assoziierungsabkommen würde die ukrainische Wirtschaft in eine schwierige Lage bringen, da die Handelszölle im Handel mit der Ukraine und der EU gesenkt würden und die ukrainischen Produkte auf ihrem eigenen Inlandsmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig wären.¹²¹ Außerdem würde die Ukraine ihre Präferenzen im Handel mit den Ländern der eurasischer Zollunion (EACU) gemäß Punkt 18 des Anhangs des Vertrags zur Gründung des Gemeinsamen Wirtschaftsraums verlieren. Um das wirtschaftliche Potenzial der Ukraine gemeinsam zu stärken, versuchte Janukowitsch einen aktiven Dialog über die Wiederbelebung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und anderen Ländern der eurasischer Zollunion wieder aufzunehmen.

Auf dem Gipfel in Vilnius hat Janukowitsch erklärt, dass die EU und Russland sich gemeinsam an der Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Ukraine beteiligen könnten. Er hat angeboten, weitere Verhandlungen im Format Ukraine-EU-Russland zu führen.¹²² Die Opposition in der

¹²¹ Vgl. Viktor Yanukovich otkazalsya podpisivat Soglashenie ob associacii s ES. Oobshhestvennoe televidenie Rossii, 29.11.2013. Online verfügbar unter: <https://otr-online.ru/news/viktor-yanukovich-otkazalsya-podpisivat-soglashenie-ob-associacii-s-es-16471.html> (letzter Zugriff: 22.06.19)

¹²² Vgl. Yanukovich ne podpisal Coglashenie ob associacii na sammite v Vilnyuse. ZN.UA, 29.11.2013. Online verfügbar unter: <https://zn.ua/POLITICS/ukraina-ne-podpisala-coglasheniya-ob-associacii-na-sammite-v-vilnyuse-133855.html> (letzter Zugriff: 22.06.19)

Ukraine hat dieser Option nicht zugestimmt. Jewgenija Timoschenko, die Tochter der Ex-Ministerpräsidentin der Ukraine Julia Timoschenko hat die Meinung der Opposition erklärt:

«Die Opposition sollte, wie sie versprochen hatte, für den Rücktritt der Regierung und die Amtsenthebung von Präsident Janukowitsch kämpfen. Immerhin hat er das Versprechen gebrochen, das nicht nur den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, sondern auch Millionen von Ukrainern gegeben wurde. Unsere Bürger warten seit fünf Jahren darauf, dass der Prozess der europäischen Integration beginnt». ¹²³

Das Paradoxe war, dass in der Ukraine in den vergangenen Jahren eine groß angelegte Kampagne gestartet wurde, um die ukrainische Bevölkerung von der Notwendigkeit für die Unterzeichnung dieses Abkommens mit der EU zu überzeugen. Von morgens bis abends versicherten die Medien den ukrainischen Bürgern, dass die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU ein entscheidender Schritt in Richtung Europa sei, der von allen ukrainischen Regierungen und Präsidenten als strategisches Ziel der Außenpolitik des Landes angesehen wurde.

Die Bevölkerung des Landes war von dieser Idee durchdrungen und hat den Beitritt der Ukraine zur EU als Garantie für demokratische Transformationen, die Überwindung der Korruption, den Aufbau eines Rechtsstaats und die Schaffung günstiger Bedingungen für die Geschäftsentwicklung betrachtet. Sie glaubten nicht mehr an die Möglichkeit, selbst einen demokratischen, prosperierenden und fähigen Staat aufzubauen, in dem sie bequem leben und arbeiten könnten. Die Stimmung für die Assoziierung mit der EU wurde in allen Regionen des Landes und unter allen Bevölkerungsgruppen stark verbreitet, insbesondere aber bei den Jugendlichen im Westen der Ukraine.

Daher ist es kein Zufall, dass die Weigerung von Janukowitsch, ein Assoziierungsabkommen mit der EU in Vilnius zu unterzeichnen, zu Empörung in der ukrainischen Gesellschaft geführt hat. Besonders scharf haben auf die Entscheidung von Janukowitsch Kiewer Studenten und Bewohner der Westukraine reagiert, die die ukrainische Führung aufgefordert haben, diese Entscheidung zu überdenken und aufzuheben. Zehntausende Menschen fühlten sich in ihrem Traum getäuscht und waren bereit, mit zunehmender Aggressivität dafür zu kämpfen.

¹²³ Viktor Yanukovich otkazalsya podpisivat Soglashenie ob associacii s ES. Oobshhestvennoe televidenie Rossii, 29.11.2013. Online verfügbar unter: <https://otr-online.ru/news/viktor-yanukovich-otkazalsya-podpisivat-soglashenie-ob-associacii-s-es-16471.html> (letzter Zugriff: 24.06.19)

Es ist anzumerken, dass die semantische Unterteilung der Ukraine in Ost- und Westukraine schon seit der Sowjetzeit beobachtet wurde. Die Westukraine hat sich immer für die Wahrung der Identität und Souveränität des Landes eingesetzt und versucht, sich von Russland zu distanzieren. In den Sowjetzeiten legte die Ukraine im Südwesten der Sowjetunion und heute befindet sich zwischen drei weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken (Belarus, Moldau und Russland) und vier Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO (Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei). Diese sieben Staaten sind die Nachbarländer der Ukraine.

Wenn es davon ausgegangen wird, dass die beiden genannten Staatengruppen nach unterschiedlichen Prinzipien organisiert sind, befindet sich die Ukraine zwischen zwei Welten. Eine Reihe von Gebieten im Westen, die heute ein Teil der Ukraine sind, gilt seit langem als Gegenstand von Gebietsansprüchen benachbarter Staaten. Ungarn, Rumänien, Polen haben ihre Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine. Ungarn erinnert sich zunehmend an seine Rechte auf Transkarpatien mit Uschgorod, wo noch immer eine beeindruckende Zahl der ungarischer Bevölkerung lebt. Rumänien erinnern sie sich an Nordbukowina und Südbessarabien. Polen hat seine eigenen Ansprüche an die ukrainische Stadt Lemberg, die als „ursprünglich polnisch“ angesehen wird. Im September 1939 wurden die nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns zu Polen gehörenden Woiwodschaften Lemberg, Ternopil und Stanislaw in die Sowjetunion eingegliedert und als Gebiete Lemberg, Ternopil und Iwano-Frankiwsk der ukrainischen SSR übertragen. Auf der Konferenz in Teheran einigten sich die Westmächte darauf, dass diese Gebiete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion bleiben werden. Im Jahr 1991, als die Sowjetunion zusammenbrach, wurden drei westliche Regionen Teil einer souveränen Ukraine.¹²⁴

Ein Großteil der gegenwärtigen Ukraine war 337 Jahre lang Teil des Russischen Reiches und anschließend der Sowjetunion. Heute lebt im Osten der Ukraine eine große Anzahl der russischsprachiger Bevölkerung. In diesem Region ist die Orthodoxe Kirche verbreitet.

Die Ostukraine unterscheidet sich von der Westukraine im historischen Schicksal und in der Art der Entwicklung des Territoriums, was zu ihrer spezifischen Zusammensetzung der Bevölkerung und ihrer Kultur führt. Sie ist am wenigsten mit dem Erbe des polnisch-litauischen Commonwealth und größtenteils mit dem Erbe des russischen Reiches und der UdSSR verbunden.

¹²⁴ Vgl. Polonskij, Ilya: Polsha zaberyot Zapadnyu Ukrainu, a Kiev s etim soglasitsya. Voennoe obozrenie, 21.03.18. Online verfügbar unter: <https://topwar.ru/138157-kak-polsha-zaberet-zapadnyu-ukrainu.html> (letzter Zugriff: 24.06.19)

Es lässt sich vermuten, dass aufgrund dieser gemeinsamen Geschichte so etwas wie eine gemeinsame ukrainische Identität existiert, zeigt sich doch, dass die Menschen in unterschiedlichen Teilen des Landes auch unterschiedlich denken und anderen Medieneinflüssen ausgesetzt sind.¹²⁵

Vor dem Ausbruch der Krise 2014 wurde der Status der russischen Sprache als zweite Amtssprache der Ukraine aktiv beibehalten, und die Ukraine und Russland arbeiteten in vielen Politikbereichen zusammen. Die Westukraine hat sich immer für die Wahrung der Identität und Souveränität des Landes eingesetzt und versucht, sich von Russland zu distanzieren. In der Westukraine gab es Fragen zum Status der russischen Sprache und die russischsprachige Bevölkerung in dieser Region wurde teilweise benachteiligt. Im Westen der Ukraine wird bis heute die örtliche katholische Kirche (griechisch-katholischen Kirche) erhalten. Die historische Entwicklung der Ukraine erklärt den Wunsch der Bevölkerung im Westen des Landes nach europäischer Integration und Assoziierungen mit der westeuropäischen Gesellschaft. Diese Gefühle wurden in der Ukraine bereits während der Orangen Revolution 2004 beobachtet.

Was hat den ehemaligen Präsidenten der Ukraine wirklich dazu veranlasst, eine Entscheidung zu treffen, die den inneren politischen Kampf im Land und einen politischen Putsch, die Annexion der Krim durch Russland und den Bürgerkrieg im Südosten des Landes auslöste?

Einige Experten glauben, dass die EU ein Assoziierungsabkommen zu für die Ukraine ungünstigen Bedingungen angeboten hat und Janukowitsch, nach dem er die wirtschaftlichen Risiken bewertet hat, sich im letzten Moment für eine Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der eurasischen Zollunion entschieden hat. Andere glauben, dass Wladimir Putin auf die Entscheidung von Janukowitsch beeinflusst hat. Putin hat der Ukraine eine Entscheidung vorgezogen, damit die Ukraine zwischen zwei Stühlen nicht sitzt. Vielen Experten zufolge hat Janukowitsch offensichtlich eine Doppelpolitik geführt und versucht, mit der eurasischer Zollunion und der EU zu verhandeln, aber am Ende musste er „auswählen“. Vertreter Russlands und der EU haben sich wegen der Erpressung der Ukraine gegenseitig beschuldigt.

Wladimir Putin hat auf der Pressekonferenz am 18. Dezember 2013 auf die Frage zur Ukraine folgendes geantwortet:

«Einige sagen, dass dem ukrainischen Volk der „europäische Traum“ gestohlen wurde. Erstens, wir haben damit nichts zu tun. Dies ist die Entscheidung des ukrainischen Vol-

¹²⁵ Vgl. Dunay, Pál: Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die europäische und die euroatlantische Sicherheit – und was wir daraus lernen können, IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2014, Baden-Baden 2015, S.271. Online verfügbar unter: <https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/14/Dunay-dt.pdf> (letzter Zugriff: 25.06.19)

kes und der legitimer Regierung - sich einer Union anzuschließen oder nicht anzuschließen, einige Dokumente zu unterschreiben oder nicht zu unterschrieben, darüber habe ich mehrmals gesprochen. Und das ist unsere grundsätzliche Position. Wir haben nichts damit zu tun»;¹²⁶

Später hat der russische Präsident erklärt, dass das ukrainische Volk nicht ausreichend über Aspekte der Integration mit der EU informiert sei:

«Zweitens. Wenn ich über mangelndes Wissen spreche, meine ich, dass man die Dokumente lesen muss. Warum wendet sich die Opposition, die mit der gegenwärtigen Regierung zu kämpfen hat, immer wieder der Eurothematik zu? Es ist sehr einfach, über diese Themen zu spekulieren. „Möchten sie so wie in Paris wohnen?“ - „Wir wollen!“ - „Unterschreiben wir!“ Und wer würde sagen: „Lass uns lesen!“? ... Schauen Sie sich an, was dort geschrieben steht: offene Märkte, kein Geld, Handels- und technische Vorschriften zur Einführung europäischer Normen. Dies bedeutet, dass die Industrie geschlossen werden muss und die Landwirtschaft wird sich nicht entwickeln. Ich habe bereits gesagt, dass dies eine absolut offensichtliche Neigung ist, eine Farm in der Eurozone zu werden, aber dies ist die Wahl von jemandem. Ok bitte, das ist ihre Wahl».¹²⁷

Putin hat betont, falls die Ukraine ein Abkommen mit der EU unterzeichnet, würde Russland ukrainische Waren nicht diskriminieren, sondern nur Präferenzen und Privilegien im Rahmen der Freihandelszone mit der Ukraine aufheben. Russland müsste es tun, weil es die Wirtschaft des Landes untergraben würde. Er hat auch zum Ausdruck, dass Ideen mit der Unterzeichnung EU-bezogenen Dokumenten als Ergebnis des internen politischen Kampfes entstanden sind und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU nur ein Anlass für ukrainischen Führung war. Die Ideen zur Integration mit der EU wurden, seiner Meinung nach, von diejenigen ukrainischen Politikern befördert, die nicht lange an der Macht waren und deren Ideen nicht mit dem Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union verbunden waren. Laut Putin, die Ukraine hatte viele Möglichkeiten noch vor dem Jahr 2013 Dokumente mit der EU zu unterzeichnen, aber es wurde nicht getan.¹²⁸

¹²⁶ Press-konferenciya Vladimira Putina ot 18.12.2013. Sajt Prezidenta Rossii, 18.12.13 Online verfügbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/19859> (letzter Zugriff: 28.06.19)

¹²⁷ Ebd., letzter Zugriff: 28.06.19

¹²⁸ Vgl. Press-konferenciya Vladimira Putina ot 18.12.2013. Sajt Prezidenta Rossii, 18.12.13 Online verfügbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/19859> (letzter Zugriff: 28.06.19)

Der ehemalige ukrainische Ministerpräsident Mykola Azarov hat sich ebenso skeptisch über das Assoziierungsabkommen mit der EU geäußert. Vier Jahre nach den Ereignissen von Euromaidan erklärte er in einem Interview mit dem Journalisten Anatoly Sharia, warum die ukrainische Führung beschlossen habe, die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU abzulehnen:

«Das Assoziierungsabkommen wurde von uns als Weg der Modernisierung der Ukraine, der technologischen Erneuerung unserer Industrie konzipiert. Es ist kein Geheimnis, dass fortschrittliche Technologien aus so hoch entwickelten Ländern wie Deutschland, Großbritannien usw. stammen. Daher bestand unser Interesse natürlich in der Zusammenarbeit mit diesen Ländern. Aber während der Verhandlungen war ich überzeugt, dass dies eine externe Hülle war. Das gleiche Abkommen hat die EU mit Ägypten und mit drei Dutzend Ländern. Aber nirgendwo hat es Durchbrüche gegeben. Wir müssten sofort daraufkommen, dass es nichts geschenkt wird», sagte Azarov.¹²⁹

Die symbolische politische Bedeutung des Abkommens ist jedoch nicht so groß wie seine wirtschaftliche. Denn das endgültige Inkrafttreten festigt vor allem die seit anderthalb Jahren existierende Freihandelszone zwischen Brüssel und Kiew. Dadurch hat die EU bereits Russland als wichtigsten Arbeitsmarkt für ukrainische Auswanderer ersetzt. Das geschah allerdings vor allem deswegen, weil Moskau sein eigenes Assoziierungsabkommen mit der Ukraine aufkündigte.¹³⁰

Für die EU ist das Assoziierungsabkommen das wichtigste Instrument für die Annäherung mit der Ukraine. Aus der Sicht der EU, das Abkommen fördert tiefere politische Bindungen, stärkere wirtschaftliche Verflechtungen und die Achtung gemeinsamer Werte. Den wirtschaftlichen Teil des Abkommens bildet eine vertiefte und umfassende Freihandelszone. Laut der EU, die Freihandelszone bietet der Ukraine einen Rahmen für die Modernisierung ihrer Wirtschaft und Handelsbeziehungen. Im März 2014 haben die EU und die Ukraine unter der Führung von Petro Poroschenko den ersten politischen Kapitel unterzeichnet. Die Unterzeichnung der restlichen Kapitel wurde nach den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 27. Juni 2014 am

¹²⁹ Podkopaev, Nikolaj: Rokovoj den: kogda Yanukovich stal ne nuzhen Evrosoyuzu , 28.11.2017. Online verfügbar unter: <https://ukraina.ru/exclusive/20171128/1019576676.html> (letzter Zugriff: 01.07.19)

¹³⁰ Vgl. Trubetskoy, Denis: Was das EU-Assoziierungsabkommen der Ukraine bringt. Online verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/ostblogger/assozierungsabkommen-ukraine-100.html> (letzter Zugriff: 01.07.19)

Rande der Tagung des Europäischen Rates erfolgt. Am 1. September 2017 wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft getreten.¹³¹

Das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU beträgt rund um 1200 Seiten. Der Großteil erhält eine Absichtserklärung über gemeinsame strategische Ziele in der Außen- und Sicherheitspolitik, sowie die Unterstützung seitens der EU für Reformprozesse in der Ukraine.

Außerdem das Abkommen regelt die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Energie-, Steuer-, Zoll- sowie Umweltschutzfragen. Durch das Assoziierungsabkommen verpflichtet sich die Ukraine, politische und wirtschaftliche Standards der EU innerhalb von zehn Jahren in der Ukraine zu implementieren. Dennoch wird in dem Dokument die Möglichkeit einer Mitgliedschaft der Ukraine in der EU nicht erwähnt.

Im Februar 2017 haben der Rat und das Europäische Parlament sich auf einem visumfreien Reisen ukrainischer Staatsangehöriger in den Schengen-Raum geeinigt. Am 11. Mai 2017 wurde eine Verordnung verabschiedet, mit der ukrainische Staatsangehörige bei Reisen in die EU von der Visumpflicht befreit werden, sofern sie sich höchstens 90 Tage in einem Zeitraum von 180 Tagen dort aufhalten.¹³²

Nach der Entscheidung ukrainischer Regierung im November 2013 wurden monatelange Proteste gegen den Kurs der Staatsführung von Präsident Janukowitsch und Ministerpräsident Mykola Azarov stattgefunden und auf dem ganzen Land verbreitet. Die Protestierende forderten die Wiedereinführung der Verfassung von 2004, vorgezogene Parlaments- und Präsidentenwahlen, eine unabhängige Justiz und die Bekämpfung der Korruption. Präsident Janukowitsch hat sich für Neuwahlen bereit erklärt. Dennoch hat das Parlament Janukowitsch seinen Amt enthoben und eine Übergangsregierung aufgestellt. Im Januar 2019 wurde Janukowitsch von ukrainischen Gericht zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, floh aber nach Russland wo er seit Februar 2014 bis heute bleibt. Ende Januar 2014 hat das ukrainische Parlament, die Verkhovna Rada ein Gesetzespaket zum Schutz der Gesellschaft vor einem Umsturz verabschiedet, nach welchem auch die Demonstrationen auf dem Majdan, die nunmehr als „Euromajdan“ firmieren, als ungesetzlich gelten. Im Mai 2014 die Ukraine hat vorgezogene Präsidentschaftswahlen abgehalten und Petro Poroshenko hat die Wahlen gewonnen.

¹³¹ Vgl. Beziehungen EU-Ukraine. Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, 10.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/ukraine/> (letzter Zugriff: 20.07.19)

¹³² Vgl. Beziehungen EU-Ukraine. Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, 10.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/ukraine/> (letzter Zugriff: 20.07.19)

Zu dieser Zeit in den südöstlichen Regionen der Ukraine wurden Proteste gegen neue Regierung begonnen. Einer der Gründe dafür war die Aufhebung im Februar 2014 des Status der russischen Sprache als regionale, der davor von der Rada im Gesetz „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik“ gesichert wurde.¹³³ Nach der Regierungswechsel hat die Verkhovna Rada der Ukraine dieses Gesetz als ungültig anerkannt. Auf rechtlicher Ebene wurden Fernsehen und Radio „ukrainisiert“, das Erlernen der russischen Sprache in Schulen wurde eingestellt und ect.¹³⁴

3.3.1 Krimkrise

Auch unter russischen öffentlichen Organisationen und ethnisch russischen Einwohnern der Krim sind Massenproteste gegen die neue Führung der Ukraine begonnen. Die Führung der autonomen Republik Krim weigerte sich, die Legitimität der neuen ukrainischen Regierung anzuerkennen. Laut einiger Politikwissenschaftler, die Stimmung der Einwohnern der Krim wurde durch den Informationsdruck und die Manipulation der öffentlichen Meinung seitens der russischen Medien geprägt. Am 21. Februar 2014 haben rund 2.000 Einwohner von Simferopol beim Gebäude des Obersten Rates der Krim den Beginn eines unbefristeten Protests gegen die Assoziation der Ukraine mit der EU angekündigt. Die Demonstranten haben eine schnellstmögliche Aufhebung der Autonomie unter der Gerichtsbarkeit von Kiew und anschließende Unabhängigkeit gefordert.¹³⁵ Am Stadtrand von Sewastopol wurden von dessen Bevölkerung befestigte Kontrollpunkte eingerichtet, um die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Diese Maßnahme wurde durch Gerüchte ausgelöst, wonach die in Russland verbotene Terrororganisation „Pravyj Sektor“ (Rechter Sektor) hunderte ukrainischer Nationalisten auf die Halbinsel überführen will, die zuvor als Schlagkraft der Euromaidan Revolution aufgetreten sind.¹³⁶

¹³³Ukrainskij krizis: xronika protivostoyaniya v sentyabre 2014 g. RIA Novosti, 02.09.2014. Online verfügbar unter: <https://ria.ru/20140902/1022461927.html> (letzter Zugriff: 09.07.2019)

¹³⁴Vgl. Brusenskaya, Irina: Vooruzhennyj konflikt na yugo-vostoke Ukrainy v kontekste primenimosti norm dejstvuyushhego mezhdunarodnogo prava, Nauchnoe soobshhestvo studentov XXI stoletiya. Obshchestvennye nauki: sb. st. po mat. XLII mezhdunar. stud. nauch.-prakt. konf. № 5(41), S.425. Online verfügbar unter: [https://si-bac.info/archive/social/5\(41\).pdf](https://si-bac.info/archive/social/5(41).pdf) (letzter Zugriff unter: 15.07.19)

¹³⁵ Vgl. Die Chronik der Ukraine-Krise, 19.06.2015. Online verfügbar unter: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article142742944/Die-Chronik-der-Ukraine-Krise.html (letzter Zugriff: 20.07.19)

¹³⁶ Vgl. Shevale, Ekaterina: Kak Krym voshyol v sostav Rossii: xronika sobytij. Argumenty i Fakty, 16.03.2015. Online verfügbar unter: http://www.aif.ru/politics/russia/kak_krym_voshyol_v_sostav_rossii_hronika_sobytij (letzter Zugriff: 20.07.19)

Eine Sonderposition hat der Medschlis des Volkes der Krimtataren¹³⁷ eingenommen, die behaupteten, die repräsentative Körperschaft der Krimtataren zu sein. Der Medschlis hat Massenaktionen zur Unterstützung der neuen ukrainischen Regierung organisiert, um das Gebäude des Obersten Rats zu blockieren und eine Entscheidung über ein Referendum über den Status der Krim zu verhindern. Parallel zu diesem Protest wurde ein Treffen der russischen Krimgemeinschaft stattgefunden, deren Aktivisten für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland aufgetreten sind. Es ist zu einem Konflikt zwischen den Demonstranten gekommen, bei dem 30 Menschen unterschiedlicher Schwere verletzt wurden, zwei Menschen sind gestorben.

Am 27. Februar 2014 sind Soldaten ohne Hoheitsabzeichen auf der Halbinsel Krim erschienen. Sie haben erklärt, dass sie die Rechte der ethnischen Russen auf der Krim beschützen wollen, haben strategisch wichtige Punkte besetzt, darunter das Regionalparlament, und haben eine neue Regionalregierung eingesetzt. Zunächst wurde von Russland eine Beteiligung eigener Soldaten bestritten.¹³⁸ Erst im April 2014 hat Russlands Präsident Wladimir Putin im Staatsfernsehen zugeben, dass es sich um russische Spezialeinheiten gehandelt hatte.¹³⁹ Am selben Tag wurde der Vorsitzende der Partei „Russkoje Jedinstwo“ (Russische Einheit), Sergei Aksenov, zum Premierminister der Krim ernannt. Das neue Autonomie-Parlament hat beschlossen, am 25. Mai 2014 ein Referendum über „die Verbesserung des Status und der Befugnisse der Region“ abzuhalten. Der Oberste Rat der Krim und der Stadtrat von Sewastopol haben ein Referendum über den Beitritt Russlands zu einem früheren Zeitpunkt, dem 16. März 2014 angekündigt.¹⁴⁰

In Sewastopol haben bewaffnete Personen in abzeichenloser Tarnung (russische Militärs) das Hauptquartier der Ukrainische Seestreitkräfte blockiert, das Gebäude wurde stromlos. Die im Dorf Perevalnoe stationierte 36. Brigade der Küstenstreitkräfte der Ukrainischen Streitkräfte, wurde ebenfalls blockiert. Bis zum Abend wurden das Hauptquartier der Regionalabteilung

¹³⁷ Der Medschlis des Krimtatarischen Volkes ist die zentrale Exekutivkörperschaft des Kurultai der Krimtataren. Vorsitzender des Medschlis war von 1991 bis 2013 Mustafa Dschemilew. Im Oktober 2013 hat das Amt Refat Tschubarow übernommen. Seit April 2016 ist der Medschlis in der Russischen Föderation als eine „extremistische Organisation“ anerkannt, seine Tätigkeit ist in Russland verboten.

¹³⁸ Vgl. Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.01.19. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas> (letzter Zugriff: 20.07.19)

¹³⁹ Vgl. Moskaus Staatsmedien berichten über russische Soldaten in der Ukraine, Zeit online, 05.09.14. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/russland-soldaten-ukraine-staatsfernsehen> (letzter Zugriff: 21.07.19)

¹⁴⁰ Vgl. Shevale, Ekaterina: Kak Krym voshyol v sostav Rossii: xronika sobytij. Argumenty i Fakty, 16.03.2015. Online verfügbar unter: <http://www.aif.ru/politics/russia/kak-krym-voshyol-v-sostav-rossii-hronika-sobytyi> (letzter Zugriff: 20.07.19)

Asowschwarzes Meer und die Grenzabteilung Simferopol des Grenzdienstes der Ukraine unblutig eingenommen, die Kontrolle über eine der ukrainischen Luftverteidigungsabteilungen im Gebiet von Kap Fiolent wurde ebenfalls hergestellt. Der Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes, Valentin Nalyvaichenko, hat berichtet, dass russische Militär die Arbeit der ukrainischen Sicherheitsbehörden auf der Krim vollständig blockiert haben. Das Referendum auf der Krim und sein darauffolgender Beitritt zu Russland hat die Lage in der Ukraine radikalisiert.¹⁴¹ Das Referendum auf der Krim und Sewastopol wurde am 16. März 2014 durchgeführt. Nach offiziellen russischen Angaben, mehr als 96% der Wählerinnen und Wähler haben sich für einen Beitritt zu Russland entschieden. Zwei Tage später, am 18. März, wurde in der St.-Georgs-Saal des Kremls ein Abkommen über den Beitritt der Krim und Sewastopols zu der Russischer Föderation unterzeichnet.¹⁴² Wladimir Putin hat in seiner Rede die Krim als „untrennbaren Teil von Russland“ bezeichnet. Die Halbinsel Krim und die Stadt Sewastopol wurden in der Folge in den Souveränitätsbereich der Russischen Föderation eingegliedert. Die auf der Krim lebende Bevölkerung wurde zu russischen Staatsbürgern erklärt. Weder die Volksabstimmung noch der Beitritt der Krim zu Russland werden bis heute international anerkannt.¹⁴³

Am 20. März verabschiedete die Staatsduma ein Gesetz zur Wiedervereinigung der Krim mit Russland. Kommandeure und Chefs von 72 auf der Halbinsel Krim stationierten Militäreinheiten, Institutionen und Schiffen des Verteidigungsministeriums der Ukraine, darunter 25 Schiffe der Hilfsflotte und sechs Kriegsschiffe der Seestreitkräfte der Ukraine, haben beschlossen, sich freiwillig dem Militärdienst der Russischen Föderation anzuschließen.

Am nächsten Tag hat Wladimir Putin das Gesetz zur Wiedervereinigung der Krim mit Russland untergezeichnet und hat der Ratifizierung des entsprechenden Vertrags zugestimmt. Er hat auch ein Dekret über die Schaffung des Föderationskreises Krim untergezeichnet. Am 28. März hat Verteidigungsminister Russlands Sergei Shoigu bekannt gegeben, dass «der organisierte Rückzug der Einheiten der ukrainischen Armee aus dem Hoheitsgebiet der Krim, die ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, weiterhin in den Streitkräften der Ukraine zu dienen, abgeschlossen ist».¹⁴⁴

¹⁴¹ Vgl. ebd.

¹⁴² Dogovor mezhdru Rossijskoj Federaciej i Respublikoj Krym o prinyatii v Rossijskuyu Federaciju Respubliki Krym i obrazovanii v sostave Rossijskoj Federacii novyx subekt, 18.03.14. Online verfügbar unter: <http://www.kremlin.ru/events/president/news/20605> (letzter Zugriff: 23.07.19)

¹⁴³ Vgl. Putin, Konstantinow, Aksenov i Chalyj podpisali dogovor o prinyatii v RF Respubliki Krym, TASS. Online verfügbar unter: <https://tass.ru/politika/1056269> (letzter Zugriff: 23.07.19)

¹⁴⁴ Shevale, Ekaterina: Kak Krym voshjol v sostav Rossii: xronika sobytij. Argumenty i Fakty, 16.03.2015. Online verfügbar unter: http://www.aif.ru/politics/russia/kak_krym_voshjol_v_sostav_rossii_hronika_sobytyi (letzter Zugriff: 23.07.19)

Gemäß der russischen Gesetzgebung es wurden im eingeschlossen Gebiete neue konstituierende Einheiten der Föderation gebildet - die Republik Krim und die Stadt von föderaler Bedeutung Sewastopol, die Russland als integralen Bestandteil ihres Territoriums ansieht. In den UN-Dokumenten und der Gesetzgebung der Ukraine wird das von Russland kontrollierte Territorium der Krim als vorübergehend besetzter Teil der Ukraine betrachtet.¹⁴⁵

Die Ukraine und die westlichen Länder betrachten die Ereignisse im Februar und März 2014 als die Annexion der Krim durch die Russische Föderation, während die Krim aus russischer Sicht, nach dem Referendum im März 2014 mit Russland wiedervereinigt wurde.¹⁴⁶ Welche konkreten Ziele Russland mit seiner Ukraine-Politik verfolgt, ist vielen Experten unklar. Bei seiner Rede über die Lage im Krim hat Wladimir Putin von der Wiederherstellung der Einheit eines historischen Russlands gesprochen, zu der er auch den Südosten der Ukraine gezählt hat. Somit wird die Souveränität der Ukraine von Russland in Frage gestellt.¹⁴⁷

Referendum auf der Krim und der darauffolgende Beitritt zu Russland haben die Lage in der Ukraine radikalisiert. Ein Teil der Bevölkerung im Südosten der Ukraine ist auf den Weg eines entscheidenden Kampfes angetreten um ihre Identität zu bewahren, indem er die Losung der Unabhängigkeit vorgebracht hat. Sie sind bereit, ihre Forderungen mit Gewalt zu verteidigen, was zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Land führte. Im selben Monat nach dem Referendum wurden in dem Südosten der Ukraine die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk ausgerufen. Daran waren nach Einschätzung von OSZE Experten auch ehemalige und aktive Mitglieder des russischen Militärgeheimdienstes GRU unmittelbar beteiligt. Nach diesen Angaben, ab August 2014 Russland hat auch reguläre Streitkräfte im Osten der Ukraine eingesetzt.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Vgl. Nervenkrieg um die Ukraine, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/ukraineconflikt.html> (letzter Zugriff: 24.07.19)

¹⁴⁶ Genassambleya OON prinyala rezolyuciyu v podderzhku territorialnoj celostnosti Ukrainy, TACC, 27.03.19. Online verfügbar unter: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/1079720> (letzter Zugriff: 25.07.19)

¹⁴⁷ Vgl. Snyder, Timothy: Europa und die Ukraine: Vergangenheit und Zukunft, Eurozine, 15.10.14. Online verfügbar unter: <https://www.eurozine.com/europa-und-die-ukraine-vergangenheit-und-zukunft/> (letzter Zugriff: 26.03.19)

¹⁴⁸ Vgl. end.

3.1.2 Bürgerkrieg im Südosten der Ukraine

Nach dem Führungswechsel in der Ukraine in den großen Städten des Ostteils des Landes haben sich „Anti-Majdans“ versammelt, die eine Ablehnung der Kiewer Führung und pro-russische Einstellungen (einschließlich Hoffnungen auf höhere russische Gehälter und Renten) und nicht zuletzt für Donbass relevante, akute anti-oligarchische Rhetorik beinhaltet haben.

Einige Politikwissenschaftler glauben, dass die Idee der Abspaltung von der Ukraine (des Separatismus selbst) im Osten des Landes sich genau nach dem Beitritt der Krim zu Russland verbreitet haben.¹⁴⁹

Konflikt im Südosten der Ukraine hat sich im Rahmen gewalttätigen Ausschreitungen zwischen dem westlich-orientierten und dem pro-russischen Bevölkerungsanteil entwickelt. Pro-russische Separatisten und ukrainische Militärs bekämpfen sich bis heute. Beiden Seiten wird vorgeworfen, dass diese militäre Unterstützung von anderen Ländern bekommen. So hat Russland der Ukraine vorgeworfen, von den USA und NATO unterstützt zu werden. Die Ukraine und andere UNO-Mitgliedstaaten werfen Russland vor, während des Krieges im Südosten der Ukraine beteiligt zu sein und die Lage in der Ukraine zu destabilisieren. Brandherde des Konflikts waren die Städte Donezk, Lugansk, Odessa, Charkow, Slawjansk und Dorf Gorlovka in Donbass. Während der Konflikt in den Städten Odessa, Charkow, Slawjansk gelöscht wurde, dauern die Unruhen in Donezk, Lugansk und im Donbass Gebiet bis heute.¹⁵⁰

Russland wird vorgeworfen, dass im Südosten der Ukraine wie auf der Krim, von Russland her kommende Sondertruppen beteiligt sind. Der Krieg im Südosten gehe nicht von den Donbass-Bewohnern selbst, sondern von russischen bewaffneten Einheiten aus. Beteiligung eigener Truppen im Südosten der Ukraine wird von Russland jedoch bestritten.

Am 11. Mai 2014 haben pro-russische Separatisten ein Referendum für die Abspaltung der Ukraine in Donezk und Lugansk initiiert. Nach den Ergebnisse des Referendums es wurden die sogenannte Volksrepublik Donezk ausgerufen, der die sogenannte Volksrepublik Luhansk folgte. Daran waren nach Einschätzung von Beobachtern auch ehemalige und aktive Mitglieder des russischen Militärgeheimdienstes GRU unmittelbar beteiligt.¹⁵¹

¹⁴⁹ Vgl. Portnov, Andrej: kak nachinalas vojna na vostoce Ukrainy, Rossiya segodnya 22.01.2016. Online verfügbar unter: <https://inosmi.ru/politic/20160122/235133102.html> (letzter Zugriff: 26.07.19)

¹⁵⁰ Vgl. Nervenkrieg um die Ukraine, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt.html> (letzter Zugriff: 29.07.19)

¹⁵¹ Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.01.19. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas> (letzter Zugriff: 29.07.19)

Nach dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Donbass hat die Verkhovna Rada der Ukraine Resolutionen verabschiedet, in denen das Vorgehen Russlands auf der Krim und im Südosten des Landes als „militärische Aggression“ definiert wurden, und Russland wurde dementsprechend als „Angreiferland“ anerkannt.¹⁵² Das ukrainische Parlament hat seit Januar 2015 die Milizen im Südosten des Landes rechtlich mit den Terroristen gleichgestellt.

Seit Beginn des Konflikts im Südosten war die Weltgemeinschaft in der Friedenssicherung aktiv. Die Lage im Region wird regelmäßig durch die OSZE¹⁵³ kontrolliert. Die OSZE fungierte als Vermittler in diesem Konflikt und durch diese Organisation wurden Waffenstillstandsabkommen (Minsk I und Minsk II) abgeschlossen, die in der belarussischen Hauptstadt Minsk unterzeichnet wurden. Weitere Informationen zu diesen Abkommen wurden in Abschnitt 3.4 des Kapitels 3 erwähnt.

Anfang September 2014 wurde mit dem Protokoll von Minsk („Minsk I“) ein brüchiger Waffenstillstand in Kraft getreten, welcher von der OSZE Kontaktgruppe überwacht wurde. Dennoch wurde der Waffenstillstand nicht eingehalten. In einem Zeitraum bis Mitte Dezember 2014 sind 1300 Bewaffnete und Zivilisten verstorben. Im Februar 2015 wurde ein erneuerter Waffenstillstandsvertrag Minsk II in Kraft getreten, dennoch konnte die OSZE Kontaktgruppe kein tatsächlichen Waffenstillstand fixieren. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Großteil der schweren Waffen von der Frontlinie abgezogen, deren Verbleib konnte von der OSZE jedoch nur auf ukrainischer Seite verfolgt werden. Ab dem 1. September 2015 war ein von der OSZE nochmals vereinbarter Waffenstillstand bis Anfang November eingehalten worden, danach wurde der Konflikt fortgesetzt. Im Juni und Juli 2016 wurde die Opferzahlen auf den höchsten Stand innerhalb eines Jahres aufgestiegen. Im Dezember 2018 hat die OSZE-Kontaktgruppe allein vom 10. bis 23. Dezember 2018 rund 13.600 Verstöße gegen den Waffenstillstand auf beiden Seiten der Front fixiert.¹⁵⁴

Nach offiziellen Angaben der OSZE, mehr als 10.000 Menschen sind seit dem Jahr 2014 in diesem Krieg ums Leben gekommen. Nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes haben im Sommer 2018 rund 3,4 Millionen Menschen humanitäre Hilfe bekommen. Etwa 2,8 Millionen

¹⁵² Baca, Denis: *Politika Ukrainy v otnoshenii Rossii na sovremennom etape*. Diplomaticeskaya akademiya MID Rossii, Moskva, 2017. S.57

¹⁵³ OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die OSZE ist die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation mit 57 teilnehmenden Staaten. Die OSZE Sitz befindet sich in Wien. Durch OSZE wird eine Reihe spezifischer Institutionen, Instrumente und Feldmissionen eingesetzt, um sich auf der Grundlage eines umfassenden Katalogs politischer Verpflichtungen, der Sicherheitszusammenarbeit und Konfliktprävention zu widmen.

¹⁵⁴ Vgl. *Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas*, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.01.19. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas> (letzter Zugriff: 29.07.19)

Menschen wurden zur Flucht aus dem Osten der Ukraine gezwungen, davon sind 1,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Auch im weiteren Zeitraum bis Mitte 2019 wurden Soldaten und Zivilisten verstorben und Einsatz schweren Waffen fixiert. Im Sommer 2019 haben die Konfliktparteien und der Vermittlung OSZE eine neue unbefristete Waffenruhe vereinbart. Der unbefristeter Waffenstillstand zwischen den Regierungstruppen und den prorussischen Separatisten ist am 21. Juli 2019 in Kraft getreten.¹⁵⁵ Erst vor wenigen Tagen hatten beide Seiten ihre Truppen in dem Gebiet zurückgezogen. Zudem es wurde im Rahmen des Waffenstillstands die Reparatur und Nutzung einer Brücke im Ort Stanyzja Luhanska vereinbart. Diese ist der einzige Übergang zwischen Regierungs- und Separatistengebiet in der Region Luhansk. Nach den Orten Solote und Petriwske, es ist der dritte Testabschnitt für eine Entmilitarisierung. In der Frage des den geplanten Austausch von etwa 280 Gefangenen haben sich zwei Seiten des Konflikts noch geeignet.¹⁵⁶ Am 21. Juli 2019 wurden vorgezogene Parlamentswahlen durchgeführt. Die Partei „Sluha Narodu“¹⁵⁷ (Diener des Volkes) des im April 2019 neugewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ist zum ersten Mal bei den Wahlen angetreten und als stärkste Partei hervorgegangen.¹⁵⁸

3.2 Die EU und der russisch-ukrainische Konflikt

Die politische Krise in der Ukraine im Jahr 2014 hat nicht nur zu einer Delegitimierung der Macht, sondern auch zu einer tiefen Spaltung innerhalb des Landes und der Gesellschaft geführt. Der Ukraine droht die Spaltung. Diese Spaltung war die Apotheose für die Auseinandersetzung zwischen der EU und Russland im postsowjetischen Raum und ein Ergebnis der Konkurrenz zwischen zwei Integrationsprojekten: Dem EU-Projekt der Östlichen Partnerschaft und dem russischen Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).¹⁵⁹

¹⁵⁵ Vgl. Sensaciya v Donbasse: obyavleno bessrochnoe peremirie, otdel politika, gazeta.ru, 17.07.19. Online verfügbar unter: https://www.gazeta.ru/politics/2019/07/17_a_12506647.shtml?updated (letzter Zugriff: 29.07.19)

¹⁵⁶ Vgl. Konfliktparteien vereinbaren neuen Waffenstillstand, Zeit online, 17.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-07/ostukraine-waffenstillstand-osze-donezk-luhansk-russland> (letzter Zugriff: 29.07.19)

¹⁵⁷ Vgl. Parlamentswahl in der Ukraine, Bundeszentrale für politische Bildung, 25.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/294069/parlamentswahl-in-der-ukraine> (letzter Zugriff: 30.07.19)

¹⁵⁸ Vgl. Präsidentenpartei erreicht wohl absolute Mehrheit. Spiegel Online, 22.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-wahl-praesidentenpartei-reklamiert-absolute-mehrheit-a-1278416.html> (letzter Zugriff: 30.07.19)

¹⁵⁹ Vgl. Smirnov A.: Sovremennyj ukrainskij krizis i otnosheniya rossijskoj Federacii i evropejskogo Soyuzu v kontekste obespecheniya evropejskoj bezopasnosti; Kazachestvo. 2016. №6 (19), S.22. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/sovremennyy-ukrainskiy-krizis-i-otnosheniya-rossiyskoj-federatsii-i-evropejskogo-soyuzu-v-kontekste-obespecheniya-evropejskoj> (letzter Zugriff: 30.07.19).

Aufgrund der Ukraine-Krise sind heutzutage die Beziehungen zwischen der EU und Russland verschlechtert und an einem Tiefpunkt angelangt. Die Auseinandersetzungen westlich-orientierter und dem pro-russischer Bevölkerung in der Ukraine haben das Land in die Krise gestürzt. Wegen ihrer geopolitischen Lage hat die EU, sowie auch Russland nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Interesse. Heutzutage hat das Thema wie die Ukraine-Krise heiße Debatte in der Gesellschaft getroffen. Über einen langen Zeitraum bleibt dieses Thema in den Schlagzeilen, wo Einschätzungen und Friedenssicherungsvorschläge von Wissenschaftler und Politiker dargestellt werden. Nach der Initiative von zahlreichen Politikwissenschaftler es wurde Anfang Dezember 2014 ein Appell unter dem Titel „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“, der an die Mitglieder des Deutschen Bundestages ausgerichtet wurde. Der Appell hat zu einem Ausgleich und Dialog mit Russland im Kontext der Ukraine-Krise aufgerufen. Diese Forderung hat aber keine Unterstützung gefunden und wurde insbesondere von aktiven Wissenschaftler mit dem Aufruf „Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung“ kritisiert, indem Russland als eindeutiger Aggressor identifiziert wurde. In Anbetracht der genannten Debatten scheint ein „kühler Kopf“ aus wissenschaftlicher und politikberatender Perspektive angebracht. Aus diesem Grund ist die Entwicklung der Beziehungen im Zeitpunkt seit der Ukraine-Krise bereits wieder stärker in den Fokus der Analyse gezogen.

Die Ukraine-Krise hat gezeigt, dass die EU interessiert ist, den Staaten der Östlichen Partnerschaft nicht nur attraktive Kooperationsangebote zu machen, sondern sie aufgrund eigener EU-Interessen aktiv zu involvieren und zu unterstützen. Diese Krise hat deutlich gemacht, dass die EU und Russland in der gemeinsamen Nachbarschaftspolitik in einer Integrationskonkurrenz befinden.¹⁶⁰

Im Gegensatz zur Kaukasuskrieg von 2008, der von der Konfrontation zwischen Russland und der NATO geprägt wurde, hat der Konflikt in der Ukraine als ein Konflikt zwischen der EU und Russland, oder vielmehr als Konkurrenz zwischen ihren Integrationsprojekten begonnen. In beiden Strategien wurde der Ukraine ein zentraler Platz eingeräumt.

Es können verschiedene Bezugspunkte in den wachsenden Widersprüchen zwischen Russland und der EU erwähnt werden: Insbesondere die Weigerung der Ukraine, ein Assoziierungsabkommen mit der EU abzuschließen - eine Entscheidung, die Kiew im November 2013 auf dem Gipfel in Vilnius getroffen hat. Möglicherweise ereignete sich der Wendepunkt im Jahr 2012,

¹⁶⁰ Vgl. Böttger, Katrin: Die EU-Russland-Beziehungen: Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise, Berlin, Integration – 3/2015, S.204. Online verfügbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/B%C3%B6ttger-EU-Russland-Beziehung.pdf> (letzter Zugriff: 31.07.19)

als Moskau den Vektor seiner Entwicklung von europäisch zu eurasisch änderte und nicht wollte, dass die Ukraine ohne Russland mit Europa kooperiert.¹⁶¹

Sowohl das vor zehn Jahren in Prag gestartete Projekt der Östlichen Partnerschaft (EAP) der EU als auch das von Wladimir Putin im Jahr 2011 vorgelegte Konzept der Eurasischen Union (EAC) hatten unvereinbare politische Ziele.

Das erste Ziel ist die Annäherung der EU und ihrer östlichen Partner (Ukraine, Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und unter bestimmten Bedingungen Weißrussland) an europäische Normen und Standards, der das Assoziierungsabkommen dienen sollten. Das Erscheinen dieses Projekts in der EU war eine Reaktion Brüssels auf die Mängel der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Entstehung dieses Projekts in der EU war eine Reaktion Brüssels auf die Nachteile der Europäischen Nachbarschaftspolitik.¹⁶²

Seit 2010 es wurde über die Aufnahme der Ukraine in die Zollunion verhandelt. Am 31. Mai 2013 hat die Ukraine eine Kooperationsvereinbarung mit der Zollunion untergezeichnet, folgte jedoch im Allgemeinen der Politik der Annäherung an die Europäische Union. Die russische Führung hat ihre Besorgnis über den Beitritt der Ukraine zur Assoziation mit der EU vor allem mit wirtschaftlichen Gründen und einem möglichen Schaden für die russisch-ukrainische wirtschaftliche Zusammenarbeit begründet.

Einige Statistische Daten deuten jedoch auf eine offenbare Übertreibung dieser Besorgnis hin. Ende 2013 lag die Ukraine im Außenhandel Russlands an fünfter Stelle, was damals 4,7% des Außenhandelsumsatzes Russlands ausgemacht hat. Der Außenhandel mit der Ukraine ist seit 2011 zurückgegangen, wobei sowohl die Ausfuhren der Russischen Föderation, als auch die Einfuhren aus der Ukraine zurückgingen. Der Export aus Russland ist von 29,1 Mrd. USD im Jahr 2011 auf 23,2 Mrd. USD im Jahr 2013 zurück (-20,3%) zurückgegangen. Der Import aus der Ukraine in die Russische Föderation ging von 19,8 Mrd. USD im Jahr 2011 auf 15,1 Mrd. USD im Jahr 2013 zurück (-27,3%).¹⁶³

Die Weigerung von Janukowitsch und Asarow, ein Abkommen zu unterzeichnen, das im Sommer 2012 von ihrer eigenen Regierung gemäß dem ukrainischen Gesetz über die europäische Integration paraphiert wurde, war offensichtlich keine völlig autonome Entscheidung. Vieles deutet darauf hin, dass der sich in den letzten Monaten rapide wachsende russische Druck auf

¹⁶¹ Vgl. Arbatova, Nadezhda: Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, Institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, 2014, S.8. Online verfügbar unter: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf (letzter Zugriff: 31.07.19)

¹⁶² Vgl. Ebd. S.14

¹⁶³ Ukraine Allgemeine Informationen, Außenwirtschaftsinformationsportal, Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation, Online verfügbar unter: www.ved.gov.ru/exportcountries/ua/ua.../ua_ru_trade/ (letzter Zugriff: 01.08.19)

Kiew eine bedeutende Rolle gespielt hat, ja womöglich die schockierende Schlagkraft für die negative Reaktion der ukrainischen Intelligenz, der westlichen Diplomaten, Politiker und Experten der ukrainischen EU-Regierung war. Deutscher Politikwissenschaftler Andreas Umland ist der Meinung, dass Präsident Putin ganz offensichtlich wollte, dass die Ukraine anstatt einer Assoziierung mit der EU, die Zusammenarbeit im Rahmen der Zollunion bzw. künftigen Eurasischen Union mit Russland, Belarus und Kasachstan führt.

Im August 2013 hat Russland der Ukraine kurz demonstriert, mit welchen Konsequenzen im Falle einer Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zu rechnen ist. Infolge einer zuvor nicht angekündigte Verschärfung der Zollkontrollen an der russisch-ukrainischen Grenze, wurden fast alle ukrainischen Exporte nach Russland für fünf Tage gestoppt.

Die Verluste sowohl der ukrainischen Exporteure als auch der russischen Importeure wurden in Millionen Dollar gemessen. Seither haben offizielle Repräsentanten Russlands weitere offene Warnungen und versteckte Drohungen ausgesprochen, falls die Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet.

Das russische Potential, den Druck auf die Ukraine auszuüben, ergibt sich aus den asymmetrischen russisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen. Nach Angaben der Welthandelsorganisation (WTO) beträgt der Anteil der Ukraine am russischen Import rund um 5,5%. Darüber hinaus könnte Russland die ukrainischen Importe bei Bedarf problemlos durch Waren aus anderen Ländern oder durch die Eigenproduktion ersetzen. Dahingegen, ging rund ein Viertel des ukrainischen Export nach Russland (vergleichbar mit dem Anteil des Exports in die EU) und ein Drittel des Exports ging in alle Länder der Zollunion.

Die meisten von der Ukraine nach Russland exportierten Waren, wie bsw. verschiedene technische Anlagen und Ausrüstungen, könnten nicht ohne teure Modernisierung ihren Produktionsmethoden und verbesserte Qualitätsanpassungen auf anderen Märkten abgesetzt werden. Daher waren ganze Branchen der ukrainischen Industrie mehr oder weniger vom russischen Markt abhängig. Darüber hinaus, damals war die Ukraine von Rohstoff-, insbesondere Gaslieferungen aus Russland abhängig. Außerdem hat Vladimir Putin, so wie während der JUKOS-Affäre 2004 oder des Georgienkrieges 2008 gezeigt, dass für ihn im Zweifelsfall ökonomische Kalkulationen manchmal zweitrangig sind.

Politikwissenschaftler Andreas Umland ist der Meinung, dass die EU am Anfang der Ukraine-Krise nicht bereit war, als tatsächlicher Partner der Ukraine zu agieren und die daraus resultierende Verantwortung zu übernehmen. Demnach, heutige Spannungen in den russisch-ukrainischen Beziehungen wurden von der EU-Politik der Östlichen Partnerschaft verursacht.¹⁶⁴

Die EU hat ihrerseits ein Fehler gemacht, Russland - den wichtigen EU-Partner, aus dem Projekt der Östlichen Partnerschaft auszuschließen. Wenn Russland eingeladen worden wäre und sich selbst von einer Teilnahme geweigert hätte, wäre es seine eigene Wahl, dann wäre es zweifellos, dass Russland von der EU vermeidert wird. Brüssel stützte sich bei seiner Herangehensweise an die östlichen Partner auf seine Erfahrungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und im Baltikum, für deren Völker die europäische Identität und der europäische Entwicklungspfad völlig selbstverständlich waren. In den Ländern der Östlichen Partnerschaft und vor allem in der Ukraine, war die Situation anders.

Ein Teil der Bevölkerung war traditionell auf eine Integration mit der EU eingestellt, ein anderer Teil war traditionell pro-russisch. Ein Fehler der EU bestand darin, einer gespaltenen und unvorbereiteten Gesellschaft eine Entscheidung aufzuzwingen.¹⁶⁵

Die Spannungen in der Ukraine haben zu einem gegenseitigen „Sanktionskrieg“ und zu einer Einschränkung der praktischen Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland geführt, der nicht nur für ihre wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch für ihre politischen Beziehungen von großer Bedeutung war. Ein Grund dafür ist, dass es in Russland und in der EU (wie im Westen insgesamt) zwei direkt entgegengesetzte Ansichten zu den dramatischen Ereignissen in der Ukraine gibt.

Aus Sicht Moskaus versuchte die EU durch das Assoziierungsabkommen, die Ukraine von Russland und den Integrationsstrukturen der GUS zu trennen, sie ihren finanziellen und wirtschaftlichen Standards zu unterwerfen und das postsowjetische wissenschaftliche, technische und industrielle Potenzial der Ukraine zu zerstören. Russland zufolge sollte die Ukraine künftig in die NATO aufgenommen werden, um dort die amerikanische Flotten- und Raketenabwehrbasis zu stationieren.¹⁶⁶ Als Reaktion auf die Schaffung nationalistischer bewaffneter Gruppen, Drohungen und diskriminierender Gesetzgebungsakte der neuen illegalen Regierung in der

¹⁶⁴ Vgl. Andreas Umland, Jakob Mischke: Die EU und der russisch-ukrainische Konflikt, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien, 2014. Online verfügbar unter: <https://www.iwm.at/transit-online/die-eu-und-der-russisch-ukrainische-konflikt/> (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁶⁵ Vgl. Arbatova, Nadezhda: Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, Institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, 2014, S.14. Online verfügbar unter: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁶⁶ Vgl. ebd. S.18

Ukraine, hat die Bevölkerung auf der Krim ihr international anerkanntes Recht auf Selbstbestimmung ausgeübt und sich mit ihrem historischen Heimatland vereinigt. Außerdem, Kreml ist der Meinung, dass die Referenden in den Regionen Donezk und Lugansk den Wunsch der Bevölkerung der südöstlichen Gebiete der Ukraine zur Selbstbestimmung dargestellt haben, wurden jedoch von einer strafende militärische Operation der illegalen temporären Regierung in Kiew verursacht.

In den Ländern Europas, die der NATO und der Europäischen Union angehören, herrscht eine völlig andere Interpretation der Ereignisse vor. Es besteht darin, dass das ukrainische Volk das korrupte Regime von Präsident Janukowitsch gestürzt hat, nachdem er auf Druck Moskaus ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union abgelehnt hatte. Damit haben die Ukrainer ihre Entscheidung für den demokratischen europäischen Entwicklungspfad bestätigt. Russland hat daraufhin die Krim annektiert und sich auf den Weg gemacht, bewaffnete Separatisten in Donezk und Lugansk zu unterstützen.

Aus der Sicht der EU-Ländern, Moskaus Ziel besteht darin, das Land vor einem weiteren Zusammenbruch zu bewahren und die neu gewählte demokratische Führung Kiews entweder zu unterwerfen oder zu stürzen. Demnach, die Unterstützung der Separatisten in den östlichen Regionen der Ukraine ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer gewaltsamen Eroberung der „russischen Welt“ durch Moskau. Mit Sanktionen will die EU Moskau für die Krim bestrafen und dazu zwingen, die Unterstützung der ukrainischen Rebellen einzustellen, damit Kiew die Regierung über das Land wiedererlangen kann.¹⁶⁷

Dr. Kai-Olaf Lang, Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU und Dr. Barbara Lippert, Forschungsdirektorin der SWP an dem Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit sind der Meinung, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland aufgrund der Ukraine-Krise überarbeitet werden müssen. Aus diesem Sicht, muss die EU ihre Russlandpolitik an den Eckpunkten des großen ostpolitischen Zieldreiecks ausrichten: stabile gesamteuropäische oder regionale Ordnung, Kooperation als bestimmender Handlungsmodus und Verfolgung einer transformativ wie normativ angelegten Politik der Unterstützung von Reformen. Um politisch glaubwürdiger zu sein, muss die EU dieser Trias Geltung folgen.¹⁶⁸

¹⁶⁷ Vgl. Arbatova, Nadezhda: Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, Institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, 2014, S.19. Online verfügbar unter: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁶⁸ Vgl. Lang, Kai-Olaf; Lippert, Barbara: Optionen der EU für den Umgang mit Russland und den östlichen Partnerländern: "kooperative Konfrontation" als Richtschnur über den Riga-Gipfel hinaus, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, SWP-Aktuell, 43/2015, S.3. Online verfügbar unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/43127> (letzter Zugriff: 01.08.19)

Einige russische Experten glauben, dass die Ukraine-Krise bewiesen hat, dass Russland bereit ist, über bestimmte wichtige Themen in einem multilateralen Format zu verhandeln (zum Beispiel das Dreieck EU-Ukraine-Russland). Demnach, als das EU-Programm der Östlichen Partnerschaft und die russischen Integrationsprojekte (die Zollunion und später die Eurasische Wirtschaftsunion) gleichzeitig gestartet sind, es wurde offensichtlich, dass es nur zwei Szenarien für die Entwicklung der Beziehungen gibt, Integration oder weitere Konfrontation.

Russland hat ihrer Meinung nach die Integration befürwortet.¹⁶⁹

Als Grundlage für weitere Gestaltung der Beziehungen mit der EU, hat die russische Führung die Idee einer neuen zwischenstaatlichen Union im Raum des Atlantischen und Pazifischen Ozeans, einschließlich eines einzigen Wirtschaftsraums entwickelt. Laut russischer Politikwissenschaftler, die EU hat die geplante Ausweitung ihres Einflusses in Osteuropa dem Aufbau eines „Größeren Europas“ vorgezogen. Die Ukraine, deren Meinung nach, bleibt für die EU als eine Pufferzone, da die EU immer noch nicht bereit ist, der Ukraine den Beitritt in die Union anzubieten. Die systematische Weigerung der EU, die russischen Interessen in der Ukraine zu berücksichtigen, machte die Krise unvermeidlich. Aus deren Sicht, Majdan-Proteste, der Sturz Janukowitschs Regierung, die Krim-Annexion, und die Referenden über den Status der östlichen Regionen der Ukraine (Donetsk und Lugansk) sind Teile in dieser Kette.¹⁷⁰

Was die Zukunft der bilateralen Beziehungen angeht, so ist es offensichtlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU auch bei dem günstigsten Szenario niemals gleich sein werden. Die friedliche Lösung der Ukraine-Krise wird die Beziehungen kaum wieder auf das Niveau der Partnerschaft der letzten Jahrzehnte bringen.

In diesem Falles besteht die Hoffnung, dass einige der wichtigsten Interaktionskanäle zwischen den beiden Akteuren beibehaltet werden. US-amerikanischer Politikwissenschaftler Robert Legvold hat betont, dass «the crisis in Ukraine has pushed the two sides over a cliff and into a new relationship, one not softened by the ambiguity that defined the last decade of the post–Cold War period, when each party viewed the other as neither friend nor foe. Russia and the West are now adversaries».¹⁷¹

¹⁶⁹ Vgl. Smirnov A.: Sovremennyj ukrainskij krizis i otnosheniya rossijskoj Federacii i evropejskogo Soyuzu v kontekste obespecheniya evropejskoj bezopasnosti; Kazachestvo. 2016. №6 (19), S.22. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/sovremennyj-ukrainskiy-krizis-i-otnosheniya-rossijskoj-federatsii-i-evropejskogo-soyuzu-v-kontekste-obespecheniya-evropejskoj> (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁷⁰ Vgl. ebd., letzter Zugriff: 01.08.19

¹⁷¹ Legvold, Robert: Managing the New Cold War. Foreign Affairs, July/August 2014, S.75. Online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/280978634_Managing_the_New_Cold_War (letzter Zugriff: 01.08.19)

Russische Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Abteilung European Policy Studies der Russischen Akademie der Wissenschaften, Nadezhda Arbatova glaubt, dass die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland für viele Jahre eingefroren sein wird. Die strategische Partnerschaft kann nur in einem Fall wiederaufgebaut werden, wenn Russland auf den „europäischen Weg“ zurückkehrt.

Die Ukraine-Krise hat ermöglicht, das Problem der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland, die vier gemeinsame Räume in den Bereichen Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit, Wissenschaft und Kultur proklamierte, hat aber die Aspekte der Mitwirkung mit anderen GUS-Staaten vermeidet. Infolgedessen wurde die strategische Partnerschaft zwischen Russland und der EU in diese harte Realität gestürzt. Dies ist eine Lehre, die sowohl Russland als auch die Europäische Union aus der Ukraine-Krise ziehen sollten.¹⁷²

3.3 Politische Sanktionen der EU gegen Russland

Auf die rechtswidrige Annexion der Krim, hat die EU seit März 2014 schrittweise restriktive Maßnahmen gegen Russland verhängt. Restriktive Maßnahmen oder „Sanktionen“ sind ein wichtiger Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU.

Sie werden von der EU als Teil eines ganzheitlichen und umfassenden politischen Konzepts verhängt, zu dem der politische Dialog, die Anwendung sonstiger verfügbarer Mittel und der damit verbundenen Anstrengungen gehören.

Sanktionen der EU haben das Ziel, die Politik oder den Handel derjenigen ändern, gegen die sich die Maßnahmen richten. Für diejenigen, die nicht für die Politik oder die Handlungen, die zur Verhängung von Sanktionen geführt haben und dafür nicht verantwortlich sind, werden die Sanktionen mit Rücksicht darauf konzipiert nachteilige Konsequenzen möglichst gering zu halten. Die EU strebt nach Verminderung den Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung vor Ort oder auf rechtmäßige Aktivitäten in oder mit dem betroffenen Land.

Die von der EU verhängte restriktiven Maßnahmen entsprechen den völkerrechtlichen Verpflichtungen, sowie den Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Mit der Annahme von restriktive Maßnahmen, die EU verfolgt mehrere Zielen.¹⁷³ Dazu zählen:

¹⁷² Vgl. Arbatova, Nadezhda: Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, Institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, 2014, S.19. Online verfügbar unter: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁷³ Vgl. Sanktionen: Wann und wie die EU restriktive Maßnahmen verhängt, Rat der Europäischen Union, 07.03.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/> (letzter Zugriff: 01.08.19)

- Wahrung der Werte, der grundlegenden Interessen und der Sicherheit der EU
- Friedenserhaltung
- Festigung und Förderung von Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, den Menschenrechten und den Grundsätzen des Völkerrechts
- Verhütung von Konflikten und Stärkung der internationalen Sicherheit¹⁷⁴

Als Reaktion auf die rechtswidrige Annexion der Krim und die bewusste Destabilisierung der Ukraine, hat die EU verschiedene Arten von restriktiven Maßnahmen gegen Russland verhängt. Das sind verschiedene diplomatische Maßnahmen, Reisebeschränkungen und Einfrieren von Vermögenswerten gegen einzelne Personen und Einrichtungen, Wirtschaftssanktionen, Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen zur Krim und zu Sewastopol, Beschränkungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den sektoralen Austausch mit Russland.¹⁷⁵

Durch die Sanktionen bemüht sich die EU die aktuelle Krise zu deeskalieren und die Bevölkerung in der Ukraine zu unterstützen, in dem eine stabile und demokratische Zukunft in Wohlstand gewährleistet wird. Dabei stürzt sich die EU auf eine vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen, die als Basis für eine nachhaltige politische Lösung des Konflikts im Südosten der Ukraine dienen.

Am 3. März 2014 hat sich der Europäische Rat auf erste diplomatische Maßnahmen als Reaktion auf das Vorgehen Russlands in der Ukraine geeinigt. Im Rahmen des außerordentlichen Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ über die Lage in der Ukraine, haben die EU und die der G8 angehörenden Mitgliedstaaten beschlossen, die Vorbereitungen für den G8-Gipfel in Sotschi im Juni auszusetzen, und befassten sich mit möglichen Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland.¹⁷⁶ Statt des G8-Gipfels in Sotschi es wurde am 4. und 5. Juni 2014 ein G7-Treffen in Brüssel stattgefunden. Bilaterale Verhandlungen mit Russland über Visaangelegenheiten sowie über das neue Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland wurden eingefroren. Weitere diplomatische Maßnahmen be-

¹⁷⁴ Sanktionen: Wann und wie die EU restriktive Maßnahmen verhängt, Rat der Europäischen Union, 07.03.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/> (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁷⁵ Vgl. Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/06/17/annexation-crimea-sevastopol-eu-extends-sanctions/> (letzter Zugriff: 02.08.19)

¹⁷⁶ EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, Europäische Union Nachrichten. Online verfügbar unter: https://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu-sanctions-against-russia-over-ukraine-crisis_de (letzter Zugriff: 02.08.19)

stehen darin, dass die EU-Staaten die Aussetzung der Verhandlungen über den Beitritt Russlands zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und zur Internationalen Energieagentur (IEA) unterstützt haben.¹⁷⁷ Nach der Krim-Annexion hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats, Russland im Jahr 2014 das Stimmrecht entzogen. Seither die russische Delegation hat sich geweigert, in der Versammlung mitzuarbeiten. In den letzten zwei Jahren hat Russland seine finanziellen Beiträge nicht mehr gezahlt. Ende Juni 2019 wurde die Rückgabe des entzogenen Stimmrechts an Russland im Europarat erfolgt. Aus Protest gegen die Rückkehr Russlands in die Europaratsversammlung hat die Ukraine ihre Mitarbeit dort ausgesetzt. Diese Entscheidung wurde aber mit viel Kritik seitens der Ukraine und baltischen Ländern getroffen.¹⁷⁸

Was der restriktiven Maßnahmen und Personenlistungen angeht, hat die EU sich geeignet, noch im März 2014 mit dem Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbote für Personen, die für die Veruntreuung staatlicher Vermögenswerte der Ukraine verantwortlich sind, zu beginnen. Die EU hat auf die rechtswidrige Annexion kritisch reagiert und hat am 17. März 2014, ein Tag später nach dem Referendum über den Status der Krim, dem Beschluss 2014/145/GASP¹⁷⁹ erste Reiseverbote sowie das Einfrieren von Vermögenswerten gegen 21 russischen Amtsträger eingeführt, die in Handlungen gegen die territoriale Integrität der Ukraine involviert waren.¹⁸⁰ Zwischenzeitlich wurde die Einreise in die Mitgliedstaaten der EU 151 Personen verweigert. Nach den Parlamentswahlen auf der Krim und in Sewastopol hat die EU das Einreiseverbot um weitere 6 Personen erweitert, die Abgeordnete der Krim sind. Am 31.7.2018 hat die EU die Sanktionsliste um 6 am Bau der Kertsch-Brücke beteiligte Stellen, nach den Wahlen in der Volksrepublik Donezk und Luhansk um 9 an den Wahlen beteiligte Personen ergänzt. Am 15.3.2019 hat der EU-Rat mit dem Beschluss (GASP) 2019/415¹⁸¹ die Sanktionsliste um 8 weitere russische Beamte erweitert. Zu den sanktionierten Beamten zählen

¹⁷⁷ Vgl. Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/06/17/annexation-crimea-sevastopol-eu-extends-sanctions/> (letzter Zugriff: 02.08.19)

¹⁷⁸ Vgl. Ukraine setzt Mitarbeit aus. Russland wieder im Europarat, 25.06.19. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europarat-russland-113.html> (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁷⁹ Beschluss 2014/145/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, Amtsblatt der Europäischen Union 17.03.2014. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:078:0016:0021:DE:PDF> (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁸⁰ Vgl. Press Release 3304th Council meeting Foreign Affairs, Council of the European Union, 17.03.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/28722/141614.pdf> (letzter Zugriff: 01.08.19)

¹⁸¹ Beschluss (GASP) 2019/415 des Rates zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, 14.03.19. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:32019D0415> (letzter Zugriff: 01.08.19)

der Leiter und der stellvertretende Leiter der Grenzverwaltung des russischen föderalen Sicherheitsdienstes für die Republik Krim und die Stadt Sewastopol, drei Kommandanten russischer Grenzschutzboote und drei Kommandanten eines U-Boot-Abweherschiffes. Aktuell richten sich die Sanktionen gegen 170 natürliche Personen und 44 Organisationen. Die Maßnahmen wurden zuletzt im März 2019 bis zum 15.9.2019 verlängert.¹⁸²

Aufgrund der Veruntreuung staatlicher Vermögenswerte der Ukraine¹⁸³, hat die EU im März 2014 beschlossen, die Vermögenswerte von Personen, die für die Veruntreuung staatlicher Vermögenswerte der Ukraine verantwortlich sind, einzufrieren. Diese Maßnahmen wurden zuletzt im März 2019 bis zum 6. März 2020 verlängert.

Da die EU die Annexion der Krim und Sewastopols nicht anerkennt, wurden einige Einschränkungen und restriktive Maßnahmen für die Krim und Sewastopol auferlegt.¹⁸⁴

Die Maßnahmen beschränken sich auf das Gebiet der Krim und Sewastopols und gelten für in der EU ansässige Personen und Unternehmen. Sie umfassen Folgendes:

- ein Einfuhrverbot für Waren von der Krim und aus Sewastopol
- Beschränkungen für den Handel und Investitionen in bestimmte Wirtschaftszweige und Infrastrukturvorhaben
- ein Verbot, Tourismusdienstleistungen auf der Krim oder in Sewastopol zu erbringen
- ein Ausfuhrverbot für bestimmte Güter und Technologien¹⁸⁵

Diese beschränkten restriktiven Maßnahmen hat der Rat am 20. Juni 2019 bis zum 23. Juni 2020 verlängert. Die EU hat ein Verbot für Einfuhren der Waren aus der Krim und aus Sewastopol verhängt, die mit keinem Ursprungszeugnis der ukrainischen Behörden begleitet werden. Investitionen auf der Krim oder in Sewastopol sind derzeit verboten. EU-Bürger und in der EU ansässige Unternehmen dürfen auf der Krim keine Immobilien oder Unternehmen kaufen, keine Unternehmen finanziell unterstützen und damit verbundene Dienstleistungen anbieten. Europäische Reiseunternehmen dürfen nicht mehr die Tourismusdienstleistungen auf der

¹⁸² Vgl. GTAI-Special Russland-Sanktionen, Germany trade and invest, 19.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Specials/russland-sanktionen.html?view=renderPrint> (letzter Zugriff: 02.08.19)

¹⁸³ Vgl. Restriktive Maßnahmen der EU, Fakten und Daten, Rat der Europäischen Union – Pressedienst, Brüssel, 29.04.2014. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/24490/142469.pdf> (letzter Zugriff: 02.08.19)

¹⁸⁴ Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/06/17/annexation-crimea-sevastopol-eu-extends-sanctions/> (letzter Zugriff: 02.08.19)

¹⁸⁵ Vgl. ebd.

Krim oder in Sewastopol anzubieten. Außerdem, die europäische Kreuzfahrtschiffe dürfen außer im Notfall nicht mehr an Häfen rund um die Krim-Halbinsel anlegen. Dies gilt für alle Schiffe, die im Eigentum eines EU-Bürgers sind oder unter der Flagge eines EU-Mitgliedstaates fahren. Güter oder Technologien, die für die Bereiche Verkehr, Telekommunikation und Energie sowie für die Exploration von Öl, Gas und mineralischen Ressourcen geeignet sind, dürfen an auf der Krim ansässige Unternehmen nicht geliefert werden. Unterstützung, Vermittlung, Bau- und Konstruktionsdienstleistungen im Infrastrukturbereich dürfen für diese Sektoren auf der Krim nicht zur Verfügung gestellt werden.¹⁸⁶

Im Hinblick auf das Vorgehen Russlands zur Verschärfung der Krise im Osten der Ukraine hat die EU im Juli 2014 wirtschaftliche Sanktionen verhängt. Im März 2015 hat der Europäische Rat die Geltungsdauer dieser Wirtschaftssanktionen von der vollständigen Umsetzung des Abkommens von Minsk abhängig gemacht.¹⁸⁷ Derzeit wurden die Wirtschaftssanktionen am 27.6.2019 von der EU-Rat um weitere sechs Monate verlängert. Sie gelten für die Wirtschaftszweige des Finanz-, Energie- und Verteidigungssektors bis zum 31.1.2020.¹⁸⁸ Im nächsten Kapitel wird es mehr über die Wirtschaftssanktionen und die Stagnation der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland beschrieben.

Laut Pressemitteilungen, die EU ist bereit, ihre Entscheidung über die Sanktionen rückgängig zu machen und Dialog mit Russland wiederaufzubauen. Dafür erwartet die EU von Russland, dass das Land eine Lösung für die Ukraine-Krise findet.

3.4 Minsk-Abkommen

Im September 2014 in der weißrussischen Hauptstadt Minsk wurden Beratungen der trilateralen Kontaktgruppe zu gemeinsamen Schritten zur Umsetzung des Friedensplanes des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und der Initiativen des russischen Präsidenten Wladimir Putin stattgefunden. Am 5. September 2014 wurde von Botschafter Heidi Tagliavini (OSZE), dem zweiten Präsidenten der Ukraine, Leonid Kutschma, dem russischen Botschafter in der Ukraine, Michail Surabow, sowie Alexander Zakharchenko (DVR) und Igor Plotnitsky

¹⁸⁶ Vgl. EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, Europäische Union Nachrichten. Online verfügbar unter: https://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu-sanctions-against-russia-over-ukraine-crisis_de (letzter Zugriff: 02.08.19)

¹⁸⁷ Vgl. ebd.

¹⁸⁸ Vgl. EU verlängert Russland-Sanktionen und scheitert bei neuem Klimaziel, Kurier Zeitung, 20.06.19. Online verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/ausland/eu-verlaengert-russland-sanktionen-und-scheitert-bei-neuem-klimaziel/400529389> (letzter Zugriff: 02.08.19)

(LPR) das Dokument Protokoll von Minsk (Minsk I)¹⁸⁹ untergezeichnet. Das Hauptziel des Protokolls war die Friedenssicherung und Waffenstillstand im Südosten der Ukraine.

Im Rahmen des Protokoll von Minsk haben sich die Konfliktparteien auf einen von der OSZE überwachten Waffenstillstand, ein Sonderstatusgesetz für bestimmte Regionen, eine Amnestie, Lokalwahlen und den Abzug ausländischer Truppen geeinigt.¹⁹⁰

Auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse und der Vorschläge im Rahmen der Konsultationen in Minsk, hat die trilaterale Kontaktgruppe sich zu einer Einigung über die Notwendigkeit, folgende Schritte zu unternehmen:

1. Die unverzügliche beiderseitige Unterbrechung der Anwendung von Waffengewalt zu gewährleisten.
2. Das Monitoring und die Überprüfung der Waffenruhe durch die OSZE zu gewährleisten.
3. Die Dezentralisierung der Macht in der Ukraine zu verwirklichen, unter anderem durch die Verabschiedung eines ukrainischen Gesetzes "Über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Regionen der Donezker und Luhansker Gebiete" (Gesetz über den Sonderstatus).
4. Das ständige Monitoring an der russisch-ukrainischen Staatsgrenze und die Überprüfung seitens der OSZE zu gewährleisten, mit der Bildung einer Sicherheitszone in den Grenzkreisen der Ukraine und der Russischen Föderation.
5. Sofort alle Geiseln und ungesetzlich festgehaltenen Personen zu befreien.
6. Das Gesetz über die Nichtzulassung der Verfolgung und der Bestrafung von Personen in Zusammenhang mit den Ereignissen zu übernehmen, die in einzelnen Kreisen der Donezker und Luhansker Gebiete der Ukraine geschehen sind.
7. Den inklusiven nationalen Dialog fortsetzen.
8. Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Situation im Donbass zu ergreifen.

¹⁸⁹ Protokoll po itogam konsultacij Trexstoronnej kontaktnoj grupy otnositelno sovместnyx shagov, napravlenyx na implementaciju Mirnogo plana Prezidenta Ukrainy P. Poroshenko i iniciativ Prezidenta Rossii V. Putina , 05.09.2014. Online verfügbar unter: <https://www.osce.org/ru/home/123258?download=true> (letzter Zugriff: 03.08.19)

¹⁹⁰ Vgl. Drei Jahre Minsker Abkommen: Beide Seiten müssen sich bewegen! Auswärtiges Amt, 12.02.2018. Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/laender/ukraine-node/-/1506200> (letzter Zugriff: 03.08.19)

9. Die Durchführung vorgezogener Kommunalwahlen zu gewährleisten, entsprechend dem ukrainischen Gesetz "Über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in den gesonderten Kreisen der Donezker und Luhansker Gebiete" (Gesetz über den Sonderstatus).
10. Die ungesetzlichen bewaffneten Formationen, die Militärtechnik sowie die Freischärler und Söldner aus der Ukraine herauszuführen.
11. Ein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Donbass und der Wiederherstellung der Lebensfunktionen der Region zu beschließen.
12. Die Garantie der persönlichen Sicherheit der Teilnehmer der Konsultationen zu gewährleisten.¹⁹¹

Trotz der Unterzeichnung des Protokolls wurden die Feindseligkeiten im Südosten der Ukraine während seiner Gültigkeit fortgesetzt. Mitte Januar 2015 haben die Konfliktparteien tatsächlich die Einhaltung der Punkte des Protokolls eingestellt. Am 12. Februar 2015 haben die vier Staats- und Regierungschefs des „Normandie-Formats“ (Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine) auf Initiative von Deutschland und Frankreich erneut einen Waffenstillstand (Minsk II) ausgehandelt, der in der weißrussischen Stadt Minsk untergezeichnet wurde. Es wurden vereinbart ein Gefangenenaustausch, Zugang für humanitäre Hilfe, eine Verfassungsreform in der Ukraine zur Feststellung des „Sonderstatus einzelner Regionen der Regionen Donezk und Lugansk“, Dezentralisierung und die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze. Das Dokument hat die Unterstützung des UN-Sicherheitsrates erhalten und wurde zur Basisvereinbarung für alle weiteren Friedenssicherungsgespräche auf Donbass.¹⁹²

Für die meisten der 13 Punkte¹⁹³ dieses Dokuments wurden spezifische Fristen festgelegt, und die Beilegung des Konflikts sollte bis Ende 2015 abgeschlossen sein:

1. Waffenruhe ab Sonntag um 00.00 Uhr.
2. Abzug der schweren Waffen aus einer Pufferzone. Die Regierungstruppen müssen sich hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatisten hinter die im September im

¹⁹¹ Protokoll von Minsk, Voltaire Netzwerk, 05.09.14. Online verfügbar unter: <https://www.voltairenet.org/article186858.html> (letzter Zugriff: 04.08.19)

¹⁹² Vgl. Minskie soglasheniya, Rossijskij sovet po mezhdunarodnym delam, RSMD. Online verfügbar unter: <https://russiancouncil.ru/minskprotocol> (letzter Zugriff: 04.08.19)

¹⁹³ Unanimously Adopting Resolution 2202 (2015), Security Council Calls on Parties to Implement Accords Aimed at Peaceful Settlement in Eastern Ukraine, United Nations, Security Council, 7384th meeting, 17.02.14. Online verfügbar unter: <https://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm> (letzter Zugriff: 04.08.19)

Minsker Abkommen vereinbarte Demarkationslinie. Der Abzug der Waffen beginnt am zweiten Tag nach der Waffenruhe und muss nach spätestens 14 Tagen abgeschlossen sein.

3. Die OSZE überwacht die Waffenruhe und den Abzug der Waffen.
4. Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk sowie den künftigen Status der beiden Regionen beginnen. Grundlage ist ein Gesetz, mit dem Kiew den abtrünnigen Regionen vorübergehend mehr Selbstständigkeit zugestanden hatte. Das ukrainische Parlament muss innerhalb von 30 Tagen festlegen, für welches Gebiet dies genau gelten soll. Die Regionen können darüber entscheiden, welche Sprache sie nutzen wollen.
5. Eine gesetzliche Amnestieregelung soll alle Konfliktbeteiligten vor Strafverfolgung schützen.
6. Freilassung aller Gefangenen.
7. Sicherstellung humanitärer Hilfsleistungen.
8. Beide Seiten müssen an einer Wiederherstellung der Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen arbeiten, damit etwa die Zahlung von Renten und Steuern wieder aufgenommen werden kann. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.
9. Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland übernehmen. Dieser Prozess soll nach den geplanten Wahlen beginnen und spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sein. Bedingung ist, dass die Verfassungsreformen unter Punkt 11 umgesetzt werden.
10. Rückzug aller ausländischen Kämpfer, Söldner und Waffen unter Aufsicht der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppen.
11. Bis Ende 2015 muss eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht und mit Vertretern der abtrünnigen Regionen abgestimmt ist. Ein Gesetz zum künftigen Sonderstatus von Donezk und Lugansk muss ebenfalls bis Jahresende verabschiedet werden.
12. Wahlen in den abtrünnigen Regionen unter Aufsicht der OSZE, ein Termin ist nicht angegeben.

13. Die Kontaktgruppe soll noch intensiver zusammenarbeiten und Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Friedensplans einsetzen.¹⁹⁴

Im Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Abkommen es wurde vorgesehen, dass die Konfliktparteien ab dem 15. Februar 2015 das Feuer einstellen und innerhalb von 14 Tagen Waffen von der Kontaktlinie abziehen sollen. Das Sicherheitsproblem ist jedoch immer noch nicht gelöst, und all diese Jahre bleibt eines der akutesten Probleme bei der Konfliktlösung. Seitdem sind vier Jahre vergangen, aber keine der Bestimmungen dieser Vereinbarung wurde vollständig umgesetzt. Die Friedensverhandlungen auf der Grundlage der erzielten Vereinbarungen werden jedoch vorgeschrieben.

Das Fehlen einer Alternative zu den Minsker Abkommen als einziger derzeitiger Friedenssicherungsinstrument wird in Moskau, in Europa und in den Vereinigten Staaten einstimmig anerkannt. OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger teilt diese Meinung: «Diese Abkommen sind der einzige Friedensplan, den wir haben. Es ist nicht realistisch, in nützlicher Frist etwas anderes zu erwarten. Auch die Diskussionen über eine mögliche UNO-Friedensoperation finden vor dem Hintergrund der Minsker-Abkommen statt, müssten also zum Ziel haben, diese Abkommen umzusetzen».¹⁹⁵

Es wurde ein ständiger Mechanismus zur Lösung von Problemen in der Konfliktzone eingerichtet, bei dem Mitglieder der Kontaktgruppe zweimal im Monat in Minsk zusammentreffen. Entsprechend den Hauptrichtungen der Beilegung des Konflikts (Sicherheitsfragen, politische, humanitäre, wirtschaftliche Fragen) wurden thematische Arbeitsgruppen gebildet. Infolge dieser Bemühungen ist es jedoch gelungen, die groß angelegten Feindseligkeiten im Donbass zu stoppen. Dabei wurden mehrere Aktionen durchgeführt, um Gefangene auszutauschen, wodurch mehr als 500 Menschen nach Hause zurückkehren konnten. Die aktuellen Aufgaben, die mit den akuten Problemen der Bewohner der Region verbunden sind, werden ebenfalls gelöst: Zusätzliche Kontrollpunkte an der Demarkationslinie werden eröffnet, die Wasserversorgung wird wiederhergestellt, die lebenswichtige Infrastruktur wird repariert.¹⁹⁶

¹⁹⁴ 13 Punkte für den Frieden, Abkommen Minsk II, der Tagesspiegel, 12.02.15. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/abkommen-minsk-ii-13-punkte-fuer-den-frieden/11366782.html> (letzter Zugriff: 04.08.19)

¹⁹⁵ Ammann, Kathrin: Die Minsker-Abkommen sind der einzige Friedensplan, den wir haben, Konflikt in der Ukraine, Swissinfo.ch, 20.02.18. Online verfügbar unter: https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/konflikt-in-der-ukraine_-die-minsker-abkommen-sind-der-einzige-friedensplan--den-wir-haben-/43911264 (letzter Zugriff: 04.08.19)

¹⁹⁶ Vgl. Chto izmenilos spustya tri goda posle podpisaniya minskix soglashenij, krizis na Ukraine, TASS, 12.02.18. Online verfügbar unter: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/4945643> (letzter Zugriff: 05.08.19)

Bis Juli 2019 konnte jedoch kein dauerhafter Frieden erreicht werden, und der Beschuss wurde fortgesetzt. Nach Angaben des ehemaligen stellvertretenden Leiters der OSZE Monitoring-Mission (SMM) Alexander Hug, allein in Jahr 2018 gab es über 200.000 Verstöße gegen bestehende Vereinbarungen: «Wir haben diese Vertragsverletzungen auf Patrouillen registriert, die wir jeden Tag durchführen, aber auch mit Hilfe von Überwachungstechnologien wie Kameras und Drohnen, die wir regelmäßig einsetzen. Durch die anhaltenden Kämpfe gibt es unglücklicherweise auch immer wieder zahlreiche zivile Opfer».¹⁹⁷

In diesem Jahr bereits mehr als 200. Alexander Hug ehemaliger als Vizechef der Beobachtungsmission mehr als vier Jahre das Gesicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ostukraine, um die Verstöße gegen die Minsker Friedensabkommen zu dokumentieren.¹⁹⁸

In Bezug auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Minsker Abkommen sind die EU und Russland unterschiedliche Meinungen. Laut offiziellen Positionen der Ukraine, der USA sowie der EU sieht sich Russland nicht als Konfliktpartei, sondern als Teil des Konfliktlösungsprozesses.¹⁹⁹ In Moskau wird betont, dass die Ukraine eine Stagnation bei der Beilegung des Konflikts auf dem Donbass verursacht, indem sie weigert sich eine Konfliktlösung im Rahmen der Minsker Abkommen herbeizuführen. Zunächst geht es um die Weigerung Kiews, mit den proklamierten Republiken von Donbass in einen Dialog zu treten und wichtige Punkte des Friedensplans in Bezug auf politische Reformen zu erörtern, wie dies im Abkommen Minsk II vorgesehen ist. Zu den Maßnahmen, die im Minsker Abkommen als vorrangige Aufgaben der Beilegung des Konflikts identifiziert wurden, gehört die vollständige Wiederherstellung der sozioökonomischen Beziehungen der Ukraine und der unkontrollierten Gebiete von Donbass, einschließlich Sozialtransfers und Rentenzahlungen. Unterdessen hat Kiew nach Ansicht Moskaus die bereits im November 2014 angekündigte Politik der wirtschaftlichen Isolation der Region nicht eingestellt, und die Nichtauszahlung von Renten und Geldleistungen an die Bevölkerung in Donbass durch Kiew, bleibt eines der wichtigsten sozialen Probleme.²⁰⁰ Auf einer

¹⁹⁷ Hug: Unsere Arbeit wird permanent sabotiert, OSZE-Beobachter in der Ukraine, ZDF Heute, 01.11.18. Online verfügbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/alexander-hug-osze-beobachter-donbass-100.html> (letzter Zugriff: 05.08.19)

¹⁹⁸ Vgl. Konflikt in der Ukraine wird nicht gelöst, scheidender OSZE-Vertreter, Frankfurter allgemeine Zeitung, 31.10.18. Online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/scheidender-osze-vertreter-konflikt-in-der-ukraine-wird-nicht-geloest-15867058.html> (letzter Zugriff: 05.08.19)

¹⁹⁹ Vgl. Dubowy, Alexander: Die Zukunft der Minsker Abkommen, Instituts für Sicherheitspolitik (ISP). Online verfügbar unter: <http://www.institutfuersicherheit.at/die-zukunft-der-minsker-abkommen/> (letzter Zugriff: 05.08.19)

²⁰⁰ Vgl. Chto izmenilos spustya tri goda posle podpisaniya minskix soglashenij, krizis na Ukraine, TASS, 12.02.18. Online verfügbar unter: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/4945643> (letzter Zugriff: 05.08.19)

Pressekonferenz im Jahr 2017 hat der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Moskau die Umsetzung der Minsker Abkommen weiter vorantreiben wird: «Wir werden weiter an der ukrainischen Frage arbeiten, für die es keine Alternative gibt, als das im Februar 2015 in Minsk verabschiedete Maßnahmenpaket vollständig und konsequent umzusetzen», sagte er.²⁰¹

Aufgrund der Amtseinführung des gegenwärtigen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj es wurde am 12. Juli 2019 ein Treffen im Paris im Normandie-Format durchgeführt. Außenpolitische Vertreter der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreich haben weitere Schritte zur Umsetzung der Minsker Abkommen, vor allem den Waffenstillstand besprochen. Außerdem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat mit dem Wladimir Putin ein gemeinsames Gespräch über den Konflikt in der Ostukraine geführt.²⁰² Am 21. Juli 2019 die Mitglieder der Donbass-Kontaktgruppe haben sich auf einen unbefristeten Waffenstillstand geeinigt, der dennoch ein paar Tage später verstoßen wurde. Wolodymyr Selenskyj hat im Rahmen des Waffenstillstandes einen Truppenabzug an der Demarkationslinie in der Ostukraine durchgesetzt.²⁰³

4. Stagnation der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland

4.1 EU-Projekt der Östlichen Partnerschaft

Bei der Analyse der Auswirkungen von Sanktionen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland ist es auch wichtig, das Konzept der Östlichen Partnerschaft zu beschreiben, da der Konflikt in der Ukraine als ein Konflikt zwischen der EU und Russland, oder vielmehr als Konkurrenz zwischen ihren Integrationsprojekten begonnen hat. Die Östliche Partnerschaft ist ein spezifischer Bereich der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Die Zusammenarbeit der EU und östlichen Länder im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ermöglicht wirtschaftliche Integration und politische Anbindung. Integrationsprojekt

²⁰¹ Ebd, (letzter Zugriff: 06.08.19)

²⁰² Vgl. Präsidenten Putin und Selenskyj sprachen erstmals über Ukraine-Konflikt, Telefonat, Der Standard, 11.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000106193354/praesidenten-putin-und-selenskyj-sprachen-erstmals-ueber-ukraine-konflikt> (letzter Zugriff: 06.08.19)

²⁰³ Vgl. Lechner, Gerhard: Auf schmalem Grat, Wolodymyr Selenskyj, Wiener Zeitung, 19.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.wienerzeitung.at/meinung/leitartikel/2019322-Auf-schmalem-Grat.html> (letzter Zugriff: 06.08.19)

der Östlichen Partnerschaft bezieht sich auf 6 osteuropäische EU-Nachbarn: Armenien, Aserbaidshan, Weißrussland, Georgien, Moldau und die Ukraine. Die Östliche Partnerschaft hat das Ziel, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen der EU zu diesen Ländern zu intensivieren und die Transformation in den Partnerländern zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft auf der Grundlage der gemeinsamer Werte zu unterstützen.²⁰⁴ Je nach dem Interesse und dem Grad der Reformbereitschaft des Partnerlandes, kann die Form der Zusammenarbeit unterscheiden.

Die Östliche Partnerschaft wurde als polnische Initiative begonnen, die bald zu einem polnisch-schwedischen Projekt wurde. Durch den Kaukasuskrieg 2008 und die anschließende formelle russische Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens, hat dieses Integrationsprojekt einen starken zusätzlichen Impuls erhalten. Beide Ereignisse stärkten das Ziel der EU, die östlichen Partnerländer der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) wirksamer als bisher zu unterstützen, da die Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Osteuropa und im Südkaukasus für die EU vorrangig sind.²⁰⁵ Im Juni 2008 es wurde von der Europäische Rat eine Kommission ersucht, die einen Vorschlag für eine Östliche Partnerschaft ausgearbeitet hat. Am 7. Mai 2009 beim Gipfel im Prag wurde die Östliche Partnerschaft gegründet, die ein Basis nicht nur für die bilateralen Beziehungen der Partnerländer mit der EU ist, sondern auch für die multilateralen Beziehungen zwischen der EU und ihren 28 Mitgliedstaaten und den sechs Partnerländern bildet.²⁰⁶

Auf bilateraler Ebene wurden zwischen der EU und den Partnerländern Assoziierungsabkommen (Georgien, Republik Moldau, Ukraine) bzw. vertiefte Partnerschaftsabkommen (Armenien) geschlossen. Mit Weißrussland und Aserbaidshan hat die EU noch kein Rahmenabkommen. Auf multilateraler Ebene hat die EU vier thematische Plattformen (gute Regierungsführung, wirtschaftliche Entwicklung, Konnektivität, Energieeffizienz, Umwelt und Klimawandel sowie Mobilität und zivilgesellschaftliche Kontakte) und zahlreiche darunter stattfindende Pro-

²⁰⁴ Vgl. Die Östliche Partnerschaft, Auswärtiges Amt Deutschlands. Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node> (letzter Zugriff: 11.08.19)

²⁰⁵ Vgl. Stewart, Susan: Russland und die Östliche Partnerschaft, Harsche Kritik, punktueller Kooperationsinteresse, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, 2009, S.1. Online verfügbar unter: https://www.files.ethz.ch/isn/117373/2009_Russia_Eastern_Partnership_D.pdf (letzter Zugriff: 10.08.19)

²⁰⁶ Vgl. Östliche Partnerschaft, Rat der Europäischen Union, 21.05.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/> (letzter Zugriff: 10.08.19)

gramme und Projekte entwickelt, die das gemeinsame Interesse für alle Partnerländer entsprechen und den Erfahrungsaustausch zwischen diesen erleichtern.²⁰⁷ Die EU deutet darauf hin, dass die Visumfreiheit ein langfristiges Ziel der Östlichen Partnerschaft ist und unterstützt die östlichen Partnerländer darin, die erforderlichen Voraussetzungen für einen visumfreien Reiseverkehr zu schaffen. Die Visaliberalisierungs-Aktienplänen umfassen die Voraussetzungen, nach deren Umsetzung die Partnerländer Visumfreiheit (visumfreie Kurzaufenthalte bis 90 Tage für Inhaber biometrischer Pässe) erwerben können. Die Visumpflicht wurde für die Republik Moldau am 28. April 2014, für Georgien am 28. März 2017 und für die Ukraine am 11. Juni 2017 abgeschafft. Die Visaliberalisierung kann jedoch seitens der EU im Falle der Nichterfüllung der erforderlichen Standards suspendiert werden. Mit Armenien und Aserbaidschan hat die EU Visaerleichterungsabkommen beschlossen, durch die Reisende profitieren können. Ein Visaerleichterungs- und ein Rückübernahmeabkommen wird derzeit mit Weißrussland verhandelt. Eine Beitrittsperspektive in die EU ist für die östliche Partnerländer nicht vorgesehen, da die Europäische Nachbarschaftspolitik und damit auch die Östliche Partnerschaft ein Teil der EU-Außenpolitik sind und von der Beitrittspolitik getrennt sind.²⁰⁸

Im Mai 2019 wurde zehnjähriges Bestehen der Östlichen Partnerschaft begangen und mehrere Veranstaltungen auf hoher Ebene stattgefunden, an denen die sechs Länder der Östlichen Partnerschaft, die EU-Mitgliedstaaten sowie Interessenträger teilgenommen haben. Die Feierlichkeiten konzentrierten sich auf Veranstaltungen in Brüssel am 13./14. Mai 2019, insbesondere das Treffen der EU-Außenminister mit den Außenministern der sechs Partnerländern am 13. Mai unter Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, sowie einer hochrangiger Jubiläumskonferenz am 14. Mai auf Einladung von Jean-Claude Juncker dem Präsidenten der Europäischen Kommission.²⁰⁹

Russland ist in die Östliche Partnerschaft nicht integriert, da die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland im Rahmen der strategischen Partnerschaft entwickelt werden.

Russland wurde in die Östliche Partnerschaft nicht einbezogen, weil das Land seinerzeit entschieden hat, außerhalb des ENP-Rahmens zu bleiben. Russland ist kein Teilnehmer der Öst-

²⁰⁷ Vgl. Östliche Partnerschaft, Rat der Europäischen Union, 21.05.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/> (letzter Zugriff: 11.08.19)

²⁰⁸ Vgl. Die Östliche Partnerschaft, Auswärtiges Amt Deutschlands. Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node> (letzter Zugriff: 11.08.19)

²⁰⁹ Vgl. Zehn Jahre Östliche Partnerschaft, Rat der Europäischen Union, 22.05.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/ten-years-of-the-eastern-partnership/> (letzter Zugriff: 12.08.19)

lichen Partnerschaft, kann aber als Drittstaat auf der Grundlage gemeinsamer Interessen situationsbedingt einbezogen werden.²¹⁰ Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft spielt Russland eine wichtige Rolle. Die EU-Mitgliedstaaten, die an der Östlichen Partnerschaft interessiert sind, befürworten Russlands Einbeziehung in spezifische Projekte sowie Teilnahme an wichtigen Gipfeltreffen im Rahmen der Initiative.

In offiziellen Statements der russischen Führung sowie in der russischen Presse wurde eine negative Haltung zur Östlichen Partnerschaft dargestellt. Daraufhin deutet die Aussage des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der die Östliche Partnerschaft mit der Etablierung einer Einflusszone der EU in ihrer östlichen Nachbarschaft (insbesondere in Weißrussland und der Ukraine) gleichgestellt hat.²¹¹ Diese Konkurrenz zwischen der Östlichen Partnerschaft und Eurasischen Wirtschaftsunion wurde ein von mehreren Faktoren, die die Ukraine-Krise 2014 verursacht haben. Die Aufnahme Weißrusslands in die Östliche Partnerschaft wurde seitens Russlands auch negativ eingesehen, da Weißrussland zu denjenigen Ländern gehört, die mit Russland am engsten verbunden sind. Aus diesem Sinne wird das Streben der EU, die Beziehungen mit Weißrussland aufzubauen, als gegen Russland gerichteter Akt verstanden.

Die Beispiele von Weißrussland und der Ukraine haben Russland bewiesen, dass die EU mit der östlichen Partnerschaftsinitiative ihr Verhältnis zu den östlichen Nachbarn intensiviert. Dies hat ebenso die Wahrnehmung Russlands verstärkt, dass sein Einfluss in diesen Ländern schwindet. Aus der Sicht der EU, der Ausstieg Georgiens und der Ukraine aus der GUS, die Weigerung der anderen postsowjetischen Länder, Südossetien und Abchasien als unabhängige Staaten und der Krim als russisches Subjekt anzuerkennen, stellen das Scheitern der russischen Außenpolitik im postsowjetischen Raum dar.²¹²

4.2 Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU)

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist eine internationale Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration mit internationaler Rechtspersönlichkeit und wurde mit dem Vertrag über

²¹⁰ Vgl. Die Östliche Partnerschaft, Auswärtiges Amt Deutschlands. Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node> (letzter Zugriff: 11.08.19)

²¹¹ Vgl. Stewart, Susan: Russland und die Östliche Partnerschaft, Harsche Kritik, punktuelleres Kooperationsinteresse, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, 2009, S.2. Online verfügbar unter: https://www.files.ethz.ch/isn/117373/2009_Russia_Eastern_Partnership_D.pdf (letzter Zugriff: 11.08.19)

²¹² Vgl. ebd. S.4

die Eurasische Wirtschaftsunion²¹³ gegründet. Die Eurasische Wirtschaftsunion wurde auf der Grundlage der Zollunion Russlands, Kasachstans und Weißrusslands und des Gemeinsamen Wirtschaftsraums geschaffen. In der EAWU sind der freie Warenverkehr, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft sowie eine koordinierte und einheitliche Politik in den Wirtschaftssektoren gewährleistet. Mitgliedsstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion sind die Republik Armenien, die Republik Belarus, die Republik Kasachstan, die Kirgisische Republik und die Russische Föderation. Die EAWU wurde ins Leben gerufen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften umfassend zu modernisieren, sowie die Bedingungen für eine stabile Entwicklung zu schaffen, um den Lebensstandard der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Die Idee der Schaffung der EAEU wurde in der am 18. November 2011 von den Präsidenten Russlands, Weißrusslands und Kasachstans verabschiedeten Erklärung zur eurasischen Wirtschaftsintegration niedergelegt. Darin wurden die Ziele der wirtschaftlichen Integration Eurasiens für die Zukunft dargelegt, einschließlich der Bekanntgabe der Aufgabe, die Eurasische Wirtschaftsunion bis zum 1. Januar 2015 zu schaffen.²¹⁴

Am 29. Mai 2014 wurde der Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) in Astana (Kasachstan) von den Präsidenten Russlands, Weißrusslands und Kasachstans unterzeichnet. Am 1. Januar 2015 ist der Vertrag in Kraft getreten. Moldawien hat am 14. Mai 2018 als erster Staat den Status eines Beobachterstaates bei der EAWU erhalten. Das Territorium der EAWU-Länder beträgt mehr als 20 Millionen Quadratkilometer (14% des Weltlandes), die Bevölkerung der EAWU-Länder beträgt zum 1. Januar 2018 183,7 Millionen Menschen.

Das Volumen des Bruttoinlandsprodukts der EAWU-Mitgliedsländer belief sich 2017 auf 1,8 Milliarden US-Dollar, die Industrieproduktion auf 1,1 Billionen US-Dollar und die landwirtschaftliche Produktion auf 123,9 Milliarden US-Dollar. Nach den Ergebnissen von 2017 belief sich das Volumen des gegenseitigen Handels in den EAWU-Ländern auf 54,2 Milliarden Dollar, das Volumen des Außenhandels mit Drittländern auf 633,8 Milliarden Dollar.²¹⁵

Mit der Schaffung der EAWU es wurde nächste Stufe der Integration der Mitgliedsstaaten nach der Zollunion und dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum erreicht.

Zu den Zielen der Eurasischer Wirtschaftsunion gehören:

²¹³ Dogovor o Evrazijskom ekonomicheskom soyuze. Oficialnyj tekst. Online verfügbar unter: http://www.eaeunion.org/files/history/2014/2014_2.pdf (letzter Zugriff: 13.08.19)

²¹⁴ Vgl. Eurasian Economic Union, general information. Home-page of the Eurasian Economic Union. Online verfügbar unter: <http://www.eaeunion.org/?lang=en#about> (letzter Zugriff: 13.08.19)

²¹⁵ Vgl. Evrazijskij ekonomicheskij soyuz (EAES), RIA Novosti, 06.12.2018. Online verfügbar unter: <https://ria.ru/20181206/1543500043.html> (letzter Zugriff: 14.08.19)

- Schaffung von Voraussetzungen für eine stabile Entwicklung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten;
- Abschaffung von Zollgebühren und Zollkontrollen;
- Schaffung eines Binnenmarkts für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte innerhalb der Wirtschaftsunion;
- umfassende Modernisierung, Zusammenarbeit und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten in der Weltwirtschaft;
- Gemeinsamer Markt für pharmazeutische Mittel und medizinische Geräte;
- Beginn gemeinsamer Energiemarkt durch gemeinsamen Strommarkt, gemeinsamen Erdölmarkt, gemeinsamen Gasmarkt;
- Schaffung der Bedingungen für einheitlichen Finanzmarkt und gemeinsame Währung (Währungsunion) bis 2025.²¹⁶

Oberstes Organ der EAWU ist der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat, dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten angehören. Der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat berücksichtigt den grundlegenden Aspekten der Angelegenheiten der Union, legt die Strategie, Richtungen und Perspektiven für die Entwicklung der Integration fest und trifft Entscheidungen, die auf die Verwirklichung der Ziele der Union abzielen. Sitzungen des Hohen Rates finden mindestens einmal jährlich statt. Auf die Initiative eines Mitgliedstaats oder des Vorsitzenden des Hohen Rates können außerordentliche Tagungen des Obersten Rates einberufen werden, um dringende Fragen der Tätigkeit der Union zu erörtern.²¹⁷

Die Umsetzung des EAWU-Vertrags, der internationalen Verträge in Rahmen der Wirtschaftsunion und der Beschlüsse des Hohen Rates werden vom Eurasischen Interregierungsrat sichergestellt, dem die Regierungschefs der Mitgliedstaaten angehören. Sitzungen des Regierungsrates finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch zweimal im Jahr.

Die Eurasische Wirtschaftskommission (EAWK) ist eine ständige supranationale Regulierungsbehörde der EAWU mit Sitz in Moskau, die mehr als 1.000 Mitarbeiter beschäftigt. Die Hauptaufgaben der Kommission sind die Gewährleistung der Bedingungen für die Entwicklung der EAWU sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen im Bereich der wirtschaftlichen Integration innerhalb der Wirtschaftsunion. Der Gerichtshof der Eurasischer Wirtschaftsunion ist

²¹⁶ Vgl. ebd. (letzter Zugriff: 15.08.19)

²¹⁷ Vgl. Schulze, Gerit: Die Geschichte der Eurasischen Wirtschaftsunion, Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Armenien wollen gemeinsam im globalen Wettbewerb bestehen, 14.03.19. Online verfügbar unter: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche.t=die-geschichte-der-eurasischen-wirtschafts-union.did=2238524.html> (letzter Zugriff: 15.08.19)

das Justizorgan der EAWU, das die Umsetzung des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion und anderer internationaler Verträge innerhalb der EAWU durch die Mitgliedstaaten sicherstellt.

Aus dem Unionshaushalt wird eine Reihe von Tätigkeiten der EAWU finanziert, der auf Kosten der gemeinsamen Beiträge der Mitgliedstaaten in russischen Rubeln gebildet wird. Im Jahr 2018 hat das EAWU-Budget 8,1 Milliarden Rubel betragen. Der Vorsitz des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates, des Eurasischen Interregierungsrates und der EAWK (Ebene der Vizepräsidenten) wird von einem Mitgliedstaat für ein Kalenderjahr ohne Verlängerungsrecht in russischer alphabetischer Reihenfolge ausgeübt.²¹⁸ Im Jahr 2019 hat Armenien den Vorsitz.

Die EAWU steht dem Beitritt jedes Staates offen, der ihre Ziele und Grundsätze unter den von den Mitgliedstaaten vereinbarten Bedingungen teilt. Ein Verfahren zum Austritt aus der Union ist ebenfalls vorgesehen.

Die Ukraine war kein Mitglied der EAWU, hatte aber bis 2013 ernsthaft die Möglichkeit eines Beitritts zur damaligen Zollunion in Betracht gezogen. Im August 2013 hat die Ukraine einen Beobachterstatus in der Eurasischen Wirtschaftsunion beantragt. Gleichzeitig hat damaliger ukrainischer Präsident Janukowitsch geplant, im November 2013 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Janukowitsch musste aber zwischen zwei Integrationsprojekte wählen und das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU wurde seitens der Ukraine durch den Druck Russlands im November 2013 ausgesetzt. Die ukrainische Übergangsregierung unterzeichnete das Abkommen mit der EU schließlich im Frühling 2014, jedoch war das Inkrafttreten des EU-Freihandelsabkommens der Grund zur einseitigen russischen Aufhebung des im Jahr 2011 getroffenen Freihandelsabkommens mit der Ukraine per 1. Januar 2016.²¹⁹

Im Jahr 2016 ist das Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Sozialistischen Republik Vietnam in Kraft getreten. 2018 wurde ein Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EAWU und der Volksrepublik China unterzeichnet. Es wurde auch ein Interimsabkommen unterzeichnet, das zur Bildung einer Freihandelszone zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Islamischen Republik Iran andererseits führt. Derzeit laufen

²¹⁸ Vgl. Evrazijskij ekonomičeskij sojuz (EAES), RIA Novosti, 06.12.2018. Online verfügbar unter: <https://ria.ru/20181206/1543500043.html> (letzter Zugriff: 16.08.19)

²¹⁹ Vgl. Kazarin, Pavel: Rossiya i kompaniya: Evrazijskij sojuz, iz kotorogo sbezhala Ukraina, Krym. Realii, 06.01.2017. Online verfügbar unter: <https://ru.krymr.com/a/28217668.html> (letzter Zugriff: 16.08.19)

Verhandlungen zum Abschluss von Freihandelsabkommen mit Singapur, Israel, Indien und Ägypten und zur Vereinheitlichung des Handelsregimes mit Serbien.²²⁰

Seit Anfang 2015 wird darüber diskutiert, einen Dialog zwischen der EU und der EAWU einzurichten, um ein neues Gesprächsformat in den gegenwärtigen russisch-europäischen Beziehungen zu schaffen. Alexander Libman, Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität München ist der Meinung, dass es im Interesse der EU liegt, intensive wirtschaftliche Beziehungen mit Russland aufrechtzuhalten. Es gibt dafür, seiner Meinung nach, wirtschaftliche und politische Gründe. Ein Dialog zwischen der EU und Eurasischer Wirtschaftsunion würde als indirekter Dialog zwischen der EU und Russland dienen und für beide Seiten ermöglichen, wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Agenda zu setzen. Libman sieht die EU-EAWU Partnerschaft als vorteilhaft für beide Seiten, da andere EAWU-Mitgliedsländer interessiert sind, dass die Gegensätze zwischen der EU und Russland abgemildert werden. Als Beispiel dafür beschreibt Professor Libman die Position von Weißrussland und Kasachstan, die im Mai 2014 gegen Erhebung der Zölle auf die ukrainische Importe waren. Da die Eurasische Wirtschaftsunion in der russischen Außenpolitik eine wichtige Rolle spielt, ist Russland bereit, den kleineren Mitgliedstaaten Zugeständnisse zu machen. Das würde sich laut dem Professor Libman, gut auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland auswirken.²²¹ Außerdem ist es für die EU wichtig, Institutionen zu fördern, die die russische Politik betreffen. Für andere EAWU-Mitgliedsstaaten besteht auch ein Interesse den Dialog mit EU zu führen. Um die Handelskooperation mit der EU weiterzuentwickeln, können die EAWU - Mitgliedsländer solche Themen wie eine Anpassung technischer Standards oder des Migrationsregimes zur EU in den Verhandlungen mit der EAWU direkt aufgreifen. Jedoch ist die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und Eurasischer Wirtschaftsunion quasi ausgeschlossen, weil einige Mitgliedsländer der EAWU nicht der Welthandelsorganisation angehören und eine EU-EAWU-Freihandelszone aus Sicht des Russlands unerwünscht ist. Laut dem Professor Libman, eine Partnerschaft in EU-EAWU Format die politische Krise im Verhältnis zwischen der EU und Russland nicht lösen wird, könnte aber die einige Gegensätze überbrücken.²²²

²²⁰ Vgl. Evrazijskij ekonomičeskij sojuz, Ministerstvo inostrannyx del Respubliki Belarus. Online verfügbar unter: <http://mfa.gov.by/multilateral/organization/list/e0e5d8b02b2fd7fc.html> (letzter Zugriff: 16.08.19)

²²¹ Vgl. Libman, Alexander: Dialog zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion – einen Versuch wert, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell Nr. 62, Juli 2015, S.3. Online verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015_A62_lbm.pdf (letzter Zugriff: 16.08.19)

²²² Vgl. ebd., S.4

4.3 Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Exkurs

Die Zuspitzung der Spannungen in der Ukraine hat zu einer Einschränkung der praktischen Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland geführt, sowie zu dem gegenseitigen „Sanktionskrieg“, der nicht nur ihre wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch ihre politischen Beziehungen beeinträchtigt hat. Unter den Sanktionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten fielen juristische Personen und ukrainische und russische Staatsbürger und eine Reihe von Kooperationsprogrammen mit russischen Behörden wurden ausgesetzt.²²³

Die schrittweise ergriffenen Maßnahmen umfassten das Einfrieren von Vermögenswerten und die Einführung von Visabeschränkungen für Personen, die in speziellen Listen aufgeführt sind, sowie ein Verbot für Unternehmen aus Ländern, die Sanktionen verhängt haben, die Geschäftsbeziehungen mit in den Listen aufgeführten russischen Einzelpersonen und Organisationen aufrechtzuerhalten.²²⁴

Am 17. April 2014 hat das Europäische Parlament einen Empfehlungsbeschluss verabschiedet, in dem die Ablehnung des Baus der russischen Gaspipeline South Stream gefordert wurde.

Die Europäische Kommission hat argumentiert, dass Gaspipeline South Stream das dritte Energiepaket nicht einhält, das es gasproduzierenden Unternehmen verbietet, Fernleitungen in der EU zu besitzen.²²⁵ Im Mai 2014 wurden Sanktionen gegen die Unternehmen „Chernomorneftegaz“ und „Feodosia“ verhängt. Das Europäische Parlament kündigte die Verhängung von Sanktionen gegen aus der Ukraine beschlagnahmte Krimunternehmen an und forderte alle UN-Mitgliedstaaten auf, wirtschaftliche, handelspolitische und finanzielle Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen, da die ukrainische Krim und Sewastopol illegal annektiert wurden. Auf Empfehlung des Europäischen Rates hat die Europäische Investitionsbank am 18. Juli 2014 die Neufinanzierung von Projekten in Russland eingestellt.

Nach dem Abschuss des malaysisches Passagierflugzeugs MH17 über der Ukraine im Juli 2014 es wurden am 31.07.2014 mit dem Beschluss 2014/512/GASP²²⁶ und der Verordnung (EU)

²²³ Sanktionen wurden auch von Kanada, Japan, Norwegen, Australien, der Schweiz und anderen Ländern (Albanien, Moldawien, Island, Liechtenstein, Ukraine, Montenegro) verhängt.

²²⁴ Vgl. Arbatova, Nadezhda: Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, Institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, 2014, S.21. Online verfügbar unter: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf (letzter Zugriff: 20.08.19)

²²⁵ Vgl. Eksperty: ostanovka rabot po «Yuzhnomu potoku» - prodolzhenie sankcij ES, RIA Novosti, 19.08.14. Online verfügbar unter: <http://ria.ru/economy/20140819/1020566739.html> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²²⁶ Beschluss 2014/512/GASP des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, Amtsblatt der Europäischen Union, 31.07.2014. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014D0512-20181229&rid=1> (letzter Zugriff: 20.08.19)

Nr. 833/2014²²⁷ weitere Wirtschaftssanktionen beschlossen. Die verhängten Sanktionen richten sich gegen russische Staatsbanken, den Im- und Export von Rüstungsgütern sowie die Öl- und Gasindustrie. Die Regelungen sehen zum Beispiel vor, dass Kreuzfahrtschiffe aus der EU nicht in Häfen des von der Ukraine abgetrennten Territoriums einlaufen dürfen.²²⁸ Diese Beschränkungen hat die EU im Juli 2019 wieder verlängert. Derzeit laufen sektorale Wirtschaftssanktionen noch bis 30. Januar 2020.²²⁹ Die Entscheidung wurde von den Staats- und Regierungschefs der EU einstimmig auf der Grundlage von Berichten getroffen, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron am 20./21. Juni 2019 dem Europäischen Rat vorgelegt hatten. Die Berichte enthalten Informationen zur Umsetzung der Minsker Abkommen, mit denen die EU die Verlängerung von Sanktionen verbindet.²³⁰

Zu den Wirtschaftssanktionen gehört die Beschränkung des unmittelbaren und mittelbaren Zugangs zu den Kapitalmärkten der EU für fünf russische Finanzinstitute (Sberbank, Vneshtorgbank, Gazprombank, Vnesheconombank, Rosselkhozbank) mit einem überwiegenden Anteil des Staates am genehmigten Kapital und deren Tochterunternehmen, an denen diese Institute einen überwiegenden Anteil haben und die außerhalb der EU registriert sind. Tochterunternehmen russischer Staatsbanken, die in der EU registriert sind, wurden von sektoralen Sanktionen ausgeschlossen. Mit dem Beschluss wurden auch drei große russische Energieunternehmen und drei Rüstungsunternehmen beschränkt sowie ein Waffenembargo verhängt. Der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (dual use) zu militärischen Zwecken oder militärische Endnutzer sowie Dienstleistungen, die für die Entwicklung und Produktion von Öl verwendet werden können, wurden verboten. Der Export von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck an neun Mischrüstungsunternehmen ist ebenfalls verboten.²³¹

Im März 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen mit der vollständigen Umsetzung der Abkommen von Minsk abhängig zu machen, die bis Ende Dezember 2015 erfolgen sollte. Da die Minsk Vereinbarungen

²²⁷ Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, Amtsblatt der Europäischen Union, 31.07.19. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0833&from=DE> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²²⁸ Vgl. Ukraine-Konflikt: EU verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland, Spiegel online, 20.06.19. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/europaeische-union-verlaengert-wirtschaftssanktionen-gegen-russland-a-1273518.html> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²²⁹ Vgl. Ukraine-Konflikt: EU verlängert Sanktionen gegen Russland, Tagesschau.de, 20.06.2019. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-sanktionen-russland-131.html> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²³⁰ Vgl. Merkel i Makron pomogli ES prodliť sankcii protiv Rossii do 31 yanvarya 2020 goda, Vesti, ekonomika, 27.06.2019. Online verfügbar unter: <https://www.vestifinance.ru/articles/121420> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²³¹ Vgl. GTAI-Special Russland-Sanktionen, Germany trade an invest, 19.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Specials/russland-sanktionen.html?view=renderPrint> (letzter Zugriff: 20.08.19)

nicht eingehalten wurden, hat der Europäische Rat die die Wirtschaftssanktionen bis zum 31. Juli 2016 verlängert. Seit dem 1. Juli 2016 die Wirtschaftssanktionen werden nach der Prüfung der Umsetzung der Minsk Vereinbarungen jeweils um 6 Monate verlängert. Die Wirtschaftssanktionen gelten derzeit bis zum 31. Januar 2020.²³²

Am 7. August 2014 ist Russland als Reaktion auf die Sanktionen der EU, der USA, Australiens und Norwegens in den „Sanktionskrieg“ eingetreten und hat ein jährliches Embargo für den Import von Milch und Milchprodukten, Rindern, Schweinefleisch, Geflügel, Obst und Gemüse, Nüssen, Würsten ein aus diesen Ländern eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt wird das Embargo jedes Jahr verlängert. Ende Juni 2019 hat Russlands Präsident Wladimir Putin das Lebensmittelembargo bis 2020 verlängert.²³³

4.4 Einfluss der Sanktionen auf die Wirtschaft der EU und Russlands

Seit dem Jahr 2014 es werden gegen Russland in mehreren Runden Wirtschaftssanktionen verhängt, die neben den personenbezogenen Einschränkungen auch den Zugang zum Kapitalmarkt und den Export von Ölausrüstung und Dual-Use Gütern restringiert haben.²³⁴

Viele Politikwissenschaftler und Ökonomen analysieren die Folgen und berechnen die Sanktionsverluste für die Volkswirtschaften der EU und Russland. Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität München Alexander Libman ist der Meinung, die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen im Vergleich zu den Handelsembargos der 1990er Jahre, dem Ölembargo gegen den Iran oder dem Ausschluss des Irans vom SWIFT-Zahlungssystem eher mild sind. Er ist der Meinung, dass die Sanktionen der EU die Wirtschaftskrise in Russland nicht verursachen können, da diese Krise in der russischen Wirtschaft durch strukturelle Schwächen verursacht wurde. Die Sanktionen haben jedoch die russische Wirtschaft negativ beeinträchtigt. Dies begründet Professor Libman mit dem hohen Grad der internationaler wirtschaftlicher Verflechtung an die russische Wirtschaft aufweist. Die gegen

²³² Vgl. Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²³³ Vgl. ES prodilil ekonomicheskie sankcii protiv Rossii do 31 yanvarya 2020 goda, 27.06.19. Online verfügbar unter: <https://www.svoboda.org/a/30024201.html> (letzter Zugriff: 20.08.19)

²³⁴ Vgl. Klinona, Marina, Sidorova Elena: Rossiya — Evrosoyuz: prodolzhenie sankcionnogo protivostoyaniya, Voprosy Ekonomiki, 2017, No. 6, S.114. Online verfügbar unter: <https://mgimo.ru/upload/iblock/994/klinova-sidorova%206-17.pdf> (letzter Zugriff: 21.08.2019)

wirtschaftlichen Partner verhängten Sanktionen wirken sich stärker, als die Sanktionen gegen Länder mit denen ein begrenzter wirtschaftlicher Austausch besteht.²³⁵

Libman unterscheidet vier verschiedene Gruppen von wirtschaftlichen Folgen, die Sanktionen verursachen. Als erste Folge nennt Libman die Einschränkung der russischer Regierung, der Zentralbank und russischer Unternehmer. Dadurch wurde Russland von den internationalen Finanzmärkten isoliert. Die Großunternehmen wurden gezwungen, Devisen zu sparen, um ihre Schulden zurückzuzahlen. Die Panik auf den Währungsmärkte im Dezember 2014 wurde mit der intransparenten Platzierung einer Rosneft-Anleihe beigetragen. Zweitens, die verhängte Sanktionen verhindern der Aufbau der russischer Wirtschaft. Libman meint, dass die russische Ölproduktion in Zukunft gefährdet wird und die russische Unternehmen nicht fähig werden, notwendige Finanzmittel für den wirtschaftlichen Aufbau zu finden. Drittens, die Sanktionen machen Russland nicht attraktiv für Investoren. Dies kann die Position des Rubels erschüttern, zu einer höheren Inflation führen und das Verbrauchervertrauen beeinträchtigen. Viertens, die Sanktionen haben negative Folgen für arme Bevölkerungsgruppen gebracht.²³⁶

Russland sieht die Folgen von Sanktionen jedoch positiver. Die Sanktionen trugen zur Umorientierung der Wirtschaft von der Produktion von Rohstoffen zur Produktion von Produkten mit hoher Wertschöpfung bei. Sie wurden auch zum Impuls für den Ersatz importierter Waren durch Waren, die von einheimischen Unternehmen hergestellt wurden.

Als Reaktion auf westliche Beschränkungen hat Russland im August 2014 die Einfuhr von Lebensmitteln aus Staaten verboten, die sich den Sanktionen angeschlossen hatten. Dank dessen haben die einheimischen Lebensmittelhersteller die ausländischen Konkurrenten auf dem russischen Markt beseitigt. Die staatliche Unterstützung des Agrarsektors hat zum Wachstum der Nahrungsmittelproduktion der russischen Unternehmen, zum Ersatz der Nahrungsmittelimporte durch die eigene Produktion und zur Stärkung der Nahrungsmittelunabhängigkeit in Russland beigetragen. Russland führt seit dem Jahr 2014 eine Importsubstitutionspolitik, die eine Art Wirtschaftsstrategie und Industriepolitik des Staates zum Schutz einheimischer Produzenten darstellt, indem importierte Waren durch nationale Waren ersetzt werden.²³⁷

Die Einführung durch Russland im Jahr 2014 eines Embargos für den Import bestimmter Arten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Rohstoffen und Lebensmitteln aus Ländern, die sich

²³⁵ Vgl. Libman, Alexander: Politische Ökonomie der russischen Wirtschaftspolitik. In: Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.): Die Beziehungen zwischen der EU und Russland : Spannung und Kooperation. Baden-Baden: Nomos, Print. Integration. Sonderband; 2017 S.30

²³⁶ Vgl., ebd., S.31

²³⁷ Vgl. Popova Elena: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii v 2019 godu, WIKI Business, 16.04.19. Online verfügbar: <http://wikibusiness.ru/vliyanie-sankcij-na-ekonomiku-rossii-v-2019-godu/> (letzter Zugriff:22.08.19)

den Sanktionen angeschlossen haben, hat zunächst zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise geführt. Infolgedessen lag die Inflationsrate des Landes zum ersten Mal seit vielen Jahren über 10%: In Jahr 2014 bei 11,4% und im Jahr 2015 bei 12,9%. Ein positives Ergebnis der russischen Reaktion auf die Sanktionen ist das Selbstversorgung Russlands mit Fleisch. Der Nationale Fleischverband berichtete, dass Russlands mit Geflügelfleisch derzeit fast 100% erreicht hat, bei Schweinefleisch 90%, bei Rindfleisch 65%. Nach Angaben der Regierung versorgt Russland 75% seines Bedarfs mit Milch.²³⁸ Experten gehen davon aus, dass Russland mit Hilfe von Gegenmaßnahmen auf eine rasche Aufhebung der gegen Russland verhängten Sanktionen gehofft hat. Und am Ende kann sie das Sanktionsrennen nicht einfach hinter sich lassen.²³⁹

Personenbezogene Sanktionen der USA und der EU, die zunächst für mehrere Politiker verhängt wurden, denen die Einreise in das Hoheitsgebiet der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten verboten war. Es wurde angekündigt, dass ihre Gelder auf den Konten westlicher Banken im Falle einer Aufdeckung eingefroren werden. Im Laufe der Zeit wurden nicht nur Politiker, sondern auch Geschäftsleute, Künstler und Vertreter anderer Berufe mit persönlichen Sanktionen belegt. Die Unternehmensvertreter, die sanktioniert wurden, wurden zusätzlich vor möglichen Belästigungen durch staatliche Behörden geschützt. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass persönliche Sanktionen positive Konsequenzen für das Land hatten, trug zur Vereinheitlichung der Wirtschaftselite und zur Stärkung ihrer Verbindung mit den Interessen des Mutterlandes bei. Die Unternehmensvertreter, die sanktioniert wurden, wurden zusätzlich vor möglichen Belästigungen durch staatliche Behörden geschützt. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass persönliche Sanktionen positive Konsequenzen für das Land hatten, da sie dazu beigetragen haben, die Wirtschaftselite zu vereinen und ihre Verbindung mit den Interessen Russlands zu stärken.²⁴⁰

Die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen Russlands zu China kann auch als positives Ergebnis der antirussischen Sanktionen gewertet werden. Im Jahr 2015 haben Russland und China vereinbart, einige Transaktionen in Rubel und Yuan abzuwickeln, um die Abhängigkeit vom US-Dollar und Euro zu verringern. Die Sanktionen trugen zur Umorientierung der Wirt-

²³⁸ Zhivilova V.: Analiz izmeneniya struktury vneshnetorgovykh operacij v usloviyakh dejstviy sankcionnykh ogranichenij, *Mezhdunarodnyj nauchno-issledovatel'skij zhurnal*, № 11, Часть 1, 2015. Online verfügbar unter: <https://research-journal.org/wp-content/uploads/2015/12/11-1-42.pdf#page=42> (letzter Zugriff: 22.08.19)

²³⁹ Vgl. Batalov, Nikita: 4 goda prodembargo: opravdala li sebya rossijskaya politika kontrsankcij?, DW, 07.08.2018. Online verfügbar unter: <https://p.dw.com/p/32hrq> (letzter Zugriff: 23.08.19)

²⁴⁰ Vgl. Bulatova, Ajsylu; Abulguzin, Nail: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii, *Aktualnye problemy ekonomiki i prava*, №3 (35), 2015, S.34. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/vliyanie-sanktsiy-na-ekonomiku-rossii> (letzter Zugriff: 24.08.2019)

schaft von der Produktion von Rohstoffen zur Produktion von Produkten mit hoher Wertschöpfung bei. Sie wurden auch zum Impuls für den Ersatz importierter Waren durch Waren, die von einheimischen Unternehmen hergestellt wurden.²⁴¹ Finanzielle Sanktionen gegen Russland haben zu einer starken Einschränkung des Zugangs inländischer Banken und Unternehmen zu günstigen Krediten westlicher Banken geführt. Für das russische Geschäft war es vorteilhaft, Kredite von Banken in europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten aufzunehmen, um Zinsen für zuvor aufgenommene Kredite zu zahlen und ihr eigenes Geld in die Entwicklung zu investieren.²⁴² Laut Experten des Instituts für Wirtschaftsprognosen der Russischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 2015 musste die russische Wirtschaft nach der Verhängung von Sanktionen zwischen 160 und 200 Milliarden Dollar an Fremdmitteln aufbringen. Diese finanziellen Mittel mussten entweder bei Banken in asiatischen Ländern, die eine ausreichend lange Zeit in Anspruch genommen hatten, oder aus deren Umlaufvermögen bezogen werden. Infolgedessen wurde ein erheblicher Teil des Geldes, das zur Entwicklung und Verbesserung seiner Aktivitäten verwendet werden konnte, für Zinsen für frühere Darlehen ausgegeben. Als positive Konsequenz der Finanzsanktionen kann angesehen werden, dass das Inlandsgeschäft nach einem Ersatz für westliche Banken gesucht hat und in die asiatischen Finanzmärkte eingetreten. Russische Unternehmen haben gezeigt, dass sie strategische Investoren außerhalb der USA und der Europäischen Union finden können. Zum Beispiel Rosneft hat 19,5% seiner Anteile an das internationale Konsortium Glencore und den Staatsfonds von Katar verkauft. Ein wesentlicher positiver Effekt von Finanzsanktionen war die Entwicklung und Einführung des nationalen Zahlungssystems „Mir“ im Gegensatz zu den Versuchen die Abwicklung einiger Banken in den Zahlungssystemen MasterCard und Visa einzuschränken.²⁴³

Dennoch sieht der russische Präsident Wladimir Putin die größte Gefahr von Sanktionen in der Beschränkung des Exports von Ausrüstungen und Technologien nach Russland. Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und einige andere Staaten haben ihren Unternehmen verboten, militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland zu liefern und Ausrüstungen für die Erschließung von Gas- und Ölfeldern im arktischen Schelf und in Schieferformationen zu exportieren. Nach Berechnungen der Spezialisten von Institut für Wirtschaftsprognose RAN, eine Abnahme des Entwicklungstempos neuer Ölfelder bis zum

²⁴¹ Vgl. Klinona, Marina/Sidorova Elena: Rossiya — Evrosoyuz: prodolzhenie sankcionnogo protivostoyaniya, Voprosy Ekonomiki, 2017, No. 6, S.120. Online verfügbar unter: <https://mgimo.ru/upload/iblock/994/klinova-sidorova%206-17.pdf> (letzter Zugriff: 23.08.2019)

²⁴² Vgl. Bulatova, Ajsylu; Abelguzin, Nail: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii, Aktualnye problemy ekonomiki i prava, №3 (35), 2015, S.28. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/vliyanie-sanktsiy-na-ekonomiku-rossii> (letzter Zugriff: 24.08.2019)

²⁴³ Vgl., Ebd., S. 29

Jahr 2030 wird zu einem Rückgang der Ölförderung um 15% führen. Der positive Effekt des Verbots des Verkaufs von Ausrüstungen und Technologien an Russland war die Beschleunigung der Umsetzung von Importsubstitutionsmaßnahmen im Rüstungssektor.

Die Sanktionen der ersten Welle, die im Jahr 2014 eingeführt wurden, waren eher symbolisch und wirkten sich nicht wirklich auf die russische Wirtschaft aus. Nachfolgende Beschränkungen wurden jedoch viel schwerwiegender. Unter dieser Sanktionen befanden sich bestimmte Personen, Banken und Unternehmen Russlands. Darüber hinaus wurde die Lieferung von Technologie, Waffen und anderen Gütern auf den russischen Markt durch amerikanische, europäische, kanadische, australische und japanische Unternehmen eingeschränkt.

Die Sanktionen haben den Zugang inländischer Banken zu günstigen Krediten beschränkt und die Finanzierung russischer Unternehmen durch ausländische Banken und unterbrachen den Investitionsfluss der meisten EU-Länder in die inländische Produktion verringert. Sanktionen europäischer Länder in den Jahren 2014-2018 haben ein Fünftel des russischen BIP betroffen.²⁴⁴

Die von Russland verhängten Gegensanktionen haben zu höheren Preisen auf dem Verbrauchermarkt und niedrigeren Einkommen in Russland geführt. Der durch Sanktionen verursachte Abzug ausländischer Unternehmen aus Russland geht mit der Einstellung der Übertragung von Steuern und Abgaben in Milliardenhöhe auf den russischen Haushalt einher. Bisher fehlt es im Haushalt an Mitteln, die die Russen aus ihrem Einkommen aufholen müssen.

Eine der schwerwiegendsten Folgen der weiteren Ausweitung der Sanktionen gegen Russland ist die Trennung des Landes vom Interbankensystem SWIFT, über das internationale Geldtransfers abgewickelt werden. Durch diese Maßnahme wird das Inlandsgeschäft von der Außenwelt abgeschnitten. Um dieser Sanktionsmaßnahme entgegenzuwirken, hat die russische Zentralbank im Jahr 2014 einen eigenen Dienst für die Übermittlung von Finanzinformationen entwickelt. Bisher ist weniger als die Hälfte der Banken der Russischen Föderation an dieses System angeschlossen. In dringenden Fällen werden alle russischen Banken diesen Service in Anspruch nehmen, aber Russland kann ausländische Banken nicht zwingen, sein Zahlungssystem zu nutzen.²⁴⁵

Das Verbot des Kaufs von russischem Öl könnte auch die gefährlichste Sanktionsfolge für die russische Wirtschaft sein. Antirussische Sanktionen werden den Export von Öl und Gas nicht

²⁴⁴ Vgl. Bulatova, Ajsylu; Abulguzin, Nail: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii, Aktualnye problemy ekonomiki i prava, №3 (35), 2015, S.31. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/vliyanie-sanktsiy-na-ekonomiku-rossii> (letzter Zugriff: 25.08.2019)

²⁴⁵ Vgl. Popova Elena: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii v 2019 godu, WIKI Business, 16.04.19. Online verfügbar: <http://wikibusiness.ru/vliyanie-sankcij-na-ekonomiku-rossii-v-2019-godu/> (letzter Zugriff: 25.08.19)

vollständig blockieren können, können aber zu deren Reduzierung führen. Die Folge davon wird nach einigen Schätzungen ein Verlust von mindestens 32 Mrd. Dollar pro Jahr sein, ein Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Öl- und Gassektor, ein Rückgang der staatlichen Sozialhilfe und ein Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung sein. Bisher werden die Budgets von zehn Teilgebieten Russlands zu mehr als 20% auf Kosten von Unternehmen gebildet, die unter Sanktionen bleiben. Dies sind hauptsächlich Regionen, in denen Öl und Gas gefördert werden. Mit der Ausweitung der Sanktionen wird sich die Höhe der Einkommensteuerabzüge auf die Haushalte dieser Regionen verringern.²⁴⁶

Der russische Präsident Wladimir Putin hat auf einer Plenarsitzung des fünften Internationalen Arktisforums in St. Petersburg vom 9. bis 10. April 2019 von illegalen Sanktionen gegen den Westen gesprochen, da diese vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigt worden waren. Der Präsident Putin hat hingewiesen, dass der Sanktionsdruck russische Wirtschaft behindert, aber nicht kritisch ist und bis zu einem gewissen Grad die aktive Entwicklung eigenen Technologien fördert. Ihm zufolge wurden im Jahr 2018, 600 Milliarden in Importsubstitutionen investiert, die effektiv funktionieren. Der Staat wird die Importsubstitutionsprozesse weiterhin unterstützen und die Anstrengungen in diese Richtung verstärken.²⁴⁷

Für die EU sind die insgesamt negativen Folgen der Sanktionen vernachlässigbar. Sabine Fischer, die Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit ist der Meinung, dass es drei Faktoren waren, die auf die Volkswirtschaften der EU Mitgliedstaaten beeinflusst haben. Erstens, die die restriktiven Maßnahmen der EU unterbinden bestimmte Interaktionen in der Rüstungsindustrie, der Hochtechnologie und im Energiesektor. Zweitens, wegen des russischen Einfuhrverbots mussten einige Mitgliedstaaten Rückgänge ihrer landwirtschaftlichen Exporte hinnehmen. Drittens, die Rezession und die mit ihr verbundene Schwächung der russischen Kaufkraft haben auf in Russland tätige Unternehmen aus der EU negativ beeinflusst.²⁴⁸

Laut Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftler werden die Konsequenzen der Sanktionen für die Gesamtwirtschaft der EU perspektivisch sehr begrenzt sein und zwar unter 0,5% des BIP. Die Konsequenzen der Sanktionen auf die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer sind

²⁴⁶ Vgl. Bulatova, Ajsylu; Abulguzin, Nail: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii, Aktualnye problemy ekonomiki i prava, №3 (35), 2015, S.32. Online verfügbar unter: <https://cyberleninka.ru/article/n/vliyanie-sanktsiy-na-ekonomiku-rossii> (letzter Zugriff: 25.08.2019)

²⁴⁷ Vgl. Plenarnoe zasiedanie Mezhdunarodnogo arkticheskogo foruma, stenogramma, sajt Prezidenta Rossii, 09.04.2019, Online verfügbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/60250> (letzter Zugriff: 25.08.2019)

²⁴⁸ Vgl. Fischer, Sabine: Sanktionen als Dauerzustand? Vorschlag für eine Flexibilisierung der EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, SWP-Aktuell, 24/2017, S.5. Online verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51614-9> (letzter Zugriff: 25.08.19)

unterschiedlich und hängen von wirtschaftlichen Interdependenzen mit Russland ab. Deutschland, als Russlands wichtigster europäischer Handelspartner trägt große Verluste wegen der EU-Sanktionen. Frankreich hat in Folge der Sanktionen den Verkauf zweier Hubschrauberträger vom Typ Mistral gestoppt. Der französische Bankensektor ist wegen besonders hoher Kredite an russische Unternehmen Risiken ausgesetzt. Andere ostmitteleuropäische EU-Mitgliedsstaaten und Finnland wurden von dem russischen Agrarembargo betroffen.²⁴⁹

Um die nachteiligen Folgen der Sanktionen für die EU-Mitgliedstaaten zu vorbeugen, hat die Kommission im Jahr 2014 eine Reihe von Schritten eingeleitet, um negative Wirkungen auf die Wirtschaft auszugleichen. Dies waren Maßnahmen zur Stabilisierung des Agrarmarkts innerhalb der EU und die Anstrengungen, neue Absatzmärkte innerhalb des Binnenmarkts oder in Drittstaaten zu erschließen. So wurde der Verlust des russischen Marktes durch eine Umorientierung auf andere Märkte wie Weißrussland kompensiert. Die EU-Sanktionen vom Jahr 2014 wurden bewusst so gestaltet, dass sie die engen Energiebeziehungen mit Russland, vor allem im Erdgasbereich, auch mittel- bis langfristig nicht gefährden.²⁵⁰ Schon lange vor dem Ausbruch der akuten Krise, gab es in der EU die Bestrebungen die Erdgasimporte zu diversifizieren. Die primären und sekundären Konsequenzen der Sanktionen seit dem Jahr 2014 führen auch auf EU-Seite in verschiedenen Sektoren zu Entflechtungstendenzen.²⁵¹

Die Hohe Vertreterin der EU für auswärtige Angelegenheiten, Federica Mogherini, sagte, dass die EU-Sanktionen gegen Russland (und das russische Embargo für Lebensmittelimporte aus Europa) eine verhaltene Auswirkung auf die europäische Wirtschaft hatten und Lebensmittelproduzenten in Europa alternative Märkte angepasst und gefunden haben. Seit dem Jahr 2013 ist der Export von Agrarerzeugnissen und Erzeugnissen aus der EU in Drittländer um 14,6% gestiegen. Ende des Jahres 2018 beliefen sich die Agrar- und Lebensmittelexporte der EU auf 37,4 Milliarden Euro. EU-Statistiken zeigen, dass vor allem Hersteller aus Mitgliedsländern der EU die Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte in die USA, nach Japan und Norwegen erhöht haben. Trotz des russischen Embargos, das die Lieferungen von Fleisch und Fleischprodukten, Milch und Milchprodukten, Gemüse und Obst aus Europa einschränkt hat, bleibt Russland einer der größten Importeure von Lebensmitteln aus der EU, die nicht unter das Embargo

²⁴⁹ Vgl. Wirtschaftliche Folgewirkungen der Sanktionen der Europäischen Union gegenüber der Russischen Föderation, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, 12.12.2017, S.13. Online verfügbar: <https://www.bundestag.de/resource/blob/536718/54595d92714e1eb4ec85cb5a387ae945/wd-5-088-17-pdf-data.pdf> (letzter Zugriff: 25.08.19)

²⁵⁰ Vgl., ebd.

²⁵¹ Vgl. Fischer, Sabine: Sanktionen als Dauerzustand? Vorschlag für eine Flexibilisierung der EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, SWP-Aktuell, 24/2017, S.5. Online verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51614-9> (letzter Zugriff: 25.08.19)

fallen. Im Jahr 2018 wurde auf Russland einen Anteil von 5% der europäischen Exporte von Waren (mehr als 6 Mrd. €) entfallen. Die Gegenmaßnahmen wirken sich nicht auf die Versorgung mit Fleisch- und Fischkonserven, Schalentieren, Nüssen, Oliven, frischem und gekühltem Lammfleisch, Eiern, Tomatenkonserven und Fruchtpüree.²⁵²

5. Medienberichterstattungen und politische Aussagen EU/Russland

5.1 Reaktionen der EU auf der Fall Skripal

Der Fall Skripal hat im Jahr 2018 die Aufmerksamkeit in der Gesellschaft, Politik sowie die juristische Fachwelt gleichermaßen geweckt. Im Vordergrund der politischen Diskussionen stand jedoch vor allem der Streit zwischen Großbritannien und Russland, ob und inwieweit Russland für den Angriff auf den ehemaligen russischen Agenten und seine Tochter verantwortlich gemacht werden konnte. Während für die britische Regierung die russische Verantwortung nach kurzer Zeit festgelegt wurde, bestreitet Russland dies bis heute.

Am 6. März 2018 wurden der ehemalige russische Geheimdienstagent Sergei Skripal und seine Tochter Yulia bewusstlos auf einer Parkbank in Salisbury im Süden Englands gefunden. Es war unklar mit wem Sergei Skripal und seine Tochter in Kontakt gekommen waren. Am 8. März hat die Polizei festgestellt, dass die beiden durch ein Nervengift vergiftet waren. Die britische Polizei hat angekündigt, dass es ein Militärgas Neurotoxin Novichok war, das möglicherweise in ehemaligen sowjetischen Laboren hergestellt wurde. Russland lehnt alle Vorwürfe zu diesem Thema bis heute ab und hat angekündigt, dass es in der UdSSR oder in Russland keine Programme für die Entwicklung eines solchen Gas gab. Sergej Skripal und seine Tochter Julia sowie ein Polizist, der am Fundort mit dem Nervengift in Kontakt gekommen war, waren im Lebensgefahr und haben knapp überlebt. Am 12. März, sechs Tage nach dem Anschlag, hat die britische Premierministerin May der russische Regierung vorgeworfen, in dem Anschlag verantwortlich zu sein. In der Folge hat England und andere europäische Staaten

²⁵² Vgl. Evrokomissiya: kontrspancii Rossii bolshe ne vredyat ekonomike ES, BFM.ru, 19.06.2019. Online verfügbar unter: <https://www.bfm.ru/news/417191> (letzter Zugriff: 25.08.2019)

russische Diplomaten ausgewiesen. Russland hat als die Antwort britische und andere europäische Diplomaten ausgewiesen.²⁵³ Am 19. März verurteilten die EU-Außenminister den Vorfall in Salisbury und forderten Russland auf, Fragen der britischen Ermittlungen zu beantworten. Am 22. März forderte die britische Premierministerin Theresa May auf dem EU-Gipfel in Brüssel die europäischen Länder auf, sich zusammenzuschließen, um der russischen Bedrohung entgegenzuwirken. Am 23. März es wurde auf dem Gipfel beschlossen, den Botschafter in Russland Markus Ederer zu Konsultationen zurückzurufen (er kehrte am 13. April nach Moskau zurück). In der Schlusserklärung heißt es, dass „die EU die Einschätzung der britischen Regierung ernst nimmt, wonach die Russische Föderation höchstwahrscheinlich für die Vergiftung von Skripal verantwortlich ist“. Die EU-Länder haben beschlossen, ihre Maßnahmen in Bezug auf mögliche Konsequenzen im Lichte der Reaktion der russischen Behörden zu koordinieren. Medienberichten zufolge hat sich Theresa May auf dem EU-Gipfel bei einem trilateralen Treffen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine Unterstützung gesichert, wodurch sie andere Teilnehmer des Gipfels von gemeinsamen Maßnahmen gegen Russland überzeugen konnte. Am 26. März kündigten 20 europäische Länder, darunter 18 EU-Mitglieder, sowie die USA, Kanada und Australien die Ausweisung russischer Diplomaten an (116 Personen insgesamt). Dies war das erste Mal in der Geschichte der internationalen Beziehungen, dass Diplomaten aufgrund eines Vorfalls in einem Drittstaat ausgewiesen wurden. Später kündigten auch andere Staaten die Entscheidung an, die Angestellte der russischen diplomatischen Vertretungen zu „Persona non grata“ zu erklären.

Zur gleichen Zeit haben sich einige EU-Länder entschieden in der Aktion gegen Russland nicht teilzunehmen, darunter Österreich, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Zypern und die Slowakei. Diese Länder haben erklärt, dass ein Dialog mit Russland fortgesetzt werden muss, und haben auf den Mangel an Beweisen für die Beteiligung Russlands an dem Vorfall in Salisbury hingewiesen. Die Entscheidung, Diplomaten auszuschließen, wurde von den kleinen Ländern der Europäischen Union größtenteils nicht unterstützt. Der Hauptgrund für die Ablehnung der diplomatischen Demarche waren mögliche Vergeltungsmaßnahmen Moskaus, die die Arbeit ihrer Botschaften vollständig blockieren könnten. So wurde zum Beispiel die Regierung von Malta erklärt. Die luxemburgischen Behörden entschieden sich daher insbesondere für eine

²⁵³ Vgl. Jungfleisch, Julia: Der Fall Skripal und die Frage, ob die Tötung eines Menschen eine Gewaltanwendung iSv Art. 2 Nr.4 UNCh darstellt, 15.03.19, S.2 Online verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=3431208> (letzter Zugriff: 26.08.19)

zurückhaltende Maßnahme und riefen ihren Botschafter aus Russland zu Konsultationen zurück. Die griechischen Behörden haben die Frage offen gelassen, ob sie sich der Aktion von Partnern in der NATO und der EU anschließen werden, um russische Diplomaten auszuschließen. Athen hat offiziell beschlossen, auf die Ergebnisse der Untersuchung zu warten und eine endgültige Entscheidung zu treffen. Die griechische Regierung unter der Führung von Alexis Tsipras versucht, die Kontakte zu Moskau zu vertiefen, kritisiert die EU-Sanktionen gegen Russland und nennt sie kontraproduktiv.²⁵⁴ Österreich hat sich der Ausweisung von Diplomaten nicht angeschlossen und betrachtet sich als ein „neutrales Land“ welches „Brücken zwischen Ost und West bauen“ will. Außerdem Wien ist der Sitz vielen internationalen Organisationen. Laut Kurz, andere Länder wie die baltischen Staaten, oder Polen haben aufgrund ihrer Geschichte ein anderes Verhältnis zu Russland und man für beide Wege ein Verständnis aufbringen muss.²⁵⁵ Bulgarien, das im ersten Halbjahr 2018 den Vorsitz im EU-Rat gehabt hat, weigerte sich, russische Diplomaten auszuschließen, und hat damals angekündigt, dass es seinen Botschafter in Moskau zu Konsultationen zurückrufen werde. Portugal hat es ebenfalls getan. Die Tatsache, dass nicht alle Länder der Europäischen Union den Ruf Großbritanniens unterstützt haben, wurde von der Europäischen Kommission in aller Ruhe akzeptiert. Formal liegt die Ausweisung ausländischer Diplomaten in der Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten. Und in diesem Fall wurde das für offizielle EU-Entscheidungen erforderliche Konsensprinzip nicht nötig.²⁵⁶

Am 18. März 2018 hat der russische Präsident Wladimir Putin die Situation um die mögliche Vergiftung von Skripal als „völligen Unsinn“ bezeichnet. Ihm zufolge „ist es unvorstellbar, dass sich jemand in Russland solche Tricks am Vorabend der Präsidentschaftswahlen und der Fußballweltmeisterschaft erlauben würde.“ Während eines Treffens gab der Leiter der Abteilung für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle, Wladimir Ermakow, bekannt, dass Russland an der Vergiftung überhaupt nicht beteiligt ist. Die britische Seite wurde beschuldigt, gegen internationale Standards verstoßen zu haben, da sie sich geweigert hatte bei der Untersuchung der Umstände des Falls mit Russland zusammenzuarbeiten. Es wurde auch vermutet, dass der Angriff "ein weiteres grob gefälschtes illegales Glücksspiel“ sei. Eine Reihe von Diplomaten, darunter Vertreter aus Serbien und Venezuela, haben Russlands Haltung geteilt. Andere Länder,

²⁵⁴ Vgl. Bushuev, Mixail: Delo Skripalya: pochemu ne vse strany ES vyslali rossijskix diplomatov , DW, 28.03.18. Online verfügbar unter: <https://p.dw.com/p/2v9Fv> (letzter Zugriff: 26.08.19)

²⁵⁵ Kurz: Österreich in Skripal-Affäre nicht isoliert, der Standard, 04.04.18. Online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000077339763/kurz-oesterreich-in-skripal-affaere-nicht-isoliert> (letzter Zugriff: 26.08.19)

²⁵⁶ Vgl. Bushuev, Mixail: Delo Skripalya: pochemu ne vse strany ES vyslali rossijskix diplomatov , DW, 28.03.18. Online verfügbar unter: <https://p.dw.com/p/2v9Fv> (letzter Zugriff: 26.08.19)

darunter die USA und Frankreich, bekundeten ihre Solidarität mit London und machten Moskau für den Vorfall in Salisbury verantwortlich.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte an einer Tagung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik am 14. April 2018 in Moskau, das Schweizerische Zentrum für radiologische und chemisch-bakteriologische Analysen die toxische Chemikalie BZ in Proben aus Salisbury entdeckt hat. Die giftige Chemikalie BZ war bei den Armeen der USA, Großbritanniens und anderer NATO-Staaten im Einsatz und ist für nicht tödliche Aktionen ausgelegt.

Außerdem schlug er vor, dass London etwas zu verbergen habe, wenn es sich weigere, im Fall Skripal mit Moskau zusammenzuarbeiten. Lawrow betonte, dass Moskau London wiederholt aufgefordert hat, die Angelegenheit gemeinsam zu untersuchen.²⁵⁷

Bis heute es konnte nicht bewiesen werden, dass Russland für den Angriff auf Skripal verantwortlich ist. Eine tatsächliche Verantwortlichkeit Russlands konnte bis heute nicht bewiesen werden, liegt aber aufgrund der in der Presse veröffentlichten Ermittlungsergebnisse durchaus nahe. Einem Hotelzimmer in Salisbury es wurden die Spuren des Giftes gefunden, in dem zwei russische, nach eigenen und offiziellen Angaben der russischen Regierung, Privatpersonen, vermutlich aber Angehörige des russischen Militärgeheimdienstes übernachtet haben. Die Videobelegen haben die Anwesenheit beider Männer am Tatort bestätigt.

Ende Januar 2019 hat der EU-Rat für auswärtige Angelegenheiten im Rahmen des neuen Regimes Sanktionen gegen chemische Waffen verhängt. Im Rahmen dieser Sanktionen hat das Europäische Parlament die Beteiligung Russlands im Fall Skripal sowie an Desinformationskampagnen und Cyberangriffen der russischen Geheimdienste, die auf die Destabilisierung der öffentlichen und privaten Kommunikationsinfrastrukturen und die Verschärfung der Spannungen innerhalb der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten abzielen, nachdrücklich verurteilt.²⁵⁸ Die Liste der Personen umfasst zwei GRU-Offiziere, den Leiter und den stellvertretenden Leiter der GRU (GRU, Generaldirektion des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation), die für den Besitz, den Transport und den Einsatz giftiger Nervengifte verantwortlich sind. Darüber hinaus es wurden Sanktionen gegen das syrische Zentrum für Forschung und Entwicklung, das für die Entwicklung und Herstellung chemischer Waffen zuständig ist, sowie gegen fünf syrische Beamte verhängt, die direkt an den Aktivitäten des Zentrums beteiligt sind. Diese natürlichen und juristischen Personen waren die ersten, die unter dem

²⁵⁷ Vgl. Mezhdunarodnaya reakciya na "delo Skripalya". Dosje, TACC, 18.04.18. Online verfügbar unter: <https://tass.ru/info/5138175> (letzter Zugriff: 27.08.19)

²⁵⁸ Kalniete, Sandra: Bericht über den Stand der politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland (2018/2158(INI)), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Europäisches Parlament, 08.02.19. Online verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2019-0073_DE.html (letzter Zugriff: 27.08.19)

neuen Sanktionsregime für chemische Waffen aufgeführt wurden. Das Zentrum für Forschung und Entwicklung war zuvor unter den Sanktionen gegen Syrien aufgeführt. Zu den Sanktionen gehören ein Einreiseverbot für Personen, die an der Verwendung chemischer Waffen beteiligt sind, sowie das Einfrieren von Vermögenswerten von Einzelpersonen und juristischen Personen.²⁵⁹ Bis vor kurzem hat die EU über keinen rechtlichen Rahmen verfügt, der Sanktionen gegen die für den Angriff Verantwortlichen erlaubt. Im Oktober 2018 genehmigte der EU-Rat eine Sanktionsregelung für den Einsatz chemischer Waffen und führte Anfang 2019 die ersten spezifischen restriktiven Maßnahmen ein.

Trotz des Auftretens neuer Tatsachen im Skripal-Fall berichten Russland und Britannien zuversichtlich, dass ihre wirtschaftlichen Beziehungen nicht beeinträchtigt wurden. Ende 2018 belief sich der Handel zwischen zwei Länder auf 13,7 Milliarden US-Dollar, auf 7,9 Prozent mehr gegenüber dem Jahr 2017. Das meiste davon sind russische Exporte, etwa 9,7 Milliarden US-Dollar.²⁶⁰

5.2 Politik Russlands und EU mit Iran, Syrien, Libyen

Die ukrainische Krise ist zum Hauptstolperstein in den russisch-europäischen Beziehungen geworden. Es war jedoch nicht das einzige weltpolitische Ereignis, das die Verschärfung der Beziehungen zwischen Russland und der westlichen Welt zum gegenwärtigen Zeitpunkt beeinflusste: Sie waren ernsthaft von dem Konflikt in Syrien betroffen, der 2011 begann und bis heute andauert. Im Rahmen dieses Konflikts kam es vor dem Hintergrund der Unterstützung bzw. des Kampfes gegen das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

So ist Syrien nach Ansicht vieler Experten ein Schauplatz einer großen geopolitischen Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen, vor allem mit den Vereinigten Staaten geworden. Der Versuch der russischen Führung, das Regime von B. Assad vor einem möglichen Sturz zu schützen, war ein Hinweis auf die russischen Ambitionen in der Region sowie auf den Wunsch, den Vereinigten Staaten die Hegemonie im Nahen Osten zu nehmen, die sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR entwickelt hat.

²⁵⁹ Vgl. Chemische Waffen: neun Personen und eine Organisation werden der neuen EU-Sanktionsregelung unterworfen, Rat der EU Pressemitteilung, 21.01.2019. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/01/21/chemical-weapons-the-eu-places-nine-persons-and-one-entity-under-new-sanctions-regime/> (letzter Zugriff: 28.08.19)

²⁶⁰ Vgl. Barysheva, Elena: "Delo Skripalej": vliyaniye na ekonomiku RF i Velikobritanii god spustya, 04.03.19. Online verfügbar unter: <https://p.dw.com/p/3EOqp> (letzter Zugriff: 28.08.19)

Dr. Katrin Böttger, Direktorin des Instituts für Europäische Politik in Berlin ist der Meinung, dass Russland als strategischer Partner für Beilegung internationale Krisen benötigt wird und die EU sowie Russland neben den USA wichtige politische Akteure in Rahmen der Konflikten in Iran, Syrien und Libyen sind. Laut D. Böttger, Russland hat eine große geopolitische Bedeutung und ist mehr als eine Regionalmacht. Als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und als große Militär- und Nuklearmacht spielt Russland auf außenpolitische Ebene eine wichtige Rolle.²⁶¹

Als Beispiel dafür nennt Dr. Böttger die gemeinsame Konfliktlösung der E3+3-Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, China, Russland und USA mit Iran zur Beilegung des Atomstreits. Auf dem Gipfel es wurde ein umfassender gemeinsamer Aktionsplan erzielt und Russland als ständiger Mitglieder im Sicherheitsrat der UN eine wichtige Rolle gespielt hat. Andere gemeinsame Projekte zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen mit der Europäischen Union und NATO wurden aufgrund des Ukraine-Konflikts eingefroren.²⁶²

Was der Bürgerkrieg in Syrien angeht, vertritt die russische Führung der Standpunkt, dass der Konflikt im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gelöst werden muss, wenn dabei die Ausübung der militärische Kräfte notwendig ist. Die USA haben ein militärisches Eingreifen erwägt und der EU sich auf ein Aussetzen der bilateralen Kooperationsprogramme und Sanktionen konzentriert hat. Trotzdem bleibt die Position der EU in diesem Konflikt sehr unklar. In seinem Bericht über die Rolle der Europäischen Union im Syrienkonflikt stellt der französische EU-Diplomat und derzeit Gastprofessor bei der Denkfabrik Carnegie Endowment for International Peace in Brüssel Marc Pierini fest, dass die Europäische Union trotz der negativen Haltung gegenüber dem Regime von B. Assad keine große Rolle bei der Lösung des Syrienkonflikts spielt und dass ihre weite Beteiligung am Konflikt nur durch humanitäre Operationen begrenzt ist.²⁶³ Er ist der Meinung, dass zu den Gründen für die inaktive diplomatische Präsenz der EU in der Region gehören: Die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten der Union, die sich seit der humanitären Katastrophe in Syrien verschärft und die Zunahme der Migrationsströme in die EU-Staaten zur Folge hat; Darüber hinaus haben das Fehlen jeglicher Kompromisse in Bezug

²⁶¹ Vgl. Böttger, Katrin: Die EU-Russland-Beziehungen: Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise, Berlin, Integration – 3/2015, S.209. Online verfügbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/B%C3%B6ttger-EU-Russland-Beziehung.pdf> (letzter Zugriff: 29.08.19)

²⁶² Vgl. ebd., S.210

²⁶³ Vgl. Pierini, Marc: In search of an EU Role in the Syrian war, Carnegie Endowment for International Peace, 2017, S.11 Online verfügbar unter: https://carnegieendowment.org/files/CP_284_Pierini_Syria_Final.pdf (letzter Zugriff: 29.08.19)

auf eine gemeinsame europäische Außenpolitik in der Region sowie die schrittweise Umsetzung des Vertrags von Lissabon die Rolle der supranationalen europäischen Institutionen geschwächt und den Status der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bei der Entscheidungstreffen gestärkt.²⁶⁴

Die russischen Behörden leisten im Rahmen der Unterstützung des B. Assad-Regimes nicht nur militärische, sondern auch humanitäre Hilfe. Theoretisch dieser Bereich konnte zu einer Plattform für die Entwicklung der russisch-europäischen Zusammenarbeit werden: Durch die Förderung gemeinsamer humanitärer Ziele und die Unterstützung der syrischen Bevölkerung bei der Bewältigung der Schrecken des Krieges könnten Russland und die Europäische Union zusammenarbeiten - und nicht zuletzt das seit der Ukraine-Krise verlorene Vertrauen wiederherstellen, das später die Zusammenarbeit in anderen Bereichen und vor allem in der Politik verbessern würde.

Laut den durchgeführten Umfragen sehen europäische Politiker eine Möglichkeit für eine Zusammenarbeit mit Russland, vor allem bei der Lösung von Nahostproblemen, insbesondere in Syrien. Nach Angaben des European Leadership Network sehen mehr als ein Viertel der befragten Politiker dies als die wichtigste Möglichkeit für eine Interaktion mit Russland.²⁶⁵ Darüber hinaus haben viele von ihnen den Kampf gegen den Terrorismus als eine weitere Chance für die russisch-europäische Zusammenarbeit genannt. Dieser Bereich könnte auch im Hinblick auf die Wiederherstellung der russisch-europäischen Beziehungen vielversprechend werden.

5.3 Lösungsansätze für die künftige Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen

Seit der Ukraine-Krise erleben die Beziehungen zwischen der EU und Russland nach einer Phase enormer Rückschritte einen gravierenden Wandel. Dies wurde vor allem durch das wachsende Misstrauen zwischen den beiden Akteuren in den internationalen Beziehungen geprägt, das durch die unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Ereignisse in der Welt verursacht wurde. So wurden die ukrainischen Ereignisse des Jahres 2014 von den russischen und europäischen Führungen auf völlig unterschiedliche Weise interpretiert. In der Folge wurden

²⁶⁴ Vgl. ebd., S.13

²⁶⁵ Vgl. What is the future for EU-Russia relations? A survey of European Leadership Network members for the EU's Global Strategy on foreign and security policy, London, 2016, S.11. Online verfügbar unter: <https://www.europeanleadershipnetwork.org/wp-content/uploads/2017/10/ELN-EEAS-Russia-EU-Survey.pdf> (letzter Zugriff: 30.08.19)

die Beziehungen zwischen der EU und Russland auch durch die auf beiden Seiten verhängten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen beeinträchtigt.

Österreichischer Politikwissenschaftler Dr. Gerhard Mangott ist jedoch der Meinung, dass die Entfremdung zwischen der EU und Russland längst vor der Ukraine-Krise begonnen hat, da ein neues Rahmendokument für die bilateralen Beziehungen, das den im Jahr 2007 eigentlich ausgelaufenen Partnerschafts- und Kooperationsvertrag ersetzt könnte, nicht verabschiedet wurde.²⁶⁶

Seit Beginn der Ukraine-Krise sind fünf Jahre vergangen, aber es besteht kein Grund, über die Wiederherstellung oder zumindest Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union zu sprechen. Viele Interaktionsmechanismen zwischen Moskau und Brüssel sind immer noch blockiert, beide Seiten betonen die Unmöglichkeit, zu alten Modellen und Formen der Zusammenarbeit zurückzukehren. Die ehrgeizigen Pläne für die Schaffung eines „einheitlichen europäischen Raums“ und den Aufbau eines „größeren Europas“ wurden eingefroren oder zumindest für lange Zeit beiseitegelegt. Gleichzeitig haben die letzten fünf Jahre, wenn auch nicht ganz klar und nicht unbedingt endgültig, die gegenwärtigen Grenzen der Verschärfung der Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen des europäischen Kontinents aufgezeigt.²⁶⁷

Dr. Mangott glaubt, dass die EU-Mitgliedsstaaten sich dagegen entschieden haben, ein Dialog mit Russland zu führen. Darüber hinaus es wurden immer wieder verlängerte wirtschaftliche, finanzielle und militärische Sanktionen gegen Russland beschlossen. Das Ziel dieser Sanktionen, das Verhalten der russischer Führung zu ändern, wurde seiner Meinung nach, nicht erfüllt. Die von der EU verhängte Sanktionen haben aber Russland bestraft, in dem das die die makroökonomischen Eckdaten und die Lebensverhältnisse der Menschen sich verschlechtert haben. Nichtsdestotrotz werden die Sanktionen von der Mehrheit der EU fortgeschrieben. Die Mitgliedsstaaten, die gegen Sanktionen eingestellt sind, stimmen dennoch der Geschlossenheit der EU für ihre Verlängerung²⁶⁸.

Einige russische Politikwissenschaftler glauben, dass es logisch ist, anzunehmen, dass die bestehenden Beziehungen für beiden Seiten passen, wenn die EU und Russland es nicht eilig haben, etwas in ihren Beziehungen radikal zu ändern. In jedem Fall gibt es auf beiden Seiten

²⁶⁶ Vgl. Mangott, Gerhard: Dialog führen, Interessen stärken. Verhältnis EU-Russland, 13.12.2016. Online verfügbar unter: <http://www.gerhard-mangott.at/?p=3997> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁶⁷ Vgl. Kortunov, Andrej: Rossiya i Evropejskij coyuz: chetyre scenariya na budushhee, rossijskij sovet po mezhdunarodnym delam, 18.01.18. Online verfügbar unter: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/rossiya-i-evropejskiy-coyuz-chetyre-stsenariya-na-budushchee/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁶⁸ Vgl. Mangott, Gerhard: Dialog führen, Interessen stärken. Verhältnis EU-Russland, 13.12.2016. Online verfügbar unter: <http://www.gerhard-mangott.at/?p=3997> (letzter Zugriff: 30.08.19)

einen intensiven Anpassungsprozess an die „neue Realität“, der zunehmend als nicht sehr komfortabel, aber mehr oder weniger akzeptabel empfunden wird. Beispiele für ein solches Anpassungsprozess können in vielen verschiedenen Bereichen des EU/Russland Verhältnis gefunden werden. Nach einer langen Rezession erhöht sich der russische Handel mit den Ländern der Europäischen Union. Seit dem Jahr 2018 ist dieser rund um ein Viertel gewachsen. Trotz gegenseitiger Sanktionen macht die Europäische Union heute fast die Hälfte des gesamten russischen Handels aus. Die Umsetzung vieler gemeinsamer Projekte in Kultur, Bildung und Wissenschaft, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit usw. geht weiter. Die Zahl der akademischen Austauschprogramme zwischen russischen Studenten und Studenten aus EU-Ländern hat erheblich zugenommen.²⁶⁹

Viele Möglichkeiten für eine weitere Divergenz und Annäherung zwischen Russland und der Europäischen Union bleiben noch offen. Letztendlich werden die wahrscheinlichen Wege der Bewegung voneinander oder aufeinander zu von internen Transformationen auf beiden Seiten der russisch-europäischen Konfrontation abhängen, die vor vier Jahren begonnen hat.²⁷⁰ Die russische Politikwissenschaftlerin Natalya Vyaxireva und der österreichische Politikwissenschaftler Dr. Gerhard Mangott sind sich einig, dass die Verhandlungen über die Visaliberalisierung wieder aufgenommen werden sollten und zu mehr Mobilität und Erfolg in diesem Bereich beitragen würden. Diese Liberalisierung ist jedoch aufgrund der aktuellen politischen Situation auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. So könnten russische Bürger sich ein eigenes Bild über die EU machen und die Verhältnisse in der EU kennenlernen, damit ein stärkerer Wertetransfer gelingen wird. Dies könnte zu einer besseren Image der EU in der russischen Bevölkerung beitragen.²⁷¹

Wenn Staaten Schwierigkeiten in den Beziehungen auf offizieller Ebene haben, es werden nichtstaatliche Kanäle genutzt, um den Dialog aufrechtzuerhalten. Es können öffentliche Organisationen und Denkfabriken, Kontakte auf der Ebene von wissenschaftlichen Instituten und Wissenschaftlern sowie Expertengespräche sein.²⁷² Mit der Zeit kann sich die politische Situ-

²⁶⁹ Vgl. Kortunov, Andrej: Rossiya i Evropejskij coyuz: chetyre scenariya na budushchee, rossijskij sovet po mezhdunarodnym delam, 18.01.18. Online verfügbar unter: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/rossiya-i-evropejskiy-coyuz-chetyre-stsenariya-na-budushchee/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁷⁰ Vgl. Vyaxireva, Natalya: Chto ostalos ot otnoshenij Rossii i Evrosyuz, Ekspert onlajn, 14.11.18. Online verfügbar unter: <https://expert.ru/2018/11/14/avstriya-rossiya-i-evrosyuz/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁷¹ Vgl. Mangott, Gerhard: Dialog führen, Interessen stärken. Verhältnis EU-Russland, 13.12.2016. Online verfügbar unter: <http://www.gerhard-mangott.at/?p=3997> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁷² Vgl. Vyaxireva, Natalya: Chto ostalos ot otnoshenij Rossii i Evrosyuz, Ekspert onlajn, 14.11.18. Online verfügbar unter: <https://expert.ru/2018/11/14/avstriya-rossiya-i-evrosyuz/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

ation ändern, und jetzt ist es sinnvoll, zumindest auf Expertenebene einen Plan und eine Strategie für die Zusammenarbeit auszuarbeiten. Mangott glaubt, dass die EU keine andere Option hat, als einen Dialog mit Russland zu führen, da diese ihr wichtigste Nachbar ist.²⁷³

Russische Politikwissenschaftler unterstützen die Idee der Zusammenarbeit durch die EU-EAWU und bewerten sie als Nische für die Interaktion mit der Beteiligung Russlands und der EU. Europäische Experten und EU-Beamte haben jedoch zu wenig Vertrauen in die rein wirtschaftlichen Interessen und Ziele dieser Integrationsgruppe. Insbesondere sehen viele europäische Experten die Gründung der EAWU als einen Versuch, den russischen Einfluss im postsowjetischen Raum wiederherzustellen. Auf politischer Ebene ist die Reaktion zurückhaltender. Die globale Strategie der EU für Außen- und Sicherheitspolitik besagt, dass die Europäische Union die regionale Integration unterstützt und bereit ist, mit regionalen Verbänden zusammenzuarbeiten. Die Eurasische Wirtschaftsunion wird jedoch in diesen Blöcken nicht erwähnt. EU-Beamte beklagen, dass die Interessen und Standpunkte der EAWU-Mitgliedsländer nicht vereinbart werden, was es schwierig macht, mit der EAWU als mit der Union zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig wird es versucht, auf technischer Ebene zu interagieren. Wahrscheinlich ist in dieser Situation eine vorläufige Untersuchung der Interaktionsthemen unter Einbeziehung von Vertretern interessierter EU- und EAWU-Länder erforderlich.²⁷⁴

Russland und die EU haben gemeinsame Interessen in Bezug auf China. Insbesondere glauben viele Experten, dass beide Akteure eine proaktive Haltung zu Chinas „One Belt, One Road“-Initiative einnehmen könnten, um die Beziehungen und die „Konnektivität“ in der eurasischen Region zu stärken. Die Interaktion könnte im Format der EU, Russlands, der EAEU, Chinas und des Staates Zentralasiens durchgeführt werden.

Diese Projekte sind nicht ausreichend für eine umfassende Kooperationsagenda, aber sie sind eine Nische für die Zusammenarbeit während der Krise der EU-Russlands Beziehungen. Die begrenzte Interaktion zwischen Russland und der EU findet im Kontext einer sich schnell verändernden Welt statt, der wachsenden Bedrohung durch Terrorismus und Extremismus, des Nahostkonflikts, der technologischen Revolution im militärischen Bereich, der wachsenden Bedrohung des Cyberspace, bedeutender Änderungen in der US-Außenpolitik unter der Regierung von Präsident Donald Trump, wenn die zunehmend zu einem Faktor der Unberechenbarkeit und Instabilität in der Weltpolitik werden. Die Lösung dieser und vieler anderer Probleme

²⁷³ Vgl. Mangott, Gerhard: Dialog führen, Interessen stärken. Verhältnis EU-Russland, 13.12.2016. Online verfügbar unter: <http://www.gerhard-mangott.at/?p=3997> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁷⁴ Vgl. Kortunov, Andrej: Rossiya i Evropejskij coyuz: chetyre scenariya na budushchee, rossijskij sovet po mezhdunarodnym delam, 18.01.18. Online verfügbar unter: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/rossiya-i-evropejskiy-coyuz-chetyre-stsenariya-na-budushchee/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

ist von allgemeinem Interesse und erfordert eine Koordinierung zwischen der EU und Russland. Trotz der Absicht einzelner Mitglieder und politischer Kräfte in der Europäischen Union, Beziehungen zu Russland aufzubauen und die Konfrontation so bald wie möglich zu beenden, hat eine Änderung der Politik der beiden wichtigsten EU-Akteure, Deutschland und Frankreich, zu dem niedrigsten Entwicklungsstand der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union in der Geschichte geführt.²⁷⁵ Natalya Vyaxireva glaubt, dass die Zurückhaltung, Kompromisse einzugehen und pragmatische Beziehungen aufzubauen, zu einem charakteristischen Merkmal der modernen Periode der russisch-europäischen Beziehungen geworden ist. Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und der EU unterscheiden sich jedoch von den Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. Aufgrund seiner größeren Nähe zu Europa - politisch, wirtschaftlich und geografisch - wird Russland weiterhin an der Lösung europäischer Probleme beteiligt sein, da viele EU-Mitgliedstaaten enge Beziehungen zu Russland haben, wodurch Russland ein einflussreicher Akteur auf der europäischen Ebene bleibt.²⁷⁶ Diese Meinung teilt deutsche Politikwissenschaftlerin Dr. Böttger. Sie glaubt, dass die EU ihre Interessen im Außenpolitik, in der Sicherheit, und der Energieversorgung gegenüber den östlichen Nachbarn definieren soll. Auf dieser Grundlage wird die EU eigene Ziele und Regeln für die ihre Zusammenarbeit mit Russland entwickeln können.

Die EU sollte den Dialog über die Gestaltung der Beziehungen mit Russland suchen und ihre Prioritäten in den Beziehungen mit Russland setzen und sich für eine Kooperation oder Konfrontation mit Russland entscheiden.

Eine der Lösungen für die Probleme der Beziehungen zwischen Russland und der EU wäre die Wiederaufnahme des EU-Russland-Gipfels auch unabhängig von der aktuellen Lage in der Ukraine. Es wird ermöglichen die zahlreichen eingefrorenen Konflikte in der Region einzugehen und eine Gelegenheit zur Verständigung über die Überwindung der Krise zu bieten. Als zweiteres Lösungsansatz bietet Böttger die Einrichtung eines gemeinsamen EU-Russland-Außenministerrats, in dem die Aspekte europäischer Sicherheit und Fragen zur Entwicklung im Nahen Osten gemeinsam mit Russland behandelt werden können. Um die Gesprächskanäle auf zivilgesellschaftlicher Ebene wieder zu öffnen, wäre die Einführung trilateraler Dialogforen

²⁷⁵ Vgl. Vyaxireva, Natalya: Chto ostalos ot otnoshenij Rossii i Evrosyuzu, Ekspert onlajn, 14.11.18. Online verfügbar unter: <https://expert.ru/2018/11/14/avstriya-rossiya-i-evrosyuz/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

²⁷⁶ Vgl. ebd., (letzter Zugriff: 30.08.19)

EU-Russland-Ukraine oder zunächst Deutschland Russland-Ukraine hilfreich sein, eine Annäherung pflegen und Krisenvermeidung ermöglichen.²⁷⁷ Russland selbst bleibt in erster Linie wirtschaftlich äußerst „an Europa gebunden“. Eine umfassende Konfrontation mit der Europäischen Union ist für Russland eine unerwünschte und wenig erfolgversprechende Option, da die russischen Behörden ihren Einfluss auf die EU-Mitgliedstaaten ausdehnen wollen. Daher ist die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland auch angesichts einer schwierigen Situation in den bilateralen Beziehungen ein mögliches und bevorzugtes Szenario.

6. Fazit und Ausblick

Die ukrainische Krise, die seit dem Jahr 2014 dauert, hat die Situation in den Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland stark verändert. Die Periode der schrittweisen Transformation der Beziehungen, die durch eine Abkehr von einer umfassenden Zusammenarbeit zu einer Abkühlung und einem pragmatischen Aufbau der Beziehungen gekennzeichnet war, wurde mit der Entwicklung eines Konflikts innerhalb der Ukraine und auf der Krimhalbinsel beendet. Diese Krise hat vor allem zu einem wachsenden Misstrauen zwischen Russland und der EU geführt und beide Akteure haben eine Konfrontation auf politischer Ebene bevorzugt und ein „Sanktionskrieg“ eingeführt.

Nach Ansicht einiger Experten, eine schrittweise Abkühlung der Beziehungen zwischen der EU und Russland wurde bereits vor Ausbruch der Ukraine-Krise eingesetzt. Die russischen Behörden, die zuvor ihre Unzufriedenheit mit der Ausweitung des westlichen Einflusses im Osten auf das Gebiet der ehemaligen UdSSR zum Ausdruck gebracht hatten, betrachteten die Politik der USA und der EU als einen Versuch, den Status und die Position Russlands als die größte Macht im postsowjetischen Raum einzuschränken. Die westlichen Staaten wiederum sehen in den Aktionen Russlands einen Versuch, willkürlich gegen die Normen und Grundsätze des Völkerrechts zu verstoßen und durch die Legitimation ihres Vorgehens in den Augen der russischen Bevölkerung eine Bedrohung für die europäische und internationale Sicherheit zu werden. Die EU hat also Russlands militärische Intervention während des Konflikts zwischen Georgien und Südossetien und des Tschetschenien-Krieges in Betracht gezogen. Viele

²⁷⁷ Vgl. Böttger, Katrin: Die EU-Russland-Beziehungen. Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise. Integration 3/2015. Online verfügbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/B%C3%B6ttger-EU-Russland-Beziehung.pdf> S.213, (letzter Zugriff: 30.08.2019)

Politikwissenschaftler vergleichen die militärischen Operationen Russlands während des Kaukasuskrieges 2008 mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine, der bis heute andauert. Damals im Jahr 2008 hat die EU keine Sanktionen gegen Russland verhängt, was von einigen Politikwissenschaftlern als falsch eingeschätzt wurde. Vielleicht hätte die Annexion der Krim und die Entwicklung eines Bürgerkriegs im Südosten der Ukraine vermieden werden können, wenn die Weltgemeinschaft bereits Maßnahmen gegen Russland ergriffen hätte. Unter diesem Gesichtspunkt wurde die These, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und der EU gerade mit dem Ausbruch der Ukraine-Krise zu verschlechtern begannen, teilweise bestätigt.

Die Hypothese, dass es aufgrund eines unterschiedlichen Demokratieverständnisses zur Spannung zwischen der EU und Russland gekommen ist, wurde auch bestätigt. Das moderne Russland ist kein autoritäres Land, es ist demokratischer als die ehemalige Sowjetunion, die in westlicher Sicht eine Diktatur war. Einige europäische Politiker charakterisieren es jedoch als eine autoritäre Demokratie. Der Begriff „Souveräne Demokratie“ selbst wurde von der Regierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin eingeführt. Die souveräne Demokratie kennzeichnet Russland als einen demokratischen und sozial ausgerichteten Staat, in dem die Macht und ihre Institutionen ausschließlich vom russischen Volk gewählt, geformt und geleitet werden. Russland ist überzeugt, dass seine demokratischen Traditionen nicht auf fremden Werten beruhen sollten und Russland seine souveräne Demokratie mit allen möglichen Mitteln verteidigen sollte. Alle Versuche anderer Länder der Welt, sich vom demokratischen System Russlands zu überzeugen, können nach dem Konzept der „Souveränen Demokratie“ als ein Versuch angesehen werden, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Die europäischen Länder glauben, dass Russland das Konzept der „souveränen Demokratie“ selbst angepasst hat, da sein Prinzip den Isolationismus ausschließt. Diesbezüglich wird dieses Konzept von den EU-Ländern kritisiert, da ihrer Meinung nach die Grundsätze der modernen liberalen Demokratie in Russland verletzt werden. Dies äußert sich in Menschenrechtsverletzungen, einer strengen Kontrolle der Medien und einer Schwächung der parlamentarischen Macht zugunsten der Exekutive.²⁷⁸

Im Rahmen dieser Recherche es wurde festgestellt, dass politische, wirtschaftliche und militärische Veränderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland im Zeitraum von 2014 bis heute zu ihrem Niedergang geführt haben. Jetzt ist es schwierig, über die Wiederaufbau oder Normalisierung der Zusammenarbeit zu sprechen, die zwischen den beiden Akteuren

²⁷⁸ Vgl. Pulejkite, Kristina: Suverennaya demokratiya»: demokratiya ili suverenitet?, sajt Geopolitika, 05.05.2007. Online verfügbar unter: <http://geopolitika.lt/?artc=730> (letzter Zugriff: 31.08.19)

vor der Ukraine-Krise erreicht wurde. Eine weitere Erwärmung der Beziehungen zwischen Russland und der EU ist nur dann möglich, wenn Russland seine Politik gegenüber der Ukraine ändert. Die vollständige Aufhebung der von der EU verhängten Sanktionen ist nur dann möglich, wenn die Krim in die Ukraine zurückkehrt und die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt wird. Gegenwärtig sind viele Abkommen und Kooperationsmechanismen zwischen der EU und Russland seit der Ukraine-Krise blockiert und vorübergehend eingefroren. Die EU, die von Russland eine Verhaltensänderung erwartet, verlängert immer wieder die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen, die sich auf die russisch-europäischen Beziehungen negativ ausgewirkt haben. Trotz der langen Rezession beginnt sich der russische Handel mit EU-Ländern schrittweise zu erhöhen. Trotz gegenseitiger Sanktionen macht die Europäische Union heute fast die Hälfte des gesamten russischen Handels aus. Die EU-Länder bleiben weiterhin attraktiv für russische Touristen. Russland steht bei der Anzahl der beantragten und erhaltenen Schengen-Visa weiterhin an erster Stelle der Welt. Eine große Anzahl russischer Studenten studiert in den EU-Ländern. Inmitten der Spannungen zwischen Russland und der EU laufen derzeit zahlreiche gemeinsame Projekte in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft.²⁷⁹ Ein möglicher Schritt in Richtung einer Erwärmung der Beziehungen wäre auf dieser Grundlage die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Visaerleichterungen, deren Idee von Vertretern der EU und Russlands im Rahmen der „vier gemeinsamer Räume“ der Partnerschaft aktiv weiterentwickelt wurde.

Mehr als fünf Jahre sind vergangen, seit die Krise in der Ukraine begonnen hat, aber die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte strategische Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland wurde eingefroren. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union reicht bis 1989 zurück, als sie durch den Handels- und Kooperationsvertrag offiziell festgelegt wurden. Danach hat diese Partnerschaft die Höhen und Tiefen erlebt, und jetzt befinden sich Russland und die EU in einer niedrigen Phase der Beziehungen, obwohl es gewisse Einblicke gibt. Heute werden die Möglichkeiten zur Entwicklung und Unterzeichnung eines vertieften Partnerschaftsabkommens, über das einige Jahre vor den Ereignissen in der Ukraine verhandelt wurde, behindert. Im März 2019 gab das Europäische Parlament eine Entschließung heraus, in der es festgestellt wurde, dass Russland kein strategischer Partner der EU ist und das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 überprüft werden muss. Die EU erwartet, dass ihre Beziehungen zu Russland insbesondere auf den Grundsätzen des

²⁷⁹ Vgl. Kortunov, Andrej: Rossiya i Evropejskij coyuz: chetyre scenariya na budushhee, rossijskij sovet po mezh-dunarodnym delam, 18.01.18. Online verfügbar unter: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/rossiya-i-evropejskiy-coyuz-chetyre-stsenariya-na-budushchee/> (letzter Zugriff: 30.08.19)

Völkerrechts und der Demokratie beruhen, gegen die Russland während der Ukraine-Krise verstoßen hat.²⁸⁰ Die Bereitschaft Russlands, in anderen Ländern militärische Gewalt anzuwenden, gibt den Vertretern der EU Anlass zur Sorge. Das Europäische Parlament hat die Beteiligung Russlands an der Vergiftung des ehemaligen Geheimdienstoffiziers Sergei Skripal und seiner Tochter Julia sowie an den Desinformations- und Cyberangriffen russischer Sonderdienste zur Destabilisierung der Kommunikationsinfrastruktur und zur Verschärfung der Spannungen in den EU-Ländern beurteilt.

In den Jahren nach Beginn der Sanktionswelle hat Russland seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich an neue Bedingungen anzupassen, die als nicht sehr komfortabel, aber mehr oder weniger akzeptabel angesehen werden. Es wird aktiv eine Importsubstitutionspolitik betrieben, die sich positiv auf die Entwicklung des Industriesektors und der Landwirtschaft in Russland ausgewirkt hat. Die von der EU verhängten Sanktionen wirkten sich negativ auf die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten aus, die ihre Waren nach Russland importierten. Sie wurden aus politischen Gründen verhängt, ohne die notwendigen Untersuchungen über ihren Einfluss durchzuführen. Wegen des russischen Einfuhrverbots mussten einige EU-Mitgliedstaaten Rückgänge ihrer landwirtschaftlichen Exporte hinnehmen. Außerdem, die Rezession und die mit ihr verbundene Schwächung der russischen Kaufkraft haben auf in Russland tätige Unternehmen aus der EU negativ beeinflusst. Russland ist ein Land mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen. Das Ergebnis der Verhängung von Sanktionen gegen Russland war die Stimulierung der Entwicklung jener Produkte im Land, die es gewohnt sind, in Europa einzukaufen. Insbesondere das sind landwirtschaftliche Produkte. Russland passte sich den Sanktionen an, während der europäische Markt milliardenschwere Verluste hinnehmen musste. Diesbezüglich wird die Hypothese bestätigt, dass die nationalen EU-Mitgliedstaaten unter der Verhängung von Sanktionen gegen Russland gelitten haben.

Die Hypothese, dass Österreich und Russland freundschaftliche Beziehungen haben, wurde ebenfalls bestätigt. Russland hat heute einen strategischen Kurs in Richtung einer breiten Partnerschaft mit Österreich eingeschlagen, das bereits als Mitglied der Europäischen Union die bewährten Traditionen einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit Moskau beibehält, die bilateralen vielfältigen Beziehungen erweitert und die Annäherung zwischen Russland und der EU aktiv vorantreibt. Die russisch-österreichische Zusammenarbeit leistet einen wichtigen Beitrag

²⁸⁰ Vgl. Evroparlament: Rossiya bolshe ne yavlyaetsya strategicheskim partnerom ES, Novaya gazeta , 12.03.19. Online verfügbar unter: <https://www.novayagazeta.ru/news/2019/03/12/149928-evroparlament-rossiya-bolshe-ne-yavlyaetsya-strategicheskim-partnerom-es> (letzter Zugriff: 31.08.19)

zur Entwicklung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen und ist ein wesentlicher Faktor für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Stabilität. Österreich als neutraler Staat verfügt über umfangreiche Erfahrung in der Organisation zahlreicher Veranstaltungen am Wiener Verhandlungsort. Österreich ist bereit, bei der Lösung der komplexesten Probleme des Friedenskrieges zu vermitteln. Österreich gilt aufgrund seiner geografischen Lage an der Grenze zwischen West und Ost als „diplomatischer Brückenbauer“. Obwohl die neue Phase der Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Wien mit der Ukraine-Krise zusammenfiel, bestätigt Wien im Kontakt mit Moskau seinen Ruf als zuverlässiger, freundlicher und konstruktiver Partner.²⁸¹

Abschließend es lässt sich sagen, dass die EU und Russland trotz der Widersprüche den politischen Kurs auf eine konstruktive Zusammenarbeit fortsetzen müssen und die Verhandlungen zu vielen Fragen der Interaktion wieder aufnehmen müssen. Außerdem müssen beide Parteien akzeptable Wege finden, um auftretende Konflikte und Widersprüche zu lösen, und dabei auf die reiche Erfahrung einer erfolgreichen Interaktion zurückgreifen. Nur in diesem Fall können sie eine Chance auf den Wiederaufbau bekommen.

²⁸¹ Vgl. Arbatova, Nadezhda: Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, Institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, 2014, S.124. Online verfügbar unter: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf (letzter Zugriff: 31.07.19)

7. Quellenverzeichnis

7.1 Literaturverzeichnis

ALEKSEEVA, Polina/NAJMOVICH, Yuliya (2019): Rossiya i Evropejskij Soyuz: istoriya i perspektivy razvitiya otnoshenij, in: Vestnik nauki i obrazovaniya № 3(57). Chast 1, S.51-56, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/rossiya-i-evropejskiy-soyuz-istoriya-i-perspektivy-razvitiya-otnosheniy>, [Zugriff: 01.09.19].

ARBATOVA, Nadezhda (2014): Otnosheniya Evrosoyuz-Rossiya i Ukrainskij krizis, institut mirovoj ekonomiki i mezhdunarodnyx otnoshenij RAN, Moskva, S.183, online: https://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_030.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

BACA, Denis (2017): Politika Ukrainy v otnoshenii Rossii na sovremennom etape, diplomatičeskaya akademiya MID Rossii, Moskva, S.57

BOCKLET, Reinhold (2009): Das Verhältnis der Europäischen Union und Russlands, Hans-Seidel-Stiftung, S.12, online: http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/090330_RM_Bocklet.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

BODIN, et al. (1981): Sechs Bücher Über Den Staat : [1] : Buch I - III. München. Beck,. S.677

BOHOROSHVILLI, Mariam (2015): Die EU im geopolitischen Wettbewerb mit Russland: Konfliktfeld Georgien, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 216

BRZOSKA, Michael /HELLER, Regina/KÖNIG, Marietta u.a. (2008): Der Kaukasuskrieg 2008, Ein regionaler Konflikt mit internationalen Folgen, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, 45. Ausgabe, S.16, online: <https://ifsh.de/pdf/publikationen/hifs/HI45.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

BRUSENSKAYA, Irina (2016): Vooruzhennyj konflikt na yugo-vostoke Ukrainy v kontekste primenimosti norm dejstvuyushhego mezhdunarodnogo prava, Nauchnoe soobshhestvo studentov XXI stoletiya, Obshhestvennye nauki: sb. st. po mat. XLII mezhdunar. stud. nauch.-prakt. konf., Novosibirsk, № 5(41), online: [https://sibac.info/archive/social/5\(41\).pdf](https://sibac.info/archive/social/5(41).pdf), S. 425-433, [Zugriff: 01.09.19].

BULATOVA, Ajsylu/ABELGUZIN, Nail (2015): Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii, Aktualnye problemy ekonomiki i prava, №3 (35), S.26-37, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/vliyanie-sanktsiy-na-ekonomiku-rossii>, [Zugriff: 01.09.19].

BÖTTGER, Katrin (2015): Die EU-Russland-Beziehungen: Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise, Berlin, in: Integration – 3/2015, S.204-213, online: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/B%C3%B6ttger-EU-Russland-Beziehung.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

DANILOV, Dmitrij (2017): Otnosheniya Rossii s Evropejskim soyuzom v usloviyax fundamentalnogo krizisa evropejskogo poryadka, in: Evropejskij put dlya rossii: za i protiv, izdatelskij dom VGU, Vvorozech, S.61-73, online: http://euspace.vsu.ru/UserFiles/files/event2017/proeu_book_may2017.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

DUNAY, Pál (2015): Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die europäische und die euroatlantische Sicherheit – und was wir daraus lernen können, IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2014, Baden-Baden, S.269-296, online: <https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/14/Dunay-dt.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

FISCHER, Sabine (2017): Sanktionen als Dauerzustand? Vorschlag für eine Flexibilisierung der EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, SWP-Aktuell, 24/2017, S.8, online: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51614-9>, [Zugriff: 01.09.19].

GERRITS, André (ed.), (2008): The European Union and Russia: Perception and Interest in the Shaping of Relations, Netherlands Institute of International Relations, Clingendael, S.98, online: https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20081101_paper_gerrits_eu_russia.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

GORBATSCHOW, Michail (1987): Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Dietz Verlag/ Berlin, S. 333

HUME (2016), John, et al.: Peacemaking in the Twenty-First Century, Manchester University Press, Manchester, S.214

IVANCHINA, E./ MALCHENKOV, S. (2017): Otnosheniya s Evropejskim Soyuzom kak geopoliticheskij i civilizatsionnyj prioritet Rossii, Ogarev online, Politicheskie nauki, № 12, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/otnosheniya-s-evropejskim-soyuzom-kak-geopoliticheskij-i-tsivilizatsionnyj-prioritet-rossii>, [Zugriff: 01.09.19].

IVANOV, Igor (2002): Novaya rossijskaya diplomatiya; Desyat let vneshnej politike strany, Olma-press, Moskva, S.420

IVANOVA, Elena (2017): K voprosu o bezvizovom rezhime Rossii i stran Evrosoyuza: istoriya i perspektivy, Vestnik MIEP, № 1 (26), S.46-59, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/k-voprosu-o-bezvizovom-rezhime-rossii-i-stran-evrosoyuza-istoriya-i-perspektivy>, [Zugriff: 01.09.19].

JUNGFLEISCH, Julia (2019): Der Fall Skripal und die Frage, ob die Tötung eines Menschen eine Gewaltanwendung iSv Art. 2 Nr.4 UNCh darstellt, S.13, online: <https://ssrn.com/abstract=3431208>, [Zugriff: 01.09.19].

KALINICHENKO P. (2011): Rossiya i Evropejskij Soyuz: normativnaya baza vzaimootnoshenij, Izdatelstvo «Elit» Moskva, S.344, online: <https://www.academia.edu/3745313>, [Zugriff: 01.09.19].

KLINOVA, Marina/SIDOROVA Elena (2017): Rossiya — Evrosoyuz: prodolzhenie sankcionnogo protivostoyaniya, voprosy Ekonomiki, No. 6, S.114-127, online: <https://mgimo.ru/upload/iblock/994/klinova-sidorova%206-17.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

KOKOSHIN, Andrej (2006): Realnyj suverenitet v sovremennoj miropoliticheskoj sisteme, izdatelstvo «Evropa», Moskva, S.180

LANG, Kai-Olaf/LIPPERT, Barbara (2015): Optionen der EU für den Umgang mit Russland und den östlichen Partnerländern: "kooperative Konfrontation" als Richtschnur über den Riga-Gipfel hinaus, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, SWP-Aktuell, 43/2015, S.8, online: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/43127>, [Zugriff: 01.09.19].

LEGVOLD, Robert (2007): Russian Foreign Policy in the Twenty-first Century and the Shadow of the Past, Columbia University Press, S.544

LEGVOLD, Robert (2014): Managing the New Cold War, Foreign Affairs, S.74-84, online: https://www.researchgate.net/publication/280978634_Managing_the_New_Cold_War, [Zugriff: 01.09.19].

LIBMAN, Alexander (2015): Dialog zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion – einen Versuch wert, Stiftung Wissenschaft und Politik, deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell Nr. 62, S.4, online: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015_A62_lbm.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

LIBMAN, Alexander (2017): Politische Ökonomie der russischen Wirtschaftspolitik, in: Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.): Die Beziehungen zwischen der EU und Russland, Spannung und Kooperation, Baden-Baden, Nomos, Print. Integration. Sonderband, S.23-34, [Zugriff: 01.09.19].

PIERINI, Marc (2017): In search of an EU Role in the Syrian war, Carnegie Endowment for International Peace, S.33, online: https://carnegieendowment.org/files/CP_284_Pierini_Syria_Final.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

SAKWA, Richard (2015) : The death of Europe? Continental fates after Ukraine, International Affairs 91:3, S.553-579, online: https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/ia/INTA91_3_06_Sakwa.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

SERGEEV, G. (2007): Fenomen suverennoj demokratii v politicheskoy zhizni sovremennoj Ros-sii, Izvestiya RGPU im. A.I. Gercena, Sankt-Peterburg, №37, S.184-188, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/fenomen-suverennoy-demokratii-v-politicheskoy-zhizni-sovremennoy-rossii>, [Zugriff: 01.09.19].

SMIRNOV A.(2016): Sovremennyy ukrainskiy krizis i otnosheniya rossijskoj Federacii i evropejskogo Soyuza v kontekste obespecheniya evropejskoj bezopasnosti, Kazachestvo, №6 (19), S.18-25, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/sovremennyy-ukrainskiy-krizis-i-otnosheniya-rossiyskoj-federatsii-i-evropejskogo-soyuza-v-kontekste-obespecheniya-evropeyskoj>, [Zugriff: 01.09.19].

STEWART, Susan (2009): Russland und die Östliche Partnerschaft, Harsche Kritik, punktuelles Kooperationsinteresse, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.4, online: https://www.files.ethz.ch/isn/117373/2009_Russia_Eastern_Partnership_D.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

SURKOV, Vladislav (2009): Nationalization of the Future: Paragraphs Pro Sovereign Democracy, Russian Studies in Philosophy, Vol.47(4), S.8-21, online: <https://doi.org/10.2753/RSP1061-1967470401>, [Zugriff: 01.09.19].

TIMMERMANN, Heinz (2008): EU-Russland. Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung, S.159-178, online: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/Timmermann-EU-Russland.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

ORLOVA Yu./CHERNYSHOVA A. (2016): Vzaimodejstvie Evropejskogo Soyuza i Rossijskoj Federacii v sfere mig-racionnoj politiki, Vestnik Nizhegorodskogo universiteta im. N.I. Lobachevskogo, Nizhnij Novgorod, № 4, S. 146-153, online: <https://cyberleninka.ru/article/n/vzaimodejstvie-evropejskogo-soyuza-i-rossijskoj-federatsii-v-sfere-migratsionnoj-politiki>, [Zugriff: 01.09.19].

FEIGUINE, Grigori (2008): Die Beziehungen zwischen Russland und der EU nach der EU-Osterweiterung: Stand und Entwicklungsperspektiven, Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Bergische Universität Wuppertal, S.42, online: http://eiiw.eu/fileadmin/eiiw/Daten/Publikationen/Gelbe_Reihe/disbei154.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

VOIGT, Rüdiger (2016): Staatliche Souveränität, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, S.47

ZHIVILOVA V.(2015): Analiz izmeneniya struktury vneshnetorgovyx operacij v usloviyax dejstvij sankcionnyx ogranichenij, in: Mezhdunarodnyj nauchno-issledovatel'skij zhurnal, Nr.11, Chast 1,S.41-44, online: <https://research-journal.org/wp-content/uploads/2015/12/11-1-42.pdf#page=42>, [Zugriff: 01.09.19].

7.2 Internetquellenverzeichnis

Offizielle EU-Dokumente

Rat der Europäischen Union:

Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits - Protokoll 1 über die Einsetzung einer Kontaktgruppe für Kohle und Stahl - Protokoll 2 über Amtshilfe zur Einhaltung des Zollrechts - Schlußakte - Gemeinsame Erklärungen - Briefwechsel - Unterzeichnungsprotokoll zum Abkommen, Document 21997A1128(01), Access to European Union Law, online: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:21997A1128\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:21997A1128(01)), [Zugriff: 01.09.19].

Amtsblatt der Europäischen Union, 22.01.2019, Beschluss (GASP) 2019/95 des Rates, online : <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019D0095&qid=1552914312527&from=DE>, [Zugriff: 01.09.19].

Amtsblatt der Europäischen Union 28.12.2018, Beschluss (GASP) 2018/2078 des Rates, online:<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018D2078&from=EN>, [Zugriff: 01.09.19].

Beschluss 2014/512/GASP des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, Amtsblatt der

Europäischen Union, 31.07.2014. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014D0512-20181229&rid=1>, [Zugriff: 01.09.19].

Beschluss 2014/145/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, Amtsblatt der Europäischen Union, 17.03.2014, online: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:078:0016:0021:DE:PDF>, [Zugriff: 01.09.19].

Beschluss (GASP) 2019/415 des Rates zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, 14.03.19, online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:32019D0415>, [Zugriff: 01.09.19].

Beziehungen EU-Ukraine, Rat der Europäischen Union, 10.07.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/ukraine/>, [Zugriff: 01.09.19].

Chemische Waffen: neun Personen und eine Organisation werden der neuen EU-Sanktionsregelung unterworfen, Rat der EU, Pressemitteilung, 21.01.2019, online: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/01/21/chemical-weapons-the-eu-places-nine-persons-and-one-entity-under-new-sanctions-regime/>, [Zugriff: 01.09.19].

MOGHERINI, Federica: Remarks by High Representative/Vice-President Federica Mogherini at the press conference following the Foreign Affairs Council, official website of the European Union, 14.03.2016, online: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/5490/remarks-by-high-representativevice-president-federica-mogherini-at-the-press-conference-following-the-foreign-affairs-council_en, [Zugriff: 01.09.19].

Östliche Partnerschaft, Rat der Europäischen Union, 21.05.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/>, [Zugriff: 01.09.19].

Press Release 3304th Council meeting Foreign Affairs, Council of the European Union, 17.03.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/media/28722/141614.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/>, [Zugriff: 01.09.19].

Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, Rat der Europäischen Union, 01.07.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/06/17/annexation-crimea-sevastopol-eu-extends-sanctions/>, [Zugriff: 01.09.19].

Restriktive Maßnahmen der EU, Fakten und Daten, Rat der Europäischen Union – Pressedienst, Brüssel, 29.04.2014, online: <https://www.consilium.europa.eu/media/24490/142469.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

Russland: EU verlängert Wirtschaftssanktionen um sechs Monate, Pressemitteilung, Rat der EU, 27.06.2019, online: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/27/russia-eu-prolongs-economic-sanctions-by-six-months/>, [Zugriff: 01.09.19].

Sanktionen: Wann und wie die EU restriktive Maßnahmen verhängt, Rat der Europäischen Union, 07.03.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/>, [Zugriff: 01.09.19].

Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, Amtsblatt der Europäischen Union, 31.07.19, online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0833&from=DE>, [Zugriff: 01.09.19].

Zehn Jahre Östliche Partnerschaft, Rat der Europäischen Union, 22.05.19, online: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/ten-years-of-the-eastern-partnership/>, [Zugriff: 01.09.19].

Europäisches Parlament:

Entschließung des Europäischen Parlaments 2018/2158(INI), 08.02.19, online: <https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/printficheglobal.pdf?id=694184&l=en>, [Zugriff: 01.09.19].

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Durchführung der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland (2000/2007(INI)), Straßburg, 13.12.2000, Abschnitt EE, online: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P5-TA-2000-0563+0+DOC+XML+V0//DE>, [Zugriff: 01.09.19].

DAMEN, Mario: Bericht über Russland, Geltende Vereinbarungen, Kurzdarstellungen zur Europäischen Union, 05.2019, online: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/177/russia>, [Zugriff: 01.09.19].

KALNIETE, Sandra: Bericht über den Stand der politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland (2018/2158(INI)), Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Europäisches Parlament, 08.02.19, online: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2019-0073_DE.html, [Zugriff: 01.09.19].

Europäische Kommission:

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland, Europäische Kommission, in CORDIS: Forschungsergebnisse der EU, 01.12.2007, online: <https://cordis.europa.eu/news/rcn/9433/de>, [Zugriff: 01.09.19].

Abkommen, Programme, Strategien und Verträge:

Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über den Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen - Erklärungen – Protokolle, online: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/ALL/?uri=CELEX:22005A1122\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/ALL/?uri=CELEX:22005A1122(01)), [Zugriff: 01.09.19].

Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über den Handel mit Textilwaren (paraphiert in Brüssel am 28. März 1998), online: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:21998A0615\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:21998A0615(01)), [Zugriff: 01.09.19].

EU and Neighbours: evolving relations, the European Neighbourhood Instrument (ENI), EU Neighbours.eu, online: <https://www.euneighbours.eu/en/policy/european-neighbourhood-instrument-eni>, [Zugriff: 01.09.19].

EU-Russia: Road Map for the Common Spaces, online: <https://library.euneighbours.eu/content/eu-russia-road-map-common-spaces>, [Zugriff: 01.09.19].

TACIS - offizielles Dokument. Europäische Kommission, Press Release Datenbank 19.02.2018, online: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-92-54_en.htm, [Zugriff: 01.09.19].

The European Union and the Russian Federation, Energy, Delegation of the European Union to Russia, 30.05.19, online: https://eeas.europa.eu/delegations/russia/35939/node/35939_en, [Zugriff: 01.09.19].

Russische Dokumente

Brief overview of relations, Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union, online: <https://russiaeu.ru/en/brief-overview-relations>, [Zugriff: 01.09.19].

Dogovor mezhdu Rossijskoj Federaciej i Respublikoj Krym o prinyatii v Rossijskuyu Federaciyu Respubliki Krym i obrazovanii v sostave Rossijskoj Federacii novyx subekt, 18.03.14, online: <http://www.kremlin.ru/events/president/news/20605>, [Zugriff: 01.09.19].

Dogovor o Evrazijskom ekonomicheskom soyuze, oficialnyj tekst, online: http://www.eaeunion.org/files/history/2014/2014_2.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

Dorozhnaya karta energeticheskogo sotrudnichestva Rossii i ES do 2050g., März2013, online: https://russiaeu.ru/sites/default/files/user/Roadmap%20Russia-EU%20Energy%20Cooperation%20until%202050_Rus.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

Medium-Term Strategy for Development of Relations Between the Russian Federation and the European Union (2000-2010), online: <http://docs.cntd.ru/document/901773061>, [Zugriff: 01.09.19].

Memorandum o promyshlennom sotrudnichestve v energeticheskom sektore mezhdu Ministerstvom topliva i energetiki Rossijskoj Federacii i Evropejskoj Komissiej, Moskva, 11.02.1999, online: https://russiaeu.ru/userfiles/file/memorandum_on_industrial_cooperation_in_energy_sector_1999_russian.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

Minskie soglasheniya, Rossijskij sovet po mezhdunarodnym delam, RSMD. Online verfügbar unter: <https://russiancouncil.ru/minskprotocol>, [Zugriff: 01.09.19].

Negotiations on a new basic agreement, Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union, online: <https://russiaeu.ru/ru/peregovory-po-novomu-bazovomu-soglasheniyu>, [Zugriff: 01.09.19].

Protokol po itogam konsultacij Trexstoronnej kontaktnoj gruppy otnositelno sovmestnyx shagov, napra-vlennyx na implementaciyu Mirnogo plana Prezidenta Ukrainy P. Poroshenko i

iniciativ Prezidenta Rossii V. Putina, 05.09.2014, online: <https://www.osce.org/ru/home/123258?download=true>, [Zugriff: 01.09.19].

Russia-EU Partnership and Cooperation Agreement turns 20, Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union, 12.01.2017, online: <https://russiaeu.ru/en/news/russia-eu-partnership-and-cooperation-agreement-turns-20?fbclid=IwAR2OZRiQIWYASqpLL-pJHcdQccAPZyHvHNJxkMNCYtdDgMQoDmlhhUBi3hSc>, [Zugriff: 01.09.19].

The European Union and the Russian Federation, international cooperation, Delegation of the European Union to Russia, 30.05.19, online: https://eeas.europa.eu/delegations/russia/35939/node/35939_en, [Zugriff: 01.09.19].

Ukraine Allgemeine Informationen, Außenwirtschaftsinformationsportal, Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation, online: www.ved.gov.ru/exportcountries/ua/ua.../ua_ru_trade/, [Zugriff: 01.09.19].

Verfassung der Russischen Föderation, Artikel 3, online: <http://www.constitution.ru/de/part1.htm>, [Zugriff: 01.09.19].

Sonstige Quellen

13 Punkte für den Frieden, Abkommen Minsk II, der Tagesspiegel, 12.02.15, online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/abkommen-minsk-ii-13-punkte-fuer-den-frieden/11366782.html>, [Zugriff: 01.09.19].

AMMANN, Kathrin: Die Minsker-Abkommen sind der einzige Friedensplan, den wir haben, Konflikt in der Ukraine, Swissinfo.ch, 20.02.18, online: https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/konflikt-in-der-ukraine_-die-minsker-abkommen-sind-der-einzige-friedensplan--den-wir-haben-/43911264, [Zugriff: 01.09.19].

BARYSHEVA, Elena: "Delo Skripalej": vliyanie na ekonomiku RF i Velikobritanii god spustya, DW, 04.03.19, online: <https://p.dw.com/p/3EOqp>, [Zugriff: 01.09.19].

BATALOV, Nikita: 4 goda prodembargo: opravdala li sebya rossijskaya politika kontrspankcij?, DW, 07.08.2018, online: <https://p.dw.com/p/32hrq>

Bundeskanzleramt, Geschichte der EU, online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/geschichte-der-eu>, [Zugriff: 01.09.19].

BUSHUEV, Mixail: Delo Skripalya: pochemu ne vse strany ES vyslali rossijskix diplomatov, DW, 28.03.18, online: <https://p.dw.com/p/2v9Fx>,

BUSHUEV, Michail: Spustya 10 let: chto vazhno znat o pyatidnevnoj vojne Rossii i Gruzii. DW, 08.08.2018, online: <https://p.dw.com/p/32kgQ>, [Zugriff: 01.09.19].

BYDEN, Joe: Remarks by the Vice President at the John F. Kennedy Forum, at Harvard Kennedy School, 03.10.14, online: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/10/03/remarks-vice-president-john-f-kennedy-forum>, [Zugriff: 01.09.19].

BÜYÜK, Serkan/ LIPERT, Yannik: Der Heilige Allianz 1815-1856, online verfügbar unter: https://www.odenthal.de/fileadmin/user_upload/Bilder_und_Dateien/Gemeindearchiv/GO_allianz1815_1856.pdf, [Zugriff: 01.09.19].

CHRIST, Sebastian: Der Krieg in der Ostukraine, verständlich erklärt, 13.08.2018, online: <https://krautreporter.de/2534-der-krieg-in-der-ostukraine-verstandlich-erklart>, [Zugriff: 01.09.19].

Chto izmenilos spustya tri goda posle podpisaniya minskix soglashenij, krizis na Ukraine, TASS, 12.02.18, online: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/4945643>, [Zugriff: 01.09.19].

DIERINGER J.: TACIS, Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, online: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177295/tacis>, [Zugriff: 01.09.19].

Die Chronik der Ukraine-Krise, 19.06.2015, online: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article142742944/Die-Chronik-der-Ukraine-Krise.html, [Zugriff: 01.09.19].

Die Östliche Partnerschaft, Auswärtiges Amt Deutschlands, online: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node>, [Zugriff: 01.09.19].

DRAGOSEI, Fabrizio/Paolo, Valentino: Putin: «Ready to talk to the US. In constant contact with Salvini's League», Interview mit Wladimir Putin for Corriere della Sera, 04.07.19, online: https://www.corriere.it/esteri/19_luglio_04/putin-ready-to-talk-to-the-us-constant-contact-with-salvini-s-league-157f245e-9dec-11e9-9326-3d0a58e59695.shtml, [Zugriff: 01.09.19].

Drei Jahre Minsker Abkommen: Beide Seiten müssen sich bewegen! Auswärtiges Amt, 12.02.2018, online: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ukraine-node-/1506200>, [Zugriff: 01.09.19].

DUBOWY, Alexander: Die Zukunft der Minsker Abkommen, Instituts für Sicherheitspolitik (ISP), online: <http://www.institutfuersicherheit.at/die-zukunft-der-minsker-abkommen/>, [Zugriff: 01.09.19].

Eksperty: ostanovka rabot po «Yuzhnomu potoku» - prodolzhenie sankcij ES, RIA Novosti, 19.08.14, online: <http://ria.ru/economy/20140819/1020566739.html>, [Zugriff: 01.09.19].

ES prodlil ekonomicheskie sankcii protiv Rossii do 31 yanvarya 2020 goda, 27.06.19, online: <https://www.svoboda.org/a/30024201.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Eurasian Economic Union, general information, home-page of the Eurasian Economic Union, online: <http://www.eaeunion.org/?lang=en#about>, [Zugriff: 01.09.19].

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Vertrauensbildende Maßnahme, EU-Info, Deutschland, online: <http://www.eu-info.de/europa/eu-eg-ewg/EGKS/>, [Zugriff: 01.09.19].

EU-Erweiterung: Kaliningrad-Frage gelöst. Spiegel Online, 11.11.2002, online: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-erweiterung-kaliningrad-frage-geloest-a-222436.html>, [Zugriff: 01.09.19].

EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, Europäische Union, Nachrichten, online: https://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu-sanctions-against-russia-over-ukraine-crisis_de, [Zugriff: 01.09.19].

EU verlängert Russland-Sanktionen und scheitert bei neuem Klimaziel, Kurier Zeitung, 20.06.19, online: <https://kurier.at/politik/ausland/eu-verlaengert-russland-sanktionen-und-scheitert-bei-neuem-klimaziel/400529389>, [Zugriff: 01.09.19].

Evrokomissiya: kontrspankicii Rossii bolshe ne vredyat ekonomike ES, BFM.ru, 19.06.2019, online: <https://www.bfm.ru/news/417191>, [Zugriff: 01.09.19].

Evrazijskij ekonomicheskij soyuz (EAES), RIA Novosti, 06.12.2018, online: <https://ria.ru/20181206/1543500043.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Evrazijskij ekonomicheskij soyuz, Ministerstvo inostrannyx del Respubliki Belarus, online: <http://mfa.gov.by/mulateral/organization/list/e0e5d8b02b2fd7fc.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Evroparlament: Rossiya bolshe ne yavlyaetsya strategicheskim partnerom ES, Novaya gazeta, 12.03.19, online: <https://www.novayagazeta.ru/news/2019/03/12/149928-evroparlament-rossiya-bolshe-ne-yavlyaetsya-strategicheskim-partnerom-es>, [Zugriff: 01.09.19].

Genassambleya OON prinyala rezolyuciyu v podderzhku territorialnoj celostnosti Ukrainy, TACC, 27.03.19, online: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/1079720>, [Zugriff: 01.09.19].

GTAI-Special Russland-Sanktionen, Germany trade an invest, 19.07.19, online: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Specials/russland-sanktionen.html?view=renderPrint>, [Zugriff: 01.09.19].

HARRIS, Chris: Europas vergessener Konflikt, der Kaukasuskrieg, euronews., 08.08.2018, online: <https://de.euronews.com/2018/08/08/europas-vergessener-konflikt-der-kaukasuskrieg>, [Zugriff: 01.09.19].

Hug: Unsere Arbeit wird permanent sabotiert, OSZE-Beobachter in der Ukraine, ZDF Heute, 01.11.18, online: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/alexander-hug-osze-beobachter-donbass-100.html>, [Zugriff: 01.09.19].

KAZARIN, Pavel: Rossiya i kompaniya: Evrazijskij soyuz, iz kotorogo sbezhala Ukraina, Krym, realii, 06.01.2017, online: <https://ru.krymr.com/a/28217668.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Konfliktparteien vereinbaren neuen Waffenstillstand, Zeit online, 17.07.19, online: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-07/ostukraine-waffenstillstand-osze-donezk-luhansk-russland>, [Zugriff: 01.09.19].

Konflikt in der Ukraine wird nicht gelöst, scheidender OSZE-Vertreter, Frankfurter allgemeine Zeitung, 31.10.18, online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/scheidender-osze-vertreter-konflikt-in-der-ukraine-wird-nicht-geloest-15867058.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Konflikt in Georgien - wer trägt die Schuld?, Tagesschau.de, 13.08.2008, online: <https://www.tagesschau.de/ausland/faegeorgien100.html>, [Zugriff: 01.09.19].

KORTUNOV, Andrej: Rossiya i Evropejskij coyuz: chetyre scenariya na budushhee, rossijskij sovet po mezhdunarodnym delam, 18.01.18, online: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/rossiya-i-evropeyskiy-coyuz-chetyre-stsenariya-na-budushchee/>, [Zugriff: 01.09.19].

Kurz: Österreich in Skripal-Affäre nicht isoliert, der Standard, 04.04.18, online: <https://www.derstandard.at/story/2000077339763/kurz-oesterreich-in-skripal-affeere-nicht-isoliert>, [Zugriff: 01.09.19].

KYZMIN, Vladimir: Delo principov. Dmitrij Medvedev i Nikolya Sarkozi prodolzili dialog na osnove svoix shesti principov, Rossijskaya gazeta, № 0(4746), online: <https://rg.ru/2008/09/09/medvedev-sarkozy.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Lavrov: vizovyy vopros tormozitsya zhelaniem ES vytorgovat chto-to u RF, RIA Novosti, online: <https://ria.ru/20140121/990372534.html>, [Zugriff: 01.09.19].

LECHNER, Gerhard: Auf schmalem Grat, Wolodymyr Selenskyj, Wiener Zeitung, 19.07.19, online: <https://www.wienerzeitung.at/meinung/leitartikel/2019322-Auf-schmalem-Grat.html>, [Zugriff: 01.09.19].

LECKEBUSCH, Rainer/FRIETSCH, Martina: Geschichte der EU, Planet Wissen, online: https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/organisationen/geschichte_der_eu/index.html#Europaeische_Integration, [Zugriff: 01.09.19].

Linus Linkevičius o prizrachnom budushhem bez viz v ES, Radio Svoboda, 27.01.2014, online: <https://www.svoboda.org/a/25240382.html>, [Zugriff: 01.09.19].

MAHONIN, Andrej: Putin prodlil otvetnje sanktsii protiv Zapada, Gazeta Vedomosti, online : <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2018/07/12/775306-sanktsii>, [Zugriff: 01.09.19].

MANGOTT, Gerhard: Dialog führen, Interessen stärken. Verhältnis EU-Russland, 13.12.2016, online: <http://www.gerhard-mangott.at/?p=3997>, [Zugriff: 01.09.19].

MEDVEDEV, Roj: SNG – vneshnepoliticheskij prioritet dlya Rossii, online: <https://public.wikireading.ru/90489>, [Zugriff: 01.09.19].

Medvedevu, kotorogo schitayut odnim iz preemnikov Putina, ne nravitsya termin „suverennaya demo-kратиya“, 06.12.2017, online: <https://www.newsru.com/russia/24jul2006/medvedev.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Merkel i Makron pomogli ES prodlit sankcii protiv Rossii do 31 yanvarya 2020 goda, Vesti, ekonomika, 27.06.2019, online: <https://www.vestifinance.ru/articles/121420>, [Zugriff: 01.09.19].

Mezhdunarodnaya reakciya na „delo Skripalya“, dosje, TACC, 18.04.18, online: <https://tass.ru/info/5138175>, [Zugriff: 01.09.19].

Moskaus Staatsmedien berichten über russische Soldaten in der Ukraine, Zeit online, 05.09.14, online: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/russland-soldaten-ukraine-staatsfernsehen>, [Zugriff: 01.09.19].

Nervenkrieg um die Ukraine, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, online: <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Otnosheniya mezhdru Rossiej i Evropejskim soyuzom. Spravka, RIA Novosti, 18.05.19, online: <https://ria.ru/20090518/171420636.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Parlamentswahl in der Ukraine, Bundeszentrale für politische Bildung, 25.07.19, online: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/294069/parlamentswahl-in-der-ukraine>, [Zugriff: 01.09.19].

Plenarnoe zasedanie Mezhdunarodnogo arkticheskogo foruma, stenogramma, sajt Prezidenta Rossii, 09.04.2019, online: <http://kremlin.ru/events/president/news/60250>, [Zugriff: 01.09.19].

PODKOPAEV, Nikolaj: Rokovoj den: kogda Yanukovich stal ne nuzhen Evrosoyuzu, 28.11.2017, online: <https://ukraina.ru/exclusive/20171128/1019576676.html>, [Zugriff: 01.09.19].

POLONSKIJ, Ilya: Polsha zaberyot Zapadnuyu Ukrainu, a Kiev s etim soglasitsya, voennoe obozrenie, 21.03.18, online: <https://topwar.ru/138157-kak-polsha-zaberet-zapadnuyu-ukrainu.html>, [Zugriff: 01.09.19].

POPOVA, Elena: Vliyanie sankcij na ekonomiku Rossii v 2019 godu, WIKI Business, 16.04.19, online: <http://wikibusiness.ru/vliyanie-sankcij-na-ekonomiku-rossii-v-2019-godu/>, [Zugriff: 01.09.19].

PORTNOV, Andrej: Kak nachinalas vojna na vostoce Ukrainy, Rossiya segodnya, 22.01.2016, online: <https://inosmi.ru/politic/20160122/235133102.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Präsidentenpartei erreicht wohl absolute Mehrheit, Spiegel Online, 22.07.19, online: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-wahl-praesidentenpartei-reklamiert-absolute-mehrheit-a-1278416.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Präsidenten Putin und Selenskyj sprachen erstmals über Ukraine-Konflikt, Telefonat, der Standard, 11.07.19, online: <https://www.derstandard.at/story/2000106193354/praesidenten-putin-und-selenskyj-sprachen-erstmal-ueber-ukraine-konflikt>, [Zugriff: 01.09.19].

Press-konferenciya Vladimira Putina ot 18.12.2013, sajt Prezidenta Rossii, 18.12.13, online: <http://kremlin.ru/events/president/news/19859>, [Zugriff: 01.09.19].

Protokol po itogam konsultacij Trexstoronnej kontaktnoj gruppy odnositelno sovmestnyx shagov, napra-vlennyx na implementaciyu Mirnogo plana Prezidenta Ukrainy P. Poroshenko i iniciativ Prezidenta Rossii V. Putina, 05.09.2014, online: <https://www.osce.org/ru/home/123258?download=true>, [Zugriff: 01.09.19].

Protokoll von Minsk, Voltaire Netzwerk, 05.09.14, online: <https://www.voltairenet.org/article186858.html>, [Zugriff: 01.09.19].

PULEJKITE, Kristina: Suverennaya demokratiya»: demokratiya ili suverenitet?, sajt Geopolitika, 05.05.2007, online: <http://geopolitika.lt/?artc=730>, [Zugriff: 01.09.19].

Putin, Konstantinow, Aksenov i Chal'j podpisali dogovor o prinyatii v RF Respubliki Krym, TASS, online: <https://tass.ru/politika/1056269>, [Zugriff: 01.09.19].

Putin sieht neue Chance für eine bessere Beziehung zur EU, DW, online: <https://www.dw.com/de/putin-sieht-neue-chance-für-eine-bessere-beziehung-zur-eu/a-44075347>, [Zugriff: 01.09.19].

Reaktion der EU auf den Zerfall der Sowjetunion, in der Ausarbeitung: Die Beziehungen zwischen der EU und Russland, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, WF XII G - 113/06, S.15, online: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412432/f5427d34a43427828d929de1c9169545/WF-XII-G-113-06-pdf-data.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

ROGOZHNIKOV, Mixail: Chto takoe suverennaya demokratiya? Ekspert; № 43 (489), 2006, online: https://expert.ru/expert/2005/43/43ex-suveren_202/, [Zugriff: 01.09.19].

Russland und Europa, In Hassliebe vereint, Zeit Online, online: <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/03/russland-europa-osten-westen-konflikt>, [Zugriff: 01.09.19].

Russland und Europa. Russlands Resowjetisierung unter Wladimir Putin, Zeit Online, online: <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/03/russland-europa-osten-westen-konflikt/seite-5>, [Zugriff: 01.09.19].

Sarkozy und Medwedew vereinbaren Sechs-Punkte-Plan, Hamburger Abendblatt, 13.08.08, online: <https://www.abendblatt.de/politik/ausland/article107438505/Sarkozy-und-Medwedew-vereinbaren-Sechs-Punkte-Plan.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Sensaciya v Donbasse: obyavleno bessrochnoe peremirie, otdel politika, gazeta.ru, 17.07.19, online: https://www.gazeta.ru/politics/2019/07/17_a_12506647.shtml?updated, [Zugriff: 01.09.19].

SHEVALE, Ekaterina: Kak Krym voshyol v sostav Rossii: xronika sobytij, Argumenty i Fakty, 16.03.2015, online: http://www.aif.ru/politics/russia/kak_krym_voshyol_v_sostav_rossii_hronika_sobytij, [Zugriff: 01.09.19].

SCHULZE, Gerit: Die Geschichte der Eurasischen Wirtschaftsunion, Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Armenien wollen gemeinsam im globalen Wettbewerb bestehen, 14.03.19, online: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=die-geschichte-der-eurasischen-wirtschaftsunion,did=2238524.html>, [Zugriff: 01.09.19].

SNYDER, Timothy: Europa und die Ukraine: Vergangenheit und Zukunft, Eurozine, 15.10.14, online: <https://www.eurozine.com/europa-und-die-ukraine-vergangenheit-und-zukunft/>, [Zugriff: 01.09.19].

SOKOLOVSKAJA, Evgenja: Rossija prodlila otvetnje sanktsii protiv ES, online: <https://snob.ru/news/138664>, [Zugriff: 01.09.19].

TRUBETSKOY, Denis: Was das EU-Assoziierungsabkommen der Ukraine bringt, online: <https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/ostblogger/assoziierungsabkommen-ukraine-100.html>, [Zugriff: 01.09.19].

TWICKEL von, Nikolaus: Entwicklungen in „DNR“ und „LNR“. Civicmonitoring - Monitoring of human rights violations in eastern Ukraine, 13.12.2016, online: <https://www.civicmonitoring.org/de/entwicklungen-in-dnr-und-lnr-13-dez-19-dez-2016-newsletter-nr-12/>, [Zugriff: 01.09.19].

Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.01.19, online: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas>, [Zugriff: 01.09.19].

Ukraine-Konflikt: EU verlängert Sanktionen gegen Russland, Tagesschau.de, 20.06.2019, online: <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-sanktionen-russland-131.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Ukraine-Konflikt: EU verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland, Spiegel online, 20.06.19, online: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/europaeische-union-verlaengert-wirtschaftssanktionen-gegen-russland-a-1273518.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Ukraine-Krise: Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!, online: <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>, [Zugriff: 01.09.19].

Ukrainskij krizis: xronika protivostoyaniya v sentyabre 2014 g., RIA Novosti, 02.09.2014, online: <https://ria.ru/20140902/1022461927.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Ukraine setzt Mitarbeit aus. Russland wieder im Europarat, 25.06.19, online: <https://www.tagesschau.de/ausland/europarat-russland-113.html>, [Zugriff: 01.09.19].

UMLAND, Andreas/ MISCHKE, Jakob: Die EU und der russisch-ukrainische Konflikt, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien, 2014, online: <https://www.iwm.at/transitonline/die-eu-und-der-russisch-ukrainische-konflikt/>, [Zugriff: 01.09.19].

Unanimously Adopting Resolution 2202 (2015), Security Council Calls on Parties to Implement Accords Aimed at Peaceful Settlement in Eastern Ukraine, United Nations, Security Council, 7384th meeting, 17.02.14, online: <https://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm>, [Zugriff: 01.09.19].

Vice President's Remarks at the 2006 Vilnius Conference, online: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/05/text/20060504-1.html>, [Zugriff: 01.09.19].

Viktor Yanukovich otkazalsya podpisivat Soglashenie ob asociacii s ES, Oobshhestvennoe televide-nie Rossii, 29.11.2013, online: <https://otr-online.ru/news/viktor-yanukovich-otkazalsya-podpisivat-soglashenie-ob-associacii-s-es-16471.html>, [Zugriff: 01.09.19].

VYAXIREVA, Natalya: Chto ostalos ot otnoshenij Rossii i Evrosyuz, Ekspert onlajn, 14.11.18, online: <https://expert.ru/2018/11/14/avstriya-rossiya-i-evrosoyuz/>, [Zugriff: 01.09.19].

Warschauer Pakt, militärisch-politisches Bündnis, Bundeszentrale für politische Bildung, online: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161779/warschauer-pakt>, [Zugriff: 01.09.19].

What is the future for EU-Russia relations? A survey of European Leadership Network members for the EU's Global Strategy on foreign and security policy, London, 2016, S.11, online: <https://www.europeanleadershipnetwork.org/wp-content/uploads/2017/10/ELN-EEAS-Russia-EU-Survey.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

Wirtschaftliche Folgewirkungen der Sanktionen der Europäischen Union gegenüber der Russischen Föderation, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, 12.12.2017, S.13, online: <https://www.bundestag.de/resource/blob/536718/54595d92714e1eb4ec85cb5a387ae945/wd-5-088-17-pdf-data.pdf>, [Zugriff: 01.09.19].

Yanukovich ne podpisal Coglashenie ob asociacii na sammite v Vilnyuse, ZN.UA, 29.11.2013, online: <https://zn.ua/POLITICS/ukraina-ne-podpisala-coglasheniya-ob-associacii-na-samnite-v-vilnyuse-133855.html>, [Zugriff: 01.09.19].

8. Abstract

Das Ziel vorliegender Arbeit ist es, die Beziehungen zwischen der EU und Russland seit der Ukraine-Krise zu analysieren. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die Europäische Union und Russland begonnen, eine strategische Partnerschaft mit vier Kooperationsräumen in den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur und Sicherheit aufzubauen. In Russland und der EU gab es eine klare Meinung, dass eine solche bilaterale Zusammenarbeit einen langfristigen strategischen Charakter hat. Die Ereignisse in der Ukraine seit dem Jahr 2014, die zum Bürgerkrieg und zur Krise im Land führten, erschwerten jedoch die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Einführung von der EU-Sanktionen und russischen Gegenmaßnahmen hat die weitere Zusammenarbeit verhindert. Viele gemeinsame Programme und Kooperationskanäle zwischen der EU und Russland wurden blockiert und eingefroren. Die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsstaaten und Russlands waren von den verhängten Sanktionen mehr oder weniger betroffen. In der Masterarbeit werden die Ursachen und Widersprüche in den Beziehungen zwischen der EU und Russland, sowie die gemeinsamen Interessen in ihrer Zusammenarbeit analysiert. Es werden auch verschiedene Aspekte der russisch-europäischen Partnerschaften bereits vor der Ukraine-Krise untersucht und analysiert wie sie sich nach der Verhängung von Sanktionen verändert haben. Besonderes Augenmerk wird auf die Perspektiven für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der EU gelegt, und es werden mögliche Lösungen für die Wiederaufbau ihrer Zusammenarbeit in der gegenwärtigen Krise angegeben. Ob die Beziehungen zwischen der EU und Russland eine Chance auf den Wiederaufbau bekommen oder ob sie lange Zeit angespannt bleiben werden, hängt von vielen Faktoren ab, auf die in dieser Masterarbeit eingegangen wird.

Abstract English

The research of this master's thesis focuses on the analyzing of the relations between European Union and Russia since the 2014 Ukraine crisis. Following the collapse of the Soviet Union, European Union and Russia have together begun to build a strategic partnership with four cooperation spaces in the fields of education, research, culture and security.

It is clearly that between Russia and European Union was planned a bilateral cooperation with a long-term strategic character but because of the 2014 Ukraine crisis that led to a civil war, the relations between European Union and Russia began to be more difficult. In one way, the European Union sanctions and in the other way, Russian countermeasures prevented further cooperation by blocking joint programs and freezing the co-operation channels between them. The economy of the European Union Member States and Russia were more or less affected by the sanctions imposed.

As a crucial part of this master's thesis is also to analyze the causes and contradictions between European Union and Russia relations as well as the common interests in their cooperation. Various aspects of EU and Russian partnerships are also being examined and analyzed before the Ukraine crisis, as they have changed following the imposition of sanctions. It will be given also a clear attention to prospects in the development of bilateral relations between European Union and Russia, by emphasizing possible solutions in rebuilding of the cooperation in the current situation. Whether EU-Russia relations will have a chance of reconstruction or whether they will remain tense for a long time, it depends on many factors and circumstances which were presented in this master's thesis.